

Nr. 3/95

# CUBA LIBRE

Oktober '95

DM 6,-

Forschungs- und  
Dokumentationszentrum  
Chile Lateinamerika  
Im Mehringhof  
Gneisenaustr. 2  
D-1000 Berlin 61  
030 / 693 40 29

**10.10. '95:  
weltweit  
gegen die**



Lateinamerikas + Vorkämpfer der Unabhängigkeit Kubas + Pionier des antiimperialistischen Kampfs gegen die Hegemonie der USA + Vordenker der Einheit ganz Lateinamerikas + Vorkämpfer der Unabhängigkeit Kubas + Pionier des antiimperialistischen

# JOSÉ MARTÍ

ZUM 100. TODESTAG

## Inhalt:

- Biographie
- Einführung ins literarische Werk
- Seine politische Bedeutung und Aktualität
- Rund 60 Seiten Originaltexte, teils erstmals in deutscher Sprache.

## Preis:

**10,- DM**

(ab 20 Stück: 7,- DM bei Direktzahlung, bzw. 8,- DM auf Kommission)

Zu beziehen über:

Freundschaftsgesellschaft  
BRD-Kuba, Gruppe Aachen

c/o E. Hacker,  
Eynattener Str. 24a,  
52064 Aachen,  
Tel.: 0241-77227,  
Fax.: 0241-71057

Hierzulande immer noch nahezu unbekannt, steht José Martí für die drei Phasen der kubanischen Revolution. Motiviert und politisiert durch die erste Phase (ab 1868), wurde er zum Träger der zweiten (ab 1895), dem Kampf gegen Spanien und die heraufziehende Hegemonie der USA über den Kontinent. Und er prägte mit seinen Gedanken und weitreichenden Analysen die dritte Phase, die zur endgültigen Unabhängigkeit und zum Sozialismus führte.

**In seinem revolutionären Werk fanden wir das moralische Fundament und die historische Rechtfertigung für unseren bewaffneten Kampf. Daher sagen wir, daß er der geistige Vater des 26. Juli 1953 ist.**

**(Fidel Castro)**

## editorial

Die vorliegende Ausgabe ist geprägt vom 10. Oktober, dem weltweiten Tag der Solidarität mit Cuba. Die zentrale Forderung ist die Beendigung der Blockade gegen Cuba. Während dort mit der Blockade ein Land erdrosselt werden soll, das sich immer noch nicht dem Imperialismus unterworfen hat, ist hier in Europa das Imperium (so wird in Cuba der Yankee-Imperialismus genannt) mit seinen europäischen Verbündeten dabei, ihre Politik mit »anderen Mitteln« fortzusetzen, mit Krieg. Umso wichtiger ist es, das Projekt Cuba, als ein Symbol gegen die Allmacht des Imperialismus, zu unterstützen.

Dolores, also Schmerzen, verbreitet dieser Tage auch die DAIMLER BENZ Aerospace mit ihrem gleichnamigen Rationalisierungsprogramm, - zumindest für die (noch) Beschäftigten. Zeitgleich erscheint das Logo von Daimler Benz, »der gute Stern aus Sindelfingen«, auf dem Titel der Granma Internacional

über der Schlagzeile: »Nach 34 Jahren-Rückkehr auf die Insel«. Auf Seite 11 der Granma heißt es dann: »Mercedes-Benz faßte 1913 in Kuba Fuß und war mit ihrer Handelsvertretung bis 1961 aktiv.« Ist mensch nun ein wenig mit der Geschichte Kubas vertraut, drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß die Abwesenheit von Mercedes-Benz möglicherweise mit jenen »Dolores« zusammenhängt, die die kubanische Revolution und der sozialistische Weg Kubas in den folgenden 34 Jahren in den Köpfen der Daimler Benz- Manager auslöste.

Auch in dieser Ausgabe befassen wir uns mit der komplizierten und widersprüchlichen ökonomischen Situation des revolu-

tionären Cuba. Leider können wir noch nicht über das neue Investitionsgesetz berichten, da es uns noch nicht vorliegt, aber die nächste Ausgabe wird es sicher behandeln.

## dolor

sp. [dol 'or] m. Schmerz n., Pein

## Impressum:

Herausgeber:  
Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba  
Zülpicher Straße 7  
50674 Köln  
Tel./FAX: 0221 / 24 05 120  
E-MAIL: FGKUBA@LINK-K.gun.de

Konten:  
Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,  
BLZ 380 101 11  
Kto.-Nr.: 120 299 990 0  
Postgiro Köln  
BLZ 370 100 0  
Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion:  
Harry Hoppe, Manfred Sill, Peter Nowak,  
Marianne Schweinesbein, Gaby Ströhlein  
ViSdP: Marianne Schweinesbein

Druck:  
Drucktechnik Odenthal,  
Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg,  
Tel./FAX: 040/393 201

Gestaltung, Satz, EBV:  
schriftbild  
Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg, Tel.: 390 06 40

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr  
Jahresabo: DM 20,-  
Einzelheft: DM 6,-  
Abo-Preis pro Ausgabe:  
DM 5,- + Porto  
Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Jahresende zum Jahresende

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden

## aktuell

Weltweite Aktionen gegen die Blockade .....6

R. Robaina:

Die Verluste durch die Blockade .....7

Europäischer Aufruf .....9

Kommunalwahlen in Cuba .....10

## o-ton

R. Robaina:

Atomwaffensperrvertrag .....13

C. Lage:

Interview zur Umstrukturierung .....14

## solidarität

Mumia Abu-Jamal .....19

## bericht

»Der Weg ist lang...« .....20

Jugendfestival in Cuba .....26

## lateinamerika

Nicaragua:

Interview mit Ernesto Cardenal .....28

## ökonomie

»...zwischen Kollaps und Strukturwandel.« .....29

## kultur

Che- Filmtermine .....28

Rezensionen .....38

Termine.....40

Film über Che.....32

## aus der fg

Brigade José Martí: Spendenbarometer.....25

Wörterbücher nach Cuba .....27

Materialien der FG .....40

## rubriken

Impressum .....3

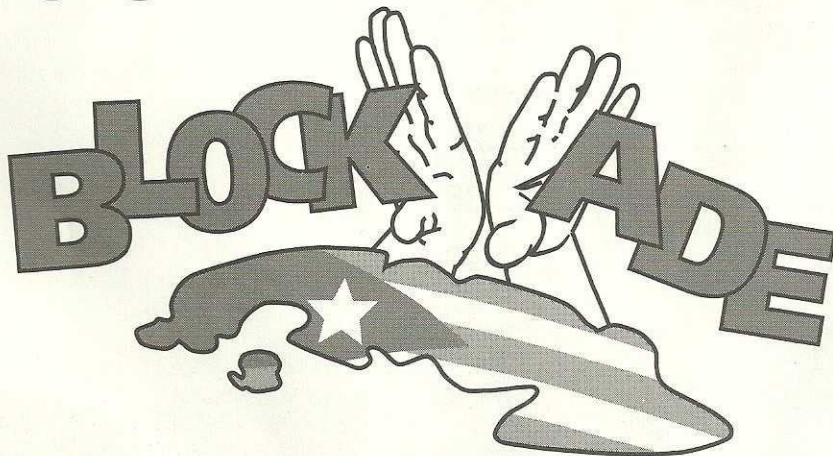
editorial .....3

Reisen .....8

LeserInnenbriefe .....40

aktuell

# 10. Oktober Weltweiter Aktionstag gegen die Blockade



Anlässlich des weltweiten Aktionstags gegen die Blockade, der auch für uns der Höhepunkt der diesjährigen Cuba-Solidarität sein soll, haben wir uns ein wenig umgehört, was in anderen Ländern an Aktionen geplant ist. Zum größten Teil wollen wir uns hier auf die zentralen Aktivitäten beschränken. Leider war es bedingt durch die Sommerferien recht schwierig, die Antworten noch vor Redaktionsschluss zu bekommen, ausführliche Informationen bekommt Ihr jedoch in unserer Sonderausgabe zum 10. Oktober.

## USA

14. Oktober: »Protesttag« gegen die US-Blockade!

In zahlreichen regionalen Konferenzen gegen die Washingtoner Cuba-Politik, wurde der 14. Oktober zum landesweiten »Protesttag« erklärt. An diesem Tag werden zentrale Demonstrationen in Atlanta, Chicago, San Francisco und New York stattfinden, zu denen folgende Forderungen aufgestellt wurden: Schluß mit der Blockade gegen Cuba, Aufhebung des Reiseverbots nach Cuba für US-Amerikaner, Respekt vor der Souveränität des Landes sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba.

Neben zahlreichen politischen, sozialen und zivilen Organisationen nahmen besonders an der Konferenz in Miami auch Vertreter von Organi-

sationen der cubanischen Gemeindegemeinschaften teil, die sich gegen die US-Blockade und für eine Normalisierung der Beziehungen einsetzen. U. a. die »Coalición de Miami contra el Embargo a Cuba« (Vereinigung gegen die Blockade), die »Brigada Antonio Maceo«, sowie die »Alianza de Trabajadores en la Comunidad Cubana« (Bund der Arbeiter der cubanischen Gemeinde). Andrés Gomez, einer der Vorsitzenden des Netzwerks der Cuba-Solidarität, die die Konferenzen organisiert hatten, sprach bei dieser Gelegenheit über die aktuelle Situation in Cuba und die Verschärfung der Konflikte unter den rechten US-Cubanern in Miami. Andrés Gomez ist auch Vorsitzender der Brigada Antonio Maceo, ein Zusammenschluß von US-Cubanern, die die Revolution unterstützen.

## CANADA

Bisher ist im Gespräch ein nationaler Aktionstag gegen die US-Blockade am 14. Oktober in Toronto sowie evtl. in weiteren Städten.

## England

Neben zahlreichen lokalen Aktivitäten am 10. Oktober, wird am 14. Oktober eine zentrale Demo in London stattfinden.

## Schweden

Als Höhepunkt der Aktivitäten sind Demos für den 14. Oktober in Stockholm, Göteborg und Malmö geplant.

## Frankreich

Hier soll ebenfalls eine zentrale Demo am 14. Oktober in Paris stattfinden.

## Spanien

Da vom 10. - 15. Oktober das nationale Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Barcelona stattfinden wird, ist eine Demonstration in Barcelona, evtl. auch Madrid, geplant. Genaues weiß man jedoch erst nach den Sommerferien.

## Mexico

Hier wurde eigens für den »Internationalen Tag gegen die Blockade« ein Netzwerk gegründet mit dem Namen: Für Cuba und für uns sagen wir NEIN zur Blockade! Ziel ist es am 10. Oktober durch zahlreiche Aktivitäten Publizität zu erlangen. Geplant sind verschiedene Foren, Seminare, wobei es hauptsächlich um die Folgen des Helms-Burton Bill für Cuba, Lateinamerika und den Rest der Welt gehen soll. Auch soll an diesem Tag eine Protestaktion in der US-Botschaft in Mexico Stadt stattfinden. Die Aktivitäten werden sich schwerpunktmäßig gegen das Helms-Burton-Gesetz richten.

## Chile

Geplant sind verschiedene Aktivitäten am 10. Oktober, u. a. eine Demo vor der US-Botschaft.

Weitere aktualisierte Informationen aus Lateinamerika, der Karibik und den europäischen Nachbarländern gibt es in unserer Sonderausgabe zum 10. Oktober. Wir freuen uns auch über jede zusätzliche Information, falls Ihr Beziehungen zu Gruppen in anderen Ländern habt.

Und noch etwas: In unserer Sonderausgabe wollen wir versuchen, sämtliche bundesweit stattfindenden Aktivitäten am und um den 10. Oktober 1995 anzukündigen. Hierbei sind wir natürlich auf Eure Hilfe angewiesen. Falls Ihr eine Veranstaltung geplant habt, teilt uns diese bitte unter Angabe des Veranstaltungsortes, etc. mit, so daß alle Interessierten sich in ihrer näheren Umgebung orientieren können.

# Die Verluste durch die Blockade

**Z**usammenfassung der Zusatzinformationen zum Bericht des kubanischen Außenministers Roberto Robaina an den UN-Generalsekretär über die Blockade

## 1.

### Verluste in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft und Handel

**Seeverkehr:** Die Verluste wegen überhöhter Preise für Importprodukte sowie wegen verteuerteter Frachtkosten belaufen sich allein für das Jahr 1994 auf ca. 60 Millionen US-\$ und entsprechen somit in etwa dem Niveau von 1995.

Verluste in den wichtigsten Bereichen:

- Import ausgewählter Nahrungsmittel: 35,9 Mio. US-\$
- Import von Erdölprodukten: 8,4 Mio US-\$
- Import von Rohstoffen: 2,2 Mio. US-\$

Exportverluste, insbesondere bei Erzeugnissen der Zuckerindustrie

Beim Einkauf chemischer Produkte und Brennstoffe entstanden 1994 zusätzliche Kosten wegen höherer Preise und Frachtkosten, die sich auf über 8 Mio. US-\$ belaufen.

Transaktionen mit Tochterunternehmen US-amerikanischer Firmen in Drittländern: infolge des Torricelli-Gesetzes praktisch nicht existent.

Die US-Regierung hat Verhandlungsabschlüsse jeglicher Art weiterhin minutiös und systematisch verfolgt. Im letzten Jahr wurde die kubanische Regierung von Vertretern zweier wichtiger Firmen davon in Kenntnis gesetzt, daß für Kuba geplante umfangreiche Investitionsvorhaben im Tourismussektor wegen direkten Drucks gestoppt würden. Ein kanadisches Unternehmen, das in bedeutendem Umfang Papier und Holz nach Kuba geliefert hatte, teilte kürzlich mit, die Handelsoperationen könnten nicht fortgesetzt werden. Ein mexikanisches Unternehmen, das an

einem wichtigen Projekt zum Aufbau der kubanischen Erdölraffinerien beteiligt ist, erhielt Besuch von US-amerikanischen Regierungsvertretern. Diese erklärten, die Geschäfte des Unternehmens mit Kuba verstießen gegen bestehende Vereinbarungen zwischen Mexiko und den USA und könnten die Beziehungen zwischen beiden Staaten belasten.

Die US-Regierung hat ihre Maßnahmen zur Torpedierung der Verhandlungen fortgesetzt, die Kuba mit dem Ziel einer Fertigstellung des ersten kubanischen Atomkraftwerkes führt.

Anfang 1994 versandte die US-Regierung erneut ein Dokument an eine große Gruppe von Staaten, in dem

diese vor Investitionen in Kuba und deren negativen Auswirkungen auf die bestehenden Geschäftsbeziehungen gewarnt wurden. Zu den Adressaten gehörte u.a. auch der spanische Unternehmerverband (Confederación Española de Organizaciones Empresariales) und das venezolanische Außenhandelsinstitut.

Im Februar dieses Jahres erklärte der Vertreter einer holländischen Firma, die regelmäßig Ersatzteile und sonstige Produkte für die kubanische Fischereiflotte nach Kuba liefert, daß er von US-amerikanischen Behörden unter Druck gesetzt worden sei, damit

er seine Geschäfte mit Kuba nicht weiterführe.

Nach vorläufigen Schätzungen belaufen sich die Gesamtverluste für die kubanische Volkswirtschaft unter Berücksichtigung der Einnahmeausfälle und der durch die Blockade verursachten zusätzlichen Kosten 1994 auf 1 Mrd. US-\$. Dieser Betrag entspricht 50% der Gesamtimporte des Landes in dem bezeichneten Zeitraum.

## 2.

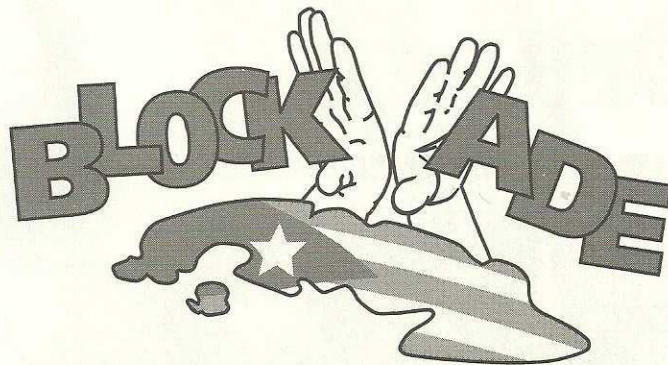
### Beeinträchtigung der Gesundheitsversorgung, der Ernährung und sonstiger soziokultureller Rechte des kubanischen Bevölkerung

1989 war die Ernährungslage der kubanischen Bevölkerung deutlich besser als in Ländern mit einem ähnlichen oder höheren Entwicklungsstand.

Wenn wir als Ausgangsbasis das Jahr 1989 zugrundelegen, so ist die tägliche Nahrungsmittelversorgung pro Kopf seitdem deutlich zurückgegangen: Die Zufuhr von Proteinen verringerte sich um 40%, von Fett um

64%, von Vitamin A um 67% und Vitamin C um 62%, von Eisen um 22% und Kalzium um 19%. Die Mangelernährung wirkt sich insbesondere bei schwangeren Frauen und Kindern unter fünf Jahren massiv aus. Bei Schwangeren und Kindern im Alter von sechs Monaten bis fünf Jahren tritt gehäuft Anämie auf.

Der Prozentsatz von Neugeborenen mit Untergewicht ist von 7,6% (1989) auf 9% (1995) angestiegen. Unter den Frauen, deren Ernährungszustand überwacht wird, hat der Anteil der Frauen mit Untergewicht bei Schwangerschaftsbeginn von 8,7%



(1990) auf 10% (1993) zugenommen.

Im Gesundheitswesen hat der Mangel an Hygienematerial und Vektorkontrollen zu einer Verschlechterung der hygienisch-sanitären Bedingungen geführt. Die Entstehung und Verbreitung von Krankheiten wird infolgedessen begünstigt.

Wichtige Herstellerfirmen für medizinische Geräte und deren Ersatzteile haben offiziell mitgeteilt, daß sie die bestellten Waren nicht liefern können. Grund dafür seien von US-Behörden verfügte Exportverbote, da zur Herstellung der Produkte Rohstoffe aus den USA verwendet bzw. Lizenzen US-amerikanischer Firmen vergeben worden seien.

Als Beispiele seien hier genannt:

- Wellcome (Diagnostik), Großbritannien
- Shuber Seal, Dänemark

- Ohmeda, Großbritannien
- Hospal, Bundesrepublik Deutschland
- Janssen, Belgien
- Miramed, Italien

Ein besonders dramatischer Fall ist der Bedarf an Herzschrittmachern. Kuba hat solche Schrittmacher seit Jahren von der Firma Teletronics (Australien) und Siemens Elema (Schweden) importiert. Beide Unternehmen haben mitgeteilt, daß sie ihre Geschäftsbeziehungen mit Kuba nicht fortsetzen könnten.

### 3.

**Weitere Folgen der Maßnahmen, die von den Vereinigten Staaten am 20. August 1994 verfügt wurden**

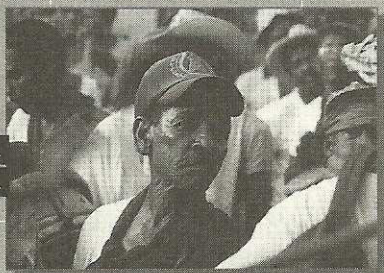
Geld- und Paketsendungen kubanischer Staatsbürger, die im Ausland le-

ben, an ihre Familienangehörigen in Kuba: Die Menge an Medikamenten, die im Rahmen der Familienhilfe an Einwohner der Insel verschickt wurden, belief sich 1993 auf ca. 300 Tonnen. Als Folge der im August verhängten Maßnahmen ist die Lage besonders schwierig geworden, und zwar sowohl aufgrund der Reisebeschränkungen als auch der Unterbindung von Geldsendungen.

Aufgrund der Entscheidung einiger Kubaner, über Drittländer nach Kuba zu reisen, hat die Kontrollabteilung für ausländischen Besitz des State Department damit begonnen, die bestehenden Bestimmungen zum Verbot von Reisen nach Kuba gezielter umzusetzen. So droht sie für solche Reisen mit der Verhängung von Geldstrafen in Höhe von bis zu 10.000 US-\$, Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren oder auch mit beiden Sanktionen.

# Weihnachten Programme Neujahr

## Oriente der Osten Cubas



TERMINE:

18. 11.  
23. 12.



TERMINE:

GANZJAHR!

## Cuba kennenlernen

1 Woche Programm  
1 Woche Badeferien



TERMINE:

18. 11.  
05. 11.  
03. 12.

## Spanisch lernen 2 oder 4 Wochen

Cuba-Reisen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Weitere Informationen und Buchungen bei:

Roswitha Porps - Vacancia, Südstraße 27, 52064 Aachen, Tel.: 0241/ 40 64 35



### Widerstand ist nicht umsonst...

denn es ist richtig, gegen Kapitalismus, Rassismus, Faschismus, Sexismus und Imperialismus zu kämpfen!

...Widerstand lohnt sich!



### Widerstand ist nicht umsonst...

denn leider sehen die Kapitalisten, Rassisten, Faschisten, Sexisten und Imperialisten nicht ein, daß sie überflüssig sind und überziehen die, die sie bekämpfen mit Verfahren und Prozessen, wie am 13.6.95 wegen RADIKAL, K.O.M.I.T.E.E., RAF und AIZ. Fünf Genossen sitzen im Knast - gegen ca. 50 laufen Verfahren und deshalb gilt auch:

...Widerstand kostet Geld!

also spendet:  
Netzwerk Lübeck e.V., Ökobank e.G., BLZ 500 901 00  
Kto. 172 936, Stichwort: Rechthilfefonds/bw

# Die Tageszeitung **jugendwelt**

## 30. Juni 1995: Der Deutsche Bundestag beschließt den Kriegseintritt

CDUCSU: Adam, Ulrich; Altmair, Peter; Augustin, Anneliese; Augustinowits, Jürgen; Austermann, Dietrich; Bargfrede, Heinz-Günter; Baster, Franz-Peter; Dr. Bauer, Wolf; Baumeister, Brigitte; Belle, Meinrad; Dr. Bergmann-Pohl, Sabine; Bierling, Hans-Dirk; Dr. Blank, Joseph-Theodor; Blank, Renate; Dr. Blens, Herbert; Bleser, Peter; Dr. Blüm, Norbert; Dr. Bömler, Maria; Börsen (Börnstrup), Wolfgang; Dr. Böttsch, Wolfgang; Bohl, Friedrich; Borcherdt, Jochen; Borsche, Wolfgang; Bräutigam, Klaus; Braun (Auerbach), Rudolf; Breuer, Paul; Brodlewsky, Monika; Brunnhuber, Georg; Bühler (Bruchsal), Klaus; Büttner (Schöneck), Hartmut; Bawit, Dankward; Carstens (Emstek), Manfred; Carstensen (Nordstrand), Peter H.; Deibel, Wolfgang; Deitloff, Hubert; Dempwolf, Gertrud; Deß, Albert; Diemers, Renate; Dietzel, Wilhelm; Dörflinger, Werner; Doss, Hans-Jürgen; Dr. Dreger, Alfred; Eichhorn, Maria; Engelman, Wolfgang; Eppelmann, Rainer; Eßmann, Heinz-Dieter; Eylmann, Horst; Eymor, Anke; Falk, Ilse; Dr. Falthausen, Kurt; Felicke, Jochen; Dr. Fell, Karl H.; Fink, Ulf; Fischer (Hamburg), Dirk; Fischer (Ums), Leon; Francke (Hamburg), Klaus; Frankenhauer, Herbert; Dr. Friedrich, Gerhard; Fritz, Erich G.; Fuchs, Hans-Joachim; Geiger, Michaela; Geis, Norbert; Dr. Geißler, Heiner; Glos, Michael; Glücklich, Wilma; Dr. Gölner, Reinhard; Götz, Peter; Dr. Götz, Wolfgang; Gres, Joachim; Grill, Kurt-Dieter; Gröbl, Wolfgang; Gröbe, Herman; Grotz, Claus-Peter; Grund, Manfred; Günther (Duisburg), Horst; Freiherr von Hammerstein, Carl-Dietter; Haschke (Großheinersdorf), Gottfried; Hasselfeld, Gerda; Haungs, Rainer; Hauser (Eisingen), Otto; Hauser (Rednitzembach), Hansgeorg; Heinrich, Klaus-Jürgen; Heide, Manfred; Dr. Helwig, Renate; Hinsen, Ernst; Hinz, Peter; Horkow, Heinz-Adolf; Horster, Joachim; Dr. Hornbuss, Karl-Heinz; Horning, Siegfried; Hüppe, Hubert; Jacoby, Peter; Jaffke, Susanne; Janovsky, Georg; Jawerek, Helmut; Dr. Jobst, Dionys; Dr. Ing. Jork, Rainer; Dr. Jüttner, Egon; Jung (Lümburg), Michael; Jungmann, Ulrich; Dr. Kahl, Harald; Kalb, Bartholomäus; Kampeter, Steffen; Dr. Ing. Kany, Dietmar; Kanher, Manfred; Karwatzki, Irngard; Kasler, Volker; Keller, Peter; von Klueden, Eckhart; Dr. Klaußner, Bernd; Klein (München), Hans; Kleinert, Ulrich; Köhler (Hainpitz), Hans-Ulrich; Königshofen, Norbert; Dr. Kohl, Helmut; Kolbe, Manfred; Korr, Eva-Maria; Koschyk, Hartmut; Koolowsky, Manfred; Kosseand, Thomas; Kraus, Rudolf; Krause (Dessau), Wolfgang; Krautscheid, Andreas; Kriedner, Arnulf; Kronberg, Heinz-Jürgen; Dr. Ing. Krüger, Paul; Krzyskowitz, Reiner; Dr. Kues, Hermann; Kuhn, Werner; Lamers, Karl; Dr. Lamers (Heidelberg), Karl A.; Dr. Lammerl, Norbert; Lamp, Helmut; Lachet, Armin; Lattmann, Herbert; Dr. Laufs, Paul; Laumann, Karl Josef; Lanning, Werner; Lerner, Christian; Letzgas, Peter; Limbach, Editia; Link (Diepholz), Walter; Linner, Eduard; Dr. Lipold (Offenbach), Klaus W.; Dr. Lischewski, Manfred; Löwisch, Sigun; Lohmann (Lüdenscheid), Wolfgang; Louven, Julius; Lummer, Heinrich; Dr. Luthar, Michael; Maas (Wilhelmshaven), Erich; Männe, Ursula; Dr. Mahlo, Dietrich; Martenfeld, Claire; Marschewski, Erwin; Marten, Günter; Dr. Mayer (Siegersbrunn), Martin; Mehl, Rudolf; Dr. Meister, Michael; Dr. Merkel, Angela; Metz, Friedrich; Meyer (Wiesem), Rudolf; Michels, Meinolf; Dr. Müller, Gerd; Müller (Kirchheim), Elmar; Nette, Engelbert; Neumann (Bremen), Bernd; Nitsch, Johannes; Nolte, Claudia; Dr. Olderoog, Rolf; Ost, Friedrich; Oswald, Eduard; Otto (Erfurt), Norbert; Dr. Pöschl, Gerhard; Dr. Paziorek, Peter; Pesch, Hans-Wilhelm; Petzold, Ulrich; Pfeifer, Anton; Pfeiffer, Angelika; Sabine; Dr. Feming, Gero; Dr. Pflüger, Friedbert; Philipp, Beatrix; Dr. Finger, Winfried; Pofalla, Ronald; Dr. Pöbler, Hermann; Polenz, Ruppert; Pretzlaff, Marlies; Dr. Probst, Albert; Dr. Protnzer, Bernd; Pützken, Dieter; Rachel, Thomas; Raidel, Hans; Dr. Ramsauer, Peter; Rau, Rolf; Rauber, Helmut; Rausen, Peter; Harald; Regensburger, Otto; Reichard (Dresden), Christa; Reichardt (Mannheim), Klaus Dieter; Dr. Reinartz, Bertold; Reinhardt, Erika; Richter, Roland; Richwin, Roland; Dr. Rieder, Norbert; Dr. Riehl (München), Erich; Riegert, Klaus; Dr. Riessenhuber, Heide; Rönisch (Wiesbaden), Hannelore; Rötigen, Norbert; Rosshir, Heinrich-Wilhelm; Dr. Ross, Klaus; Rossmann, Kurt J.; Roth (Gießen), Adolf; Dr. Rück, Christian; Rübke, Volker; Dr. Rüttgen, Jürgen; Sauer (Suttgen), Roland; Schäfer, Otrun; Dr. Schäuble, Wolfgang; Schauerer, Hartmut; Schenken, Heinz; Scherhag, Karl-Heinz; Scheu, Gerhard; Schindler, Norbert; Schies, Dietmar; Schmalz, Ulrich; Schmidbauer, Bernd; Schmidt (Fürth), Christian; Dr. Ing. Schmidt (Hansbrücke), Joachim; Schmidt (Mühlheim), Andreas; Schmeider, Hans-Otto; Schmitz (Bassweiler), Hans-Peter; von Schmude, Michael; Schmieber-Janzam, Birgit; Dr. Schneckhoff, Andreas; Dr. Scholz, Ruppert; Freiherr von Schorlemer, Reinhard; Dr. Schuchardt, Erika; Schütze (Berlin), Diethard; Schulhoff, Wolfgang; Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Dieter; Schulz (Leipzig), Georg; Schulze, Frederick; Schwabe, Clemens; Dr. Schwarz-Schilling, Christian; Sebastian, Wilhelm Josef; Seefohr, Horst; Seibel, Wilfried; Seiffert, Heinz-Georg; Seiters, Rudolf; Selle, Johannes; Siebert, Bernd; Sikora, Jürgen; Singhammer, Johannes; Sothmann, Bärbel; Späth, Margarete; Springer, Carl-Dieter; Steiger, Wolfgang; Steinbach, Erika; Dr. Fritsch, Werner; von Stein, Matthias; Steuber, Gerhard; Storm, Andrea; Stralunger, Max; Stübgen, Hans; Süssmuth, Rüdiger; Susset, Egon; Teiser, Michael; Dr. Temann, Susanne; Dr. Töpfer, Klaus; Tröger, Gottfried; Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter; Uidal, Gunnar; Vogt (Düren), Wolfgang; Dr. Wolfenscheidt, Horst; Dr. Waigel, Theodor; Graf von Waldburg-Zell, Alois; Dr. Warnke, Jürgen; Wetzel, Kerstin; Wilhelm (Mainz), Hans-Otto; Willner, Gert; Witz, Bernd; Wimmer (Niedel), Willy; Wissmann, Matthias; Wimmer, Hans-Joachim; (Tamesberg), Simon; Wölni, Dagmar; Wonneberg, Michael; Wölling, Elke; Würzbach, Peter; Yzer, Cornelia; Zeitmann, Wolfgang; Zöllner, Wolfgang

Der folgende Aufruf wurde erarbeitet bzw. wird unterstützt von Vertreterinnen und Vertretern von Cuba-Solidaritätsorganisationen aus Belgien, Deutschland, Griechenland, Luxemburg Österreich und den Niederlanden.

## Der 10. Oktober 1995 wird zum Tag der weltweiten Solidarität mit Cuba!

Die Blockade gegen Cuba muß gebrochen werden!

Die Blockade gegen Cuba ist ein Verbrechen an der Menschheit. Sie ist ein Akt internationalen Terrorismus gegen einen souveränen Staat. Die Duldung der Blockade durch die Welt-Staatengemeinschaft trotz eindeutiger Beschlüsse der UNO-Vollversammlung der Jahre 1992, 1993 und 1994 stellt einen eklatanten Bruch des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker, jedes Volkes, also auch des cubanischen Volkes, dar.

Die Blockade ist weit mehr als ein US-amerikanisches Wirtschaftsembargo. Sie ist Ausdruck davon, daß die mächtigen Staaten dieser Erde willens und - teilweise - in der Lage sind, den kleineren, unterentwickelt gehaltenen Staaten ihren Stand-

punkt aufzuzwingen. Gerade deshalb soll sie nach dem Willen der USA aufrecht erhalten und sogar verschärft werden. Gerade deshalb muß sie fallen.

Cubas Errungenschaften, beispielsweise im Gesundheits- und Erziehungswesen, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sind nicht nur in Lateinamerika vorbildhaft. Cubas Erfahrungen und Erfolge zeigen den Völkern, daß es eine Alternative zu Abhängigkeit, Elend und Entmündigung gibt. Die Blockade gegen Cuba ist auch der Versuch, den Ausweg, den die kleinen, abhängigen und unterdrückten Völker haben, zu blockieren.

Die Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung für Cuba ein Beitrag zum Erhalt des Völkerrechts, denn dieser kann nur durch die Sicherung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsrecht der Völker erhalten werden.

Unsere Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, daß unsere jeweiligen Regierungen ebenso wie unsere Vertreter im Europaparlament - die alle auch in unserem Namen sprechen - sich nicht nur gegen die Blockade Cubas stellen, sondern dafür eintreten, die Beschlüsse der UNO-Vollversammlung auch durchzusetzen.

Cuba gilt unsere uneingeschränkte Solidarität!  
Aachen, den 2.7.95



## Kommunalwahlen in Cuba 1995:

## Praktizierte Demokratie

★ Von den bundesdeutschen Medien weitgehend ignoriert, fanden am 9. und 16. Juli '95 in Cuba die Gemeindeparlamentswahlen, vergleichbar mit hiesigen Kommunalwahlen, statt. Rissen sich 1993 die Pressevertreter noch im Herbst '93 um die Möglichkeit zur »Wahlbeobachtung« bei den Wahlen zur Nationalversammlung, so scheinen die jüngsten Kommunalwahlen eher unspektakulär eingeschätzt zu werden.

Zumindest die Linke sollte sich vor einer solchen Fehleinschätzung hüten, geht es hierbei doch um praktizierte Basisdemokratie, wie sie andernorts, so auch in der BRD, unvorstellbar ist.

Die oben bereits erwähnten Wahlen zur Asamblea Nacional (Cubanische Nationalversammlung) sowie zu den Provinzversammlungen und den Organen der Poder Popular (Volksmacht) finden alle 5 Jahre, die Wahlen zu dem Gemeindeparlamenten alle 2 1/2 Jahre statt.

Die wenigen Kurzmeldungen in der hiesigen Presse berichteten unisono, daß diese Wahlen wohl nicht ihrem Verständnis von Demokratie entsprächen, da es nur die Wahl zwischen jeweils zwei Kandidatinnen

und Kandidaten gegeben habe und diese seien auch noch sozusagen von der Kommunistischen Partei »vorsortiert« gewesen.

Auch dies wieder 'mal ein Beispiel für gezielte Desinformationspolitik gegen Cuba. Wie sieht die Realität aus?

## Basisdemokratie konkret

Die Delegierten zu den Gemeindeparlamenten werden in direkter, freier und geheimer Wahl bestimmt. Interessant ist das Procedere der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten.

Vorab sei an das Verfahren in der BRD erinnert: Hier wird die Kandidatur nach meist taktischen Gesichts-

punkten durch die maßgeblichen 3 - 5 Parteien festgelegt. Kleine Parteien müssen erst eine aufwendige Unterschriftensammlung für die Zulassung ihrer Kandidatinnen und Kandidaten durchführen.

Auf Cuba sind die Wahlkreise in bis zu 8 Unterbezirke aufgeteilt. In diesen Unterbezirken finden Wahlversammlungen statt, auf denen von der Bevölkerung Kandidatinnen und Kandidaten benannt werden. Entgegen anderslautenden Gerüchten gibt es weder Kandidaturen von Parteien oder Organisationen (sondern nur von Einzelpersonen) noch eine gesetzlich vorgeschriebene Wahlpflicht.

Es müssen mindestens zwei, max. acht Kandidatinnen und Kandidaten benannt werden. Die Ernennung der Kandidaturen erfolgt durch die Wahlversammlungen der Bevölkerung in den Unterbezirken. Jede Wählerin und jeder Wähler hat Vorschlagsrecht. Voraussetzung für eine Kandidatur ist die Anwesenheit der Person, das Mindestalter von 16 Jahren (bei den Nationalwahlen ist die Grenze 18 Jahre) und es darf weder ein Strafverfahren anhängig sein noch eine medizinisch festgestellte Geisteskrankheit vorliegen. Aus jedem Unterbezirk muß ein Wahlvorschlag erfolgen. Auf dieser Grundlage können alle vorgeschlagenen Frauen und Männer zu Wahlkandidatur antreten. Als Kandidatin/Kandidat gilt, wer die meisten Stimmen dieser Wahlversammlungen auf sich vereinigt.

Organisiert werden sowohl diese ersten Wahlversammlungen wie auch alle weiteren Abschnitte des Wahlprozesses von Wahlausschüssen auf allen Ebenen. Diese sind durch Vertreterinnen und Vertreter der sozialen Organisationen zusammengesetzt

Bei den nunmehr stattfindenden Wahlen gilt der Vorschlag als gewählt, der mindestens 50% plus eine Stimme der Wählerinnen und Wähler erhält. Sollte dies nicht erreicht werden, entscheidet der zweite Wahlgang mit den meisten Stimmen.

## Funktion und Aufgaben der Gemeindeparlamente

Die zu wählenden Gemeindeparlamentarier/innen arbeiten zu 99% ehrenamtlich. Nur der/die Vorsitzen-

Tabelle 1: Übersicht Wähler/innen-Stimmen

Provinz	Wähler nach Wahlregister	Wähler, die sich ins Wahlregister eingetragen haben	Abgegebene Stimmen	%
Pinar del Rio	507.808	514.044	503.450	97,0
La Habana	485.392	517.176	490.521	94,8
C. Habana	1.567.508	1.587.088	1.507.800	95,0
Matanzas	470.147	472.986	463.588	98,0
Villa Clara	601.793	609.830	598.949	97,4
Cienfuegos	274.010	276.269	273.288	98,9
S. Spiritus	327.410	332.476	328.354	98,8
Ciego de Avila	269.494	278.119	270.236	98,9
Camaguey	524.950	531.362	512.171	96,4
Las Tunas	342.802	350.078	345.988	98,9
Holguin	700.633	707.424	691.055	97,7
Granma	543.332	550.053	541.319	98,4
Stgo. de Cuba	671.884	684.696	666.347	97,0
Guantánamo	325.426	331.221	323.917	97,8
I. de la Juventud	54.232	57.799	56.621	98,0
Gesamt	7.666.824	7.795.623	7.568.548	97,1

## Cubanische Analyse

In einer Erklärung des Präsidenten der Nationalversammlung, Ricardo Alarcón, vom 13.07.95 wertet dieser die erste Runde der Gemeindeparlamentarischen Wahlen als eine Stärkung der Demokratie in Cuba, als eine fundamentale Entscheidung des cubanischen Volkes im aktuellen Kampf. Diese Stärkung der Demokratie stünde in direktem Gegensatz zu der aggressiven Haltung der USA, die derzeit vor allem von Elementen des rechten Flügels gegen Cuba vertreten würden. Alarcón führt aus: »Wir alle wissen, daß in diesem Moment andere, in einer anderen Sprache, in einer anderen Hauptstadt, versuchen, über die Zukunft unseres Landes zu entscheiden« und spielt damit direkt auf den Helms/Burton-Gesetzentwurf an, der eine eklatante Verschärfung der US-Blockade gegen Cuba beinhaltet.

Alarcón geht in seiner Erklärung auf die wahrhaft basisdemokratischen und partizipativen Entscheidungsprozesse in Cuba ein und benennt sie als einen nicht nur rein verfassungsmäßigen Vorgang, sondern als einen Akt der Wahrung der ethischen, moralischen und menschlichen Werte Cubas. Der Präsident der Nationalversammlung betont abschließend, daß genau diese Werte es sind, die andere dem cubanischen Volk rauben wollen, um ein Wahlsystem einzuführen, das »ausschließlich auf ökonomischer Macht, Reichtum, Privilegien, Ungleichheit und Unehrenhaftigkeit basiert«.

Eine in der Tat kluge und realistische Einschätzung, die offensichtlich nicht nur dieser hochrangige Funktionär der cubanischen Revolution, sondern weit über 90% der cubanischen Bevölkerung mit der eindeutig gefällten Wahlentscheidung teilen. Die Stimmen für die Kandidatinnen und Kandidaten der Gemeindeparlamente - deren Arbeit in Zeiten der Krise schwer genug ist - waren zugleich Stimmen für den Fortbestand der cubanischen Revolution, für das Recht auf eine eigene Entwicklung und gegen die Aushungerungspolitik der USA, an der sich auch die deutsche Bundesregierung aktiv beteiligt.

Die Linke, alle Cubafreundinnen und -freunde in der BRD sind aufgerufen, dieses eindeutige Votum der Mehrheit des cubanischen Volkes so-

Tabelle 4: Abstimmungsdaten

Provinz	Abgegebene Stimmen	2. Wahlgang notwendig	Stimmzettel blanco %	Stimmzettel ungültig %
Pinar del Rio	503.450	7	5,8	6,3
La Habana	490.521	1	5,4	12,9
C. Habana	1.507.800	134	4,8	11,7
Matanzas	463.538	13	4,6	9,7
Villa Clara	593.949	10	5,3	8,2
Cienfuegos	273.288	5	4,3	7,7
S. Spiritus	328.354	3	3,9	4,9
Ciego de Avila	270.235	3	3,3	4,2
Camaguey	512.171	3	3,9	6,2
Las Tunas	345.988	1	3,5	3,5
Holguin	691.055	43	4,2	4,3
Granma	541.319	10	2,9	2,4
Stgo. de Cuba	666.347	61	4,1	3,2
Guantánamo	323.917	32	2,4	2,1
I. de la Juventud	56.621	0	3,8	4,1
Gesamt	7.568.548	326	4,3	7,0

wohl durch die materielle und politische Solidarität mit dem revolutionären Cuba als auch durch den Kampf gegen die BRD-Blockade im eigenen Land zu unterstützen.

Zwei notwendige Nachsätze:

1. Die Kräfte, die hierzulande eine »Demokratie« nach BRD-Zuschnitt in dem von Alarcón analysierten Sinne für Cuba fordern, werden nie müde, die von ihnen selbst finanzierten »Oppositionsgruppen« in's Spiel zu bringen. In Absprache mit den entsprechenden Parteistiftungen der BRD wurden vor einigen Jahren sogenannte cubanische »christliche, liberale und sozialdemokratische Parteien« gegründet. Vertreter dieser - auf Cuba selbst ein berechtigtes Sekundendasein fristenden - Grüppchen hatten noch für die Nationalwahlen 1993 zu einem - kläglich gescheiterten - Wahlboykott aufgerufen. Bei den jüngsten Gemeinderatswahlen versuchten sie gar nicht erst, sich zur Kandidatur aufstellen zu lassen. Wer, um Himmels willen, hätte sie auch von der arbeitenden und kämpfenden Bevölkerung Cubas vor Ort vorgeschlagen?

2. Pünktlich zu den Gemeindeparlamentarischen Wahlen gab's am 13. Juli eine umfangreiche Provokation aus Miami. Die Meldungen hierzu nahmen in den bundesdeutschen Zeitungen naturgemäß den doppelten Umfang wie die Meldungen zu den Wahlen ein. Gemeldet wurde der Zusammenstoß eines Bootes der cubanischen Küsten-

wache mit dem Flaggschiff einer Bootsflotte aus Miami. Tatsache ist: Diese »Bootsflotte« einer obskuren »Brüderschaft« ehemaliger cubanischer Staatsbürger aus Miami war eine großangelegte Provokation, die mit 6 Flugzeugen, 2 Hubschraubern und 11 Schiffen den Luftraum bzw. die Hoheitsgewässer Cubas vorsätzlich verletzen, um einerseits die cubanischen Sicherheitsbehörden zu unüberlegten Aktionen zu provozieren und andererseits die jüngsten Migrationsabkommen zwischen Cuba und den USA torpedieren wollten. Es ist der besonnenen Haltung der cubanischen Küstenwache zu verdanken, daß die Situation nicht eskaliert ist. DPA meldet am 16.07.'95, daß die USA offiziell ihr »tiefes Bedauern« über den Zusammenstoß mitgeteilt haben. Ferner wird der Sprecher des UA-Außenministeriums, Nicholas Burns, mit den Worten zitiert, »die Exilkubaner seien von der Regierung gewarnt worden, das Hoheitsgebiet Cubas zu verletzen«.

Bleibt die Überlegung, daß man nur jemanden vor etwas warnen kann, dessen Vorhaben dem Warner bekannt ist...

Heinz-W. Hammer, Essen, 17.07.95  
(Quelle: Botschaft der Presseabteilung der Botschaft der Republik Cuba in Bonn)

## Cubanische Analyse

In einer Erklärung des Präsidenten der Nationalversammlung, Ricardo Alarcón, vom 13.07.95 wertet dieser die erste Runde der Gemeindeparlamentarischen Wahlen als eine Stärkung der Demokratie in Cuba, als eine fundamentale Entscheidung des cubanischen Volkes im aktuellen Kampf. Diese Stärkung der Demokratie stünde in direktem Gegensatz zu der aggressiven Haltung der USA, die derzeit vor allem von Elementen des rechten Flügels gegen Cuba vertreten würden. Alarcón führt aus: »Wir alle wissen, daß in diesem Moment andere, in einer anderen Sprache, in einer anderen Hauptstadt, versuchen, über die Zukunft unseres Landes zu entscheiden« und spielt damit direkt auf den Helms/Burton-Gesetzentwurf an, der eine eklatante Verschärfung der US-Blockade gegen Cuba beinhaltet.

Alarcón geht in seiner Erklärung auf die wahrhaft basisdemokratischen und partizipativen Entscheidungsprozesse in Cuba ein und benennt sie als einen nicht nur rein verfassungsmäßigen Vorgang, sondern als einen Akt der Wahrung der ethischen, moralischen und menschlichen Werte Cubas. Der Präsident der Nationalversammlung betont abschließend, daß genau diese Werte es sind, die andere dem cubanischen Volk rauben wollen, um ein Wahlsystem einzuführen, das »ausschließlich auf ökonomischer Macht, Reichtum, Privilegien, Ungleichheit und Unehrenhaftigkeit basiert«.

Eine in der Tat kluge und realistische Einschätzung, die offensichtlich nicht nur dieser hochrangige Funktionär der cubanischen Revolution, sondern weit über 90% der cubanischen Bevölkerung mit der eindeutig gefällten Wahlentscheidung teilen. Die Stimmen für die Kandidatinnen und Kandidaten der Gemeindeparlamente - deren Arbeit in Zeiten der Krise schwer genug ist - waren zugleich Stimmen für den Fortbestand der cubanischen Revolution, für das Recht auf eine eigene Entwicklung und gegen die Aushungerungspolitik der USA, an der sich auch die deutsche Bundesregierung aktiv beteiligt.

Die Linke, alle Cubafreundinnen und -freunde in der BRD sind aufgerufen, dieses eindeutige Votum der Mehrheit des cubanischen Volkes so-

Tabelle 4: Abstimmungsdaten

Provinz	Abgegebene Stimmen	2. Wahlgang notwendig	Stimmzettel blanco %	Stimmzettel ungültig %
Pinar del Rio	503.450	7	5,8	6,3
La Habana	490.521	1	5,4	12,9
C. Habana	1.507.800	134	4,8	11,7
Matanzas	463.538	13	4,6	9,7
Villa Clara	593.949	10	5,3	8,2
Cienfuegos	273.288	5	4,3	7,7
S. Spiritus	328.354	3	3,9	4,9
Ciego de Avila	270.235	3	3,3	4,2
Camaguey	512.171	3	3,9	6,2
Las Tunas	345.988	1	3,5	3,5
Holguin	691.055	43	4,2	4,3
Granma	541.319	10	2,9	2,4
Stgo. de Cuba	666.347	61	4,1	3,2
Guantánamo	323.917	32	2,4	2,1
I. de la Juventud	56.621	0	3,8	4,1
Gesamt	7.568.548	326	4,3	7,0

wohl durch die materielle und politische Solidarität mit dem revolutionären Cuba als auch durch den Kampf gegen die BRD-Blockade im eigenen Land zu unterstützen.

Zwei notwendige Nachsätze:

1. Die Kräfte, die hierzulande eine »Demokratie« nach BRD-Zuschnitt in dem von Alarcón analysierten Sinne für Cuba fordern, werden nie müde, die von ihnen selbst finanzierten »Oppositionsgruppen« in's Spiel zu bringen. In Absprache mit den entsprechenden Parteistiftungen der BRD wurden vor einigen Jahren sogenannte cubanische »christliche, liberale und sozialdemokratische Parteien« gegründet. Vertreter dieser - auf Cuba selbst ein berechtigtes Sekundendasein fristenden - Grüppchen hatten noch für die Nationalwahlen 1993 zu einem - kläglich gescheiterten - Wahlboykott aufgerufen. Bei den jüngsten Gemeinderatswahlen versuchten sie gar nicht erst, sich zur Kandidatur aufstellen zu lassen. Wer, um Himmels willen, hätte sie auch von der arbeitenden und kämpfenden Bevölkerung Cubas vor Ort vorge schlagen?

2. Pünktlich zu den Gemeindeparlamentarischen Wahlen gab's am 13. Juli eine umfangreiche Provokation aus Miami. Die Meldungen hierzu nahmen in den bundesdeutschen Zeitungen naturgemäß den doppelten Umfang wie die Meldungen zu den Wahlen ein. Gemeldet wurde der Zusammenstoß eines Bootes der cubanischen Küsten-

wache mit dem Flaggschiff einer Bootsflotte aus Miami. Tatsache ist: Diese »Bootsflotte« einer obskuren »Brüderschaft« ehemaliger cubanischer Staatsbürger aus Miami war eine großangelegte Provokation, die mit 6 Flugzeugen, 2 Hubschraubern und 11 Schiffen den Luftraum bzw. die Hoheitsgewässer Cubas vorsätzlich verletzen, um einerseits die cubanischen Sicherheitsbehörden zu unüberlegten Aktionen zu provozieren und andererseits die jüngsten Migrationsabkommen zwischen Cuba und den USA torpedieren wollten. Es ist der besonnenen Haltung der cubanischen Küstenwache zu verdanken, daß die Situation nicht eskaliert ist. DPA meldet am 16.07.'95, daß die USA offiziell ihr »tiefes Bedauern« über den Zusammenstoß mitgeteilt haben. Ferner wird der Sprecher des UA-Außenministeriums, Nicholas Burns, mit den Worten zitiert, »die Exilkubaner seien von der Regierung gewarnt worden, das Hoheitsgebiet Cubas zu verletzen«.

Bleibt die Überlegung, daß man nur jemanden vor etwas warnen kann, dessen Vorhaben dem Warner bekannt ist...

Heinz-W. Hammer, Essen, 17.07.95  
(Quelle: Botschaft der Presseabteilung der Botschaft der Republik Cuba in Bonn)

O-ton

## Cuba unterzeichnete A-Waffen-Sperrvertrag

**R**edebeitrag des Ministers für Auswärtige Beziehungen der Republik Kuba, Roberto Robaina, anlässlich der Zeremonie zur Unterzeichnung des Abkommens von Tlatelolco

»Verehrter Herr Außenminister von Mexiko, verehrte Gäste, verehrte Landsleute,

wieder einmal beweist Kuba der übrigen Welt seine Treue zu eingegangenen Verpflichtungen. Mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags für Lateinamerika und die Karibik, bekannt unter der Bezeichnung »Vertrag von Tlatelolco«, kommt die kubanische Regierung der auf dem 1. Iberoamerikanischen Gipfeltreffen in Guadalajara von Staatspräsident Fidel Castro formulierten Verpflichtung nach.

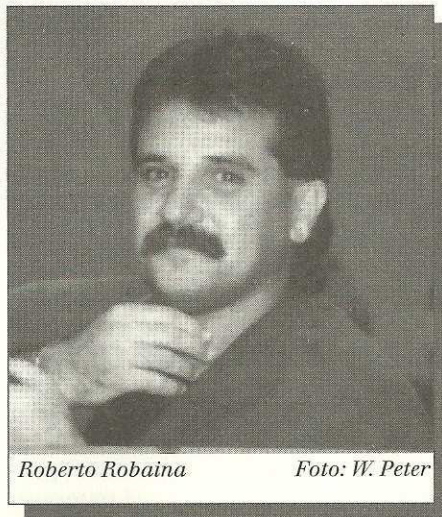
Dieser Schritt möge als weiterer Ausdruck des Willens unseres Landes gewertet werden, sich voll in die lateinamerikanische und karibische Staatengemeinschaft einzufügen sowie als Bekräftigung unseres Vertrauens in die Zukunft eines geeinten Lateinamerika, das heute mehr denn je von unseren leidgeprüften Völkern gefordert wird.

Im Schatten großer Gefahren und unter größten Opfern bekräftigt die Regierung der Republik Kuba mit diesem Akt ebenso den naturgemäß friedlichen Charakter des kubanischen Atomprogramms. Wir unterstreichen aber auch in vollem Verantwortungsbewusstsein, daß die Hindernisse, die dem vollständigen Beitritt Kubas zu diesem Vertrag bisher entgegenstanden, weiterhin präsent sind und die Sicherheit unseres Landes ernstlich beeinträchtigen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als einzige Atommacht dieses Teils der Welt verfolgen gegenüber Kuba eine unverändert feindselige Politik: Sie verschärfen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, sie intensivieren ihre Kampagne gegen unser Land, und sie halten mit Gewalt und gegen den Willen unseres Volkes an der illegalen Besetzung eines Teils

unseres Staatsgebietes fest, vor dem sogar ihre mit Atomwaffen bestückten Schiffe kreuzen. Die Lösung dieses Problems muß in Zukunft als Bedingung für den Verbleib unseres Landes in dem Sperrvertrag betrachtet werden.

Wir sprechen aber nicht nur von Gefahren für Kuba. Die Spannungen, die durch die aggressive Eskalation und Belagerung seitens der USA ausgelöst werden, stellen ein potentielles



Roberto Robaina

Foto: W. Peter

Explosionsrisiko für den übrigen Kontinent dar. Dieser Kontinent kann sich nicht sicher fühlen vor dem ungestraften Vorgehen eines mächtigen Nachbarn, der das Völkerrecht und die Resolutionen der Vereinten Nationen im Sinne seiner eindeutig hegemonialen und geopolitischen Interessen mißachtet. Nach der Aufhebung der Konfrontation zwischen beiden Polen und der Beendigung des Kalten Krieges in der übrigen Welt entbehrt dies heute in noch stärkerem Maße jeglicher Grundlage.

Man kann nicht nur den lateinamerikanischen Ländern einen formalen Verzicht auf den Besitz von Atomwaffen und einen unabhängigen Nach-

weis über die Einhaltung dieser Verpflichtung abverlangen, sondern im Rahmen der Bestimmungen des Abkommens von Tlatelolco muß eine Überprüfung der von den Atommächten übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der Protokolle I und II dieses Rechtsinstrumentes gefordert werden. ★

Dadurch wird der Beweis erbracht werden können, daß solche Waffentypen in keinem Teil Lateinamerikas oder der Karibik vorhanden sind. Insofern könnten wir vertrauensvoll behaupten, daß dieses Gebiet tatsächlich eine atomwaffenfreie Zone ist.

Verehrter Herr Außenminister, für Kuba war es immer ein Prinzip, sich gegen sämtliche Massenvernichtungswaffen auszusprechen. Ebenso sind wir der Ansicht, daß kein Land ein Monopol für solche Waffen - in diesem Falle Atomwaffen - besitzen sollte, denn dadurch entsteht eine privilegierte Situation, die gegen das Prinzip der souveränen Gleichberechtigung der Staaten verstößt.

Wir befürworten die völlige Abschaffung der Atomwaffen als einzige Möglichkeit, einen dauerhaften Frieden und Sicherheit für alle gleichermaßen zu garantieren. Die sogenannten »Atommächte« sind diejenigen, die diesen Grundsatz als erste erfüllen müssen. Deshalb lehnt Kuba nach wie vor das Privileg dieser Besitzstaaten ab, die unter Aufrechterhaltung ihres Status von der internationalen Staatengemeinschaft den Verzicht auf eine solche Option verlangen, so negativ sie auch immer sein mag. Darüber hinaus ist die Verpflichtung der Atommächte zu einem bescheidenen Abbau ihrer Arsenale auch nicht konsequent, da die verbleibenden Waffen für eine vielfache Zerstörung unseres Planeten mehr als ausreichend wären.

Die Tatsache, daß Kuba - ein Land ohne jegliche Möglichkeiten, Ressourcen oder Technologie für die Herstellung solcher Waffen - das Abkommen von Tlatelolco nicht schon früher unterzeichnete, geht auf rein moralische Gründe zurück. Wir betrachteten eine Unterzeichnung als einseitigen Verzicht, für den wir lediglich Feindseligkeit, Druck und Angriffsdrohungen seitens der Vereinigten Staaten erhielten. Überdies berücksichtigten wir dabei auch, daß

nicht alle Länder der Region den Vertrag unterzeichnet hatten.

In der jüngsten Zeit sind auf dem regionalen Schauplatz jedoch einschneidende Veränderungen für Kuba eingetreten. Wir gliedern uns erneut in eine Gemeinschaft ein, zu der wir immer gehört haben, nämlich in die Gemeinschaft Lateinamerikas und der Karibik. Mit ihr haben wir Beziehungen entwickelt und gestärkt, die in ihrem Ausmaß zwar noch nicht ausreichend sind, wohl aber den Integrationswillen bekräftigen, den unser Land bereits seit Entstehung der kubanischen Nation und der Entwicklung des Gedankenguts unserer Unabhängigkeitskriege bewiesen hat.

Kuba war ein Land, das durch den imperialistischen Willen von allen lateinamerikanischen Staaten - mit Ausnahme von Mexiko - isoliert war, und heute unterhält und intensiviert unser Land seine Beziehungen zu praktisch dem gesamten Kontinent, auf dem die Ablehnung

der von den Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängten Blockade von Tag zu Tag weiter um sich greift.

Die Integration unserer Völker ist heute nicht nur möglich. Abgesehen davon, daß sie eine Notwendigkeit darstellt, ist sie auch der einzige Weg, um die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Lateinamerikas heute zu bekräftigen und zu verteidigen.

Diese letzten Überlegungen unterstreichen unseren Entschluß, das Abkommen von Tlatelolco nunmehr zu unterzeichnen, wenngleich die Gründe weiterbestehen und sich in einigen Fällen sogar verschärft haben, aus denen Kuba bisher von einem so bedeutenden Schritt Abstand genommen hat.

Diese Entscheidung möge unseren bescheidenen Beitrag zur Einheit, zur Solidarität und zur Integration der Völker dieses Großen Vaterlandes vom Rio Bravo bis nach Patagonien nochmals stärken, das José Martí in seiner Zukunftsvision als Unser Amerika definierte.

## ERKLÄRUNG

Die Regierung der Republik Kuba erklärt, daß die Hindernisse, die dem vollständigen Beitritt der Republik Kuba zum Atomwaffensperrvertrag für Lateinamerika und die Karibik bisher entgegenstanden, weiterhin präsent sind und die Sicherheit Kubas nach wie vor ernsthaft beeinträchtigen. Die Vereinigten Staaten von Amerika als einzige Atommacht dieses Teils der Welt verfolgen gegenüber Kuba eine unverändert feindselige Politik: Sie verschärfen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, intensivieren ihre Kampagne gegen unser Land und halten mit Gewalt und gegen den Willen unseres Volkes an der illegalen Besetzung eines Teils unseres Staatsgebietes fest, vor dem sogar ihre mit Atomwaffen bestückten Schiffe kreuzen. Die Lösung dieses Problems muß in Zukunft als Bedingung für den Verbleib unseres Landes in dem Sperrvertrag betrachtet werden.

Ministerium für Auswärtige  
Beziehungen der Republik Kuba  
Havanna, 25. März 1995

gez. Roberto Robeina Gonazález

### Carlos Lage spricht mit der Granma:

## Die Umstrukturierung der zentralen Staatsverwaltung, den Austausch von Ministern, die Wirtschaft und andere Themen

*Obwohl ich es mir für mein Interview mit Carlos Lage nicht vorgenommen hatte, konnte ich nicht umhin, ihm als erstes, nachdem er wenige Stunden zuvor aus Kolumbien zurückgekehrt war, die Frage zu stellen, welche Resultate sein offizieller Besuch in dem lateinamerikanischen Land gebracht hatten.*

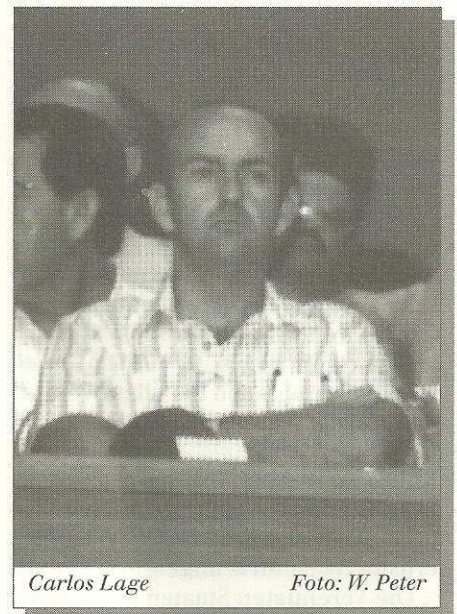
Wie bereits im Vorfeld angekündigt, erklärte er, ging es uns hauptsächlich darum, die Beziehungen zwischen unseren Ländern zu analysieren und in diesem Sinne waren die Zusammenkünfte mit dem Präsidenten Ernesto Samper, dem Vizepräsidenten Hum-

berto de la Calle und dem Kanzler Rodrigo Pardo, ausgezeichnet.

Es bestehen sämtliche Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in weiten Bereichen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen

**»Es sind keine einzelnen Maßnahmen; man muß sie in ihrem Zusammenhang sehen«**

und kulturellen Zusammenarbeit, etc. Wir sahen Möglichkeiten, die bestehenden Handelsbeziehungen zu erweitern, die im Jahre 1994 unterzeichneten Verträge zu realisieren



Carlos Lage

Foto: W. Peter

und weitere abzuschließen, einige Projekte kolumbianischer Investitionen in Kuba zu materialisieren und Prioritäten in diesen Bereichen zu konkretisieren.

Zusammenfassend kann man sagen, daß im Bezug auf die Verstärkung der Beziehung zwischen unse-

ren beiden Ländern die Gespräche sehr positiv waren, erklärte der kubanische Vizepräsident.

*Nachdem ich diese spontane journalistische Neugier gestillt hatte, ging ich zum eigentlichen Hauptthema des Gespräches über: Die Umstrukturierung der zentralen Verwaltungsorgane des Staates - basierend auf der Gesetzesverordnung 147, die vor 9 Monaten verabschiedet wurde - ist bekanntlich diejenige der von der Regierung verabschiedeten Maßnahmen, die bisher am wenigsten in Angriff genommen wurde. Zu welchem Zeitpunkt wird diese Maßnahme zur Anwendung kommen?*

## Umstrukturierungs-Prozeß in 27 zentralen Organen eingeleitet

Mit einiger Vorsicht, erklärte Lage, könnte ich Dir sagen, daß der Prozeß der Umstrukturierung, der von dem ausführenden Komitee des Ministerrates verabschiedet wurde, in 27 der 32 Organen eingeleitet worden ist. Im Sinne des vorgenannten Gesetzes soll hiermit die zentrale Staatsverwaltung reduziert werden. Natürlich gibt das, so gesagt, zunächst einmal keinen Einblick oder eine Information über die Anstrengungen, die in den vergangenen Monaten unternommen wurden, um an diesen Punkt des Prozesses der Reorganisierung des zentralen Staatsapparates zu gelangen, dessen Ziel es ist, zukünftig rationaler, flexibler, effizienter und kostengünstiger zu arbeiten, entsprechend den Bedingungen, mit denen wir heute konfrontiert sind.

Um die Strukturformen, die nun in Angriff genommen werden sollen, zu verabschieden, war es in erster Linie notwendig, die spezielle Funktion jedes einzelnen dieser Organe, aus denen die zentrale Regierung sich zusammensetzt, zu untersuchen, um adäquate Strukturen auszuarbeiten, die auch weiterhin die Ausführung dieser Funktionen garantieren. Dies war natürlich in einigen Organen schwieriger als in anderen, da zum Teil Verantwortung und Aufgaben übernommen werden mußten, die abgeschafft oder zusammengelegt worden waren, oder in anderen Organisationsformen existierten.

Auf der anderen Seite war es notwendig, fast gleichzeitig mit der Auswertung der Funktionen jedes Organs, die generelle Verfügbarkeit von Arbeits- oder Gehaltsentschädigungen auszuarbeiten, für diejenigen Mitarbeiter, die zwangsläufig von den Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sein werden, ebenso wie das Budget, das durch die Rationalisierung sozusagen frei wird.

Daraufhin hat die Kommission, die das ausführende Komitee zur Überwachung dieses Prozesses gegründet hat, ebenfalls spezielle Arbeitsgruppen gegründet, um sie auf diesen und anderen Gebieten zu unterstützen, beispielsweise im Bezug auf Kader und materielle Ressourcen (Räumlichkeiten, Transport, Geräte, Basismittel, Kommunikation, Computersysteme, etc.), um die gesamte Analyse der Umstrukturierung weiter zu effektivieren und zu integrieren.

Unabhängig von den Leitideen des Prozesses, die von dem ausführenden Komitee ausgingen, muß man sagen, daß die Untersuchungen und Vorschläge im Bezug auf Funktionen und Struktur der einzelnen Organen von diesen selbst ausgearbeitet wurden.

Das geht soweit, daß, obwohl den meisten der Vorschläge zur Umstrukturierung zugestimmt wurde, es einige Organe gab, wo wir trotz Reduzierung von Strukturen und Belegschaft der Meinung waren, daß hier noch eine weitere Anpassung möglich ist, so daß im Hinblick auf die jeweils konkrete Situation der Anwendung dieser Strukturen zunächst provisorisch zugestimmt wurde, und man ihnen die Möglichkeit gibt, innerhalb einer bestimmten Frist, ein neues, noch rationaleres Konzept vorzulegen.

Ein wichtiger Aspekt, erklärt Lage, ist, daß in jeder Etappe dieser Arbeit, die im April letzten Jahres begonnen wurde, die Leitung der entsprechenden Organe, Repräsentanten der Gewerkschafts-, Partei-, und Jugendverbände beteiligt waren, und daß auf den unterschiedlichsten Wegen die Arbeiter immer informiert wurden - ohne zu behaupten, daß dies immer perfekt war, denn man kann an einigen Stellen immer noch etwas verbessern - um diesen Prozeß der Reorganisierung und Rationalisierung, der immer sehr sensibel, komplex und traumatisch ist, so sehr man auch versucht, dies zu vermeiden, möglichst reibungslos durchzuführen.

Ich komme nun zum Ausgangspunkt Deiner Frage zurück, der augenblickliche Stand der Dinge: Nachdem die Strukturen und Funktionen verabschiedet worden sind, befinden wir uns nun in der Phase, in der die Informationen an die Arbeiter weitergegeben werden. Nicht mehr unter generellen Aspekten, sondern diesmal speziell für die jeweiligen Bereiche, in denen sie tätig sind. Wir erklären ihnen, welche Funktionen ihre Organe übernehmen werden, ihre Leitung, die Abteilung und mit welchem Personal die gesteckten Ziele erreicht werden sollen.

Nach Durchführung dieses Schrittes gehen wir dazu über, die Belegschaften in den jeweiligen Bereichen zu reduzieren, und das Personal auszuwählen, daß die einzelnen Stellen besetzen wird, was gleichzeitig impliziert, daß Verfügbarkeiten, Versetzungen usw. zu klären sind. Wie in § 6 der Resolution des Ministeriums für Arbeit und Soziales festgelegt, wird diese Aufgabe von Kommissionen durchgeführt, die an jeder Arbeitsstätte zu diesem Zweck eingerichtet wurden. Aufgrund der Komplexität der Maßnahmen, sowie in besonderen Fällen, wird diese Kommission ihre Arbeit noch bis zum kommenden 31. Mai fortsetzen. Das heißt also, wir gehen davon aus, daß bis zum 1. Juni diese 27 Organe bereits in der für die 1. Etappe vereinbarten Form der Umstrukturierung der zentralen Staatsverwaltung funktionieren können.

*Ich bitte Carlos Lage um die Klärung von 2 Punkten: die 5 zentralen Organismen, die in dieser Gruppe nicht eingeschlossen sind, sowie die konkrete Situation in den 27 vorgenannten Organen.*

Es fehlen die Ministerien für Zucker und Landwirtschaft, denen eine längere Frist zur Ausarbeitung ihrer Vorschläge eingeräumt wurde. In diesen beiden Fällen war eine längere Frist notwendig, da ja bekanntlicherweise diese ihre Basis radikal verändert hatten durch die Unterteilung in UBPC (Anm.: nicht-staatliche selbstverwaltete Kooperativen). Dies erfordert natürlich eine gründlichere Untersuchung der Organisationsform.

Was die Ministerien der Revolutionären Streitkräfte, der Inneren Angelegenheiten sowie das Nationale

Institut für Staatliche Reserven betrifft, hat der Prozeß, den wir heute durchführen, schon im Vorfeld stattgefunden.

Im Bezug auf verschiedene Einheiten, die einigen der Organe untergeordnet sind, wurde eine Frist von einem Monat eingeräumt, um dem ausführenden

★ Komitee ihre Vorschläge zu Funktionen, Strukturen und Belegschaften vorzulegen. Dies betrifft unter anderem die staatlichen Behörden für Normierung, Statistiken, Industrie-Design, Gerichtsverwaltung, Auditorien, sowie die Institute für Planungsdurchführung, Wirtschaftsforschung und Wohnungsbau.

## Mehr als nur die Veränderung von Namen und Zahlen

Ein wichtiger Aspekt ist auch die Tatsache, daß einige zentrale Organe, staatliche Kommissionen oder Institute völlig abgeschafft oder zusammengelegt wurde, so daß von 50 ursprünglichen Organen lediglich 32 übriggeblieben sind.

Wichtig sind auch die Resultate die sich aus diesem Prozeß bisher an 24 Ministerien und 3 staatlichen Instituten bemessen lassen:

<b>Gebilligte Belegschaft</b> (zum Zeitpunkt der Gesetzesverordnung 147) = .....	<b>19 849</b>
<b>Abgedeckte Belegschaft</b> (zum Zeitpunkt der Gesetzesverordnung 147) = .....	<b>12 879</b>
<b>Gebilligte Belegschaft</b> (Januar 1995) = .....	<b>8 228</b>
<b>Organisationseinheiten</b> (Direktion, Abteilungen, etc.) (zum Zeitpunkt der Gesetzesverordnung 147) = .....	<b>984</b>
<b>Organisationseinheiten</b> (Januar 1995) = .....	<b>570</b>
<b>Durchschnittliche Reduzierung</b> der Organisationseinheiten der Organe von .....	<b>59 auf 21</b>

### Anmerkungen:

Im Vergleich zur Belegschaft, die im April 1994 gültig war, werden .....	11 621
Stellen abgebaut; mit den bereits abgedeckten .....	4 651
Bisher konnten .....	681
Arbeiter versetzt werden, .....	3970
stehen noch zur Verügung. Hinzu kommen .....	1 314
Arbeiter aus jenen Organen, die abge-schafft, bzw. mit anderen zusammengelegt wurden	

Die Reduzierung der Organisationseinheiten ist einer der bezeichnendsten Aspekte, da sie im Hinblick auf die Qualität ihrer Funktionalität wichtige Veränderungen einleitet mit dem Ziel, den ständigen Kampf um die Entbürokratisierung der Arbeit dieser Organe zu effektivieren.

*Zweifellos hat die Umstrukturierung des zentralen Staatsapparates über diese Reduzierung hinaus, ein wesentlich tiefgründigeres Ziel. Daher meine Frage an Lage: was bezweckt man mit diesem Prozeß?*

Sieh mal, auf dem IV. Parteitag wurde in der Resolution über die wirtschaftliche Entwicklung eine Umstrukturierung des zentralen Staatsapparates festgelegt mit dem Ziel, die notwendige Zentralisierung der Entscheidungen sowie das Funktionieren der staatlichen Wirtschaft zu garantieren.

Als Du mich im Oktober 1995 interviewt hast, sagte ich Dir, daß sich in den letzten Jahren eine Vereinfachung des Staatsapparates entwickelt hatte, die im großen und ganzen durchaus fortschrittlich war; aber auch daß unter den gegebenen Umständen eine intensivere Umstrukturierung stattfinden müsse, eben auf-

grund der Wirtschaftsreformen, die gerade eingeführt worden waren. Mehr direkte Beteiligung der Produzenten am Exportgeschehen, mehr Verantwortung der Unternehmen bei der Verwaltung ihrer Ressourcen, sowie die Öffnung der Märkte für ausländisches Kapital....

Die Entscheidung, unseren Staatsapparat zu vereinfachen, war also keine unbedachte Maßnahme, sondern wurde bereits seit längerer Zeit analysiert. Im Zusammenhang der Maßnahmen jedoch, die notwendig waren, um die schwierigen und komplexen Situationen, in der wir uns befinden aufzufangen, lagen die Prioritäten in anderen Bereichen und es wurde beschlossen, diese Maßnahme in Etappen anzugeben.

## Die Umstrukturierung ist keine einzelne Maßnahme

Die Umstrukturierung der zentralen Verwaltungsorgane des Staates ist weder eine einzelne noch eine abgeschlossene Maßnahme, sondern steht in Verbindung mit anderen Maßnahmen, die verabschiedet wurden und durchgeführt werden müssen und die mit unserem Gesamtkonzept der Planwirtschaft zu tun haben. Mit allen Anpassungen, die notwendig waren und notwendig sein werden, einschließlich allem, was mit der Perfektionierung der Unternehmensformen zu tun hat, dem Abgabengesetz, Entwicklung der UBPC usw., bis hin zur Reduzierung der Belegschaft in allen Bereichen, angefangen mit der Produktion, um diese tatsächlich effizienter zu gestalten, was uns wiederum zu politischen Entscheidungen führt im Hinblick auf Beschäftigung, Arbeits- und Lohnpolitik bis hin zur Ausbildung der Fachkräfte, die wir benötigen.

Logischerweise muß man annehmen, daß all dies in die allgemeine Politik unseres Landes einfließt, die zum Ziel hat, niemanden seinem Schicksal zu überlassen. Auch Gesundheit und Bildung sollen nicht vom Einkommen des Einzelnen abhängig sein, sondern weiterhin allen Menschen kostenfrei garantiert werden; die soziale Absicherung und Unterstützung werden ebenfalls nicht angetastet. Also muß jede Entscheidung, die die Rationalisierung von Arbeitsplätzen betrifft, indem Moment,



in dem die wirtschaftlichen und sozialen Ausgaben in beträchtlicher Weise reduziert wurden und wir dafür kämpfen, daß Budget zu senken, in ihrem Zusammenhang und mit allen vorhandenen Alternativen betrachtet werden.

Ich glaube, ich bin ein wenig vom Thema abgekommen, aber es schien mit notwendig, im Zusammenhang mit dem Ziel dieses Prozesses diese komplexen Informationen darzustellen. Alles, was wir erreichen wollen, ist eine etwas »leichtere« Mannschaft, die den zentralen Staat rationaler und gleichzeitig effizienter verwalten kann, und somit ihre Hauptaufgabe erfüllt; innerhalb ihres Aufgabenbereiches die Regierung in der Ausübung der Staatspolitik zu unterstützen und gleichzeitig die Kontrolle und Finanzierung der Ausführung dieser Politik zu verbessern, immer in Verbindung mit den objektiven Möglichkeiten und Perspektiven des Landes; sie dezentralisiert und erteilt den Unternehmen die gesamte Verwaltung, wodurch diese mehr Eigenständigkeit bekommen, sich im Außenhandel zu bewegen, ihre Finanzen und Ressourcen kontrollieren. Darum geht es hier.

*Die Antworten werfen immer wieder neue Fragen auf, besonders wenn der befragte Dr. C. Lage ist - und noch schlimmer für mich, wenn ich weiß, daß er nicht sehr viel Zeit hat - deswegen stelle ich ihm gleich zwei Fragen auf einmal: Eine bezüglich der materiellen Ressourcen, die mit Einleitung dieses Prozesses freierwerden, und die andere im Hinblick auf die ständige Perfektionierung über die gesprochen wird, wenn es um die Umstrukturierung des Staatsapparates geht.*

In dieser ersten Etappe, die wie gesagt Mitte des Jahres abgeschlossen sein soll, sind Räumlichkeiten und Basismittel jener Organe frei geworden, die abgeschafft wurden. Von den Räumlichkeiten beispielsweise, wurden einige für die Verbesserung sozialer Einrichtungen verwendet, andere für Programme wie den Wiederaufbau der Altstadt Havannas, ein Teil für die Vermietung von Büros an ausländische Investoren und wieder andere für Wohnungen. Was Möbel und sonstiges Büromaterial betrifft, ist das Wichtigste, daß 98 Familienarzt-Praxen eingerichtet wurden und daß sich die Bestände der Gemeindegerichts-

höfe verbessert haben, die recht spärlich waren - zum Teil noch sind ..., hier wird es ab März/April weitere Verbesserungen geben, sobald die neuen Strukturen zum Einsatz kommen.

Die kontinuierliche Perfektionierung besteht darin, daß man in dieser Etappe nicht stehenbleibt, daß die Zukunft uns lehren kann, daß es möglich ist, weiter zu reduzieren, daß Organe sich innerhalb ihrer Funktionen selbständig effektiver machen können. Aus der Veränderung der Mentalitäten kann sich ein neuer Stil entwickeln oder es werden mehr Aufgaben an die Unternehmen delegiert. Vielleicht sehen wir auch im Laufe der Zeit, daß es möglich ist, weitere Institutionen zusammenzulegen.

## Über die gestern angekündigten Änderungen

*Die gestern veröffentlichte Information über die Entlassung der Leiter einiger Organe, sowie die Vermutungen und Interpretationen, die eine solche Ankündigung immer begleiten, innerhalb aber besonders auch außerhalb Kubas, werfen eine obligatorische Frage auf.*

Man muß diese Veränderungen als Teil eines ganz normalen Prozesses der Kadererneuerung sehen, der sich natürlicherweise überall auf der Welt und immer dort ergibt, wo es leitende Kader gibt, sei es in einer Regierung oder in einem Unternehmen, erklärte der Ministerpräsident.

Tatsache ist jedoch, daß wir in Kuba sind, betonte er, und was hier passiert, daran haben wir uns in diesen 36 Jahren der Revolution gewöhnt, bekommt außerhalb Kubas immer eine andere Bedeutung, oder man versucht, eine hineinzuinterpretieren.

Wenn wir uns die Compañeros anschauen, die entlassen wurden, sehen wir, daß diese durchweg über langjährige Erfahrung in leitenden Positionen verfügen, daß sie viele Jahre loyal und mit Hingabe gearbeitet und ihre Aufgaben mit entsprechenden Resultaten ausgeführt haben, vorbildlich und kompetent in den Kollektiven und ihren jeweiligen Gebieten, selbstlos und ohne Eigeninteressen.

Man kann keinem von ihnen vorwerfen, unverantwortlich oder korrupt gewesen zu sein, ihre Positionen zu ihrem persönlichen Nutzen mißbraucht oder Ressourcen - zum Teil in großen Mengen - die der Staat ihnen anvertraut hatte, zweckentfremdet zu haben. Das sagt viel über unsere Ministerien aus, in einer Welt, in der kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein Minister oder sogar ein Präsident für solche Vergehen angeklagt wird.

Ich möchte sagen, daß es sich hier um einen natürlichen Austauschprozeß handelt. Es geht darum, anderen Mitarbeitern, die bisher keine Aufstiegsmöglichkeiten hatten, eine Chance zur Weiterentwicklung zu geben und den Prozeß der Umstrukturierung des Staatsapparates zu fördern, mit wertvollen Fachkräften, die sich hierbei auf die Erfahrung ihrer Vorgänger stützen müssen.

So wurde also im Laufe dieses Erneuerungsprozesses, den wir mit jedem neuen Schritt als einen normalen Vorgang anerkennen müssen beschlossen, wie die Übergabe vor sich gehen soll. Die Compañeros, die diese Positionen übernehmen, werden von den ausscheidenden Mitarbeitern eingearbeitet und erhalten von diesen jegliche notwendige Unterstützung. Ihre Vorgänger werden sie den Führungsgremien und Arbeiterkollektiven der wichtigsten dem Organismus untergeordneten Zentren vorstellen und man wird sich soviel Zeit nehmen, wie sie benötigen. Soviel kann ich dir dazu sagen.....

## Noch hat sich die Wirtschaft nicht erholt

*Eigentlich sollte die vorhergehende Frage meine letzte sein, aber es ist sicherlich nicht möglich mit Lage zu sprechen, ohne ihn nach der wirtschaftlichen Situation des Landes zu fragen und vor allem über seine angekündigte Teilnahme am Weltwirtschaftsforum, das in den nächsten Tagen in Davos/Schweiz stattfinden wird.*

Das ist fast ein anderes Interview, wirft er mir lächelnd vor - was ich als Vorversprechen für ein nächstes Treffen interpretiere - willigt aber freundlich ein, eine kurze Erklärung abzugeben.

Im Jahre 1994 haben wir mit einigen positiven Zeichen in der wirtschaftlichen Entwicklung abgeschlossen. Zunächst einmal konnte der strudelartige Abstieg, dem wir seit Mitte desselben Jahres ausgesetzt waren, gebremst werden. Trotz des verstärkten Drucks der Yankees sind ausländische Investitionen gestiegen, einschließlich der drei wichtigsten Verhandlungen, die bis dato geführt wurden; das Gleichgewicht der internen Finanzen konnte etwas aufgefangen werden und obwohl das nicht definitiv ist, ist es doch zumindest erleichternd. Im Bereich des Tourismus konnten wir ein weiteres Wachstum verzeichnen, die staatliche Rohölförderung, die Industrie mit Ausnahme des Zuckers, und auch in anderen Zweigen gibt es erste Anzeichen für eine Erholung; Maßnahmen wie die Einrichtung der Bauernmärkte werden uns in Zukunft dabei behilflich sein, die Produktion anzuregen, obwohl die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im

Jahre 1994 bereits höher war als 1993. Das gilt für fast alle Bereiche, mit Ausnahme von Gemüseprodukten und einigen anderen Lebensmitteln.

Trotz alledem, auch wenn wir diese Nachricht gerne verbreiten würden, kann man noch nicht sagen, daß wir uns in einer Phase der wirtschaftlichen Erholung befinden. Das größte Problem, daß wir noch immer haben, sind die Beschränkungen bei den Deviseneinnahmen, die wir für den Import der notwendigen Ressourcen benötigen, um wiederum die Produktionskapazität des Landes zu reaktivieren. Der schlimmste Vorfall waren hier die Resultate der letzten beiden Zuckerernten von 4 Millionen Tonnen. Hinzu kommen die Prognosen für die diesjährige Ernte, die keineswegs besser ausfallen wird.

Diese Tatsache, verbunden mit den Preiserhöhungen bei unseren Importen - ich muß hier nochmals darauf hinweisen, daß diese weniger als 30 % der Importmenge von vor 5 Jahren betragen - die Tatsache, daß es nicht möglich ist, Kredite zu bekommen,

die Verschärfung der Blockade; all diese Faktoren schränken uns in den Bemühungen unsere Wirtschaft auf die Beine zu bringen, sehr ein.

Das Weltwirtschaftsforum in Davos ist bekanntlich das wichtigste Ereignis auf diesem Gebiet, das jährlich durchgeführt wird und an dem Staats- und Regierungschefs, Regierungsvertreter fast aller Ländern, gleichzeitig große multinationale Unternehmen, Zentren für wirtschaftliche Studien und zahlreiche Persönlichkeiten teilnehmen. Cuba wurde erstmals eingeladen und unsere Teilnahme wird ein Teil der Anstrengungen sein, die wir auf internationaler Ebene unternehmen, um mit unserer eigenen Stimme die Situation zu beschreiben, in der wir uns befinden, die kriminelle Blockade, die versucht, jede Anstrengung zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme zunichte zu machen, sowie die internen und externen Maßnahmen die ergriffen wurden, um aus der Periode herauszukommen, zu der uns Umstände geführt haben, die von unserer Revolution unabhängig sind.

Aber trotz allem verlieren wir nicht den Mut, schließt Lage. Fidel hat uns gelehrt, optimistisch zu sein, selbst unter den widrigsten Umständen, und daß dieser Optimismus nicht auf Utopien oder unrealisierbaren Träumen beruht, sondern auf tatsächlichen und realistischen Alternativen zu der Welt, in der wir heute leben, gestützt auf die Widerstandskraft und den unermüdlichen Kampf unseres Volkes.

Wir sind überzeugt, von dem was wir tun, von den Maßnahmen, die wir anwenden, den Entscheidungen, die wir sehen aus unserer Situation. Und wir sind überzeugt von der Richtigkeit unserer Ideen und Prinzipien, die wir niemals aufgeben werden.

Coupon einsenden an: VVCO, Granma, PF 66, 12414 Berlin

# GRAMMING

## INTERNACIONAL

AUTHENTISCHE  
aus Cuba  
und Lateinamerika  
INFORMATIONEN

JA

ich abonniere für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM

6 Monate (6 Ausgaben) 13 DM

ich zahle

gegen Rechnung

per Bankeinzug

Name ..... Geldinstitut .....

Str./Nr. .... BLZ .....

PLZ/Ort ..... Konto .....

Datum/Unterschrift .....

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift

**CUBA  
LIBRE**

# Mumia Abu Jamal:

## Hinrichtungsbefehl vorerst ausgesetzt - aber nicht aufgehoben !

Wenn es nach dem Gouverneur von Philadelphia gegangen wäre, würde der schwarze Journalist Mumia Abu Jamal jetzt schon nicht mehr leben. Am 17. August sollte er hingerichtet werden. Weltweite Proteste zwangen die Justiz zur Aussetzung dieses Termins.

Doch damit ist das Leben des derzeit bekanntesten Gefangenen in den Todeszellen der USA noch nicht gerettet, denn eine mächtige Lobby aus konservativen Politikern, Vertretern der Polizeigewerkschaft und der Massenmedien fordert weiterhin Mumiens Tod. Richter Sabo, ein berüchtigter Todesstrafenverfechter, entschuldigte sich bei auch sogleich bei seiner reaktionären Lobby für die Aussetzung des Hinrichtungstermins. 1982 wurde Mumia von Sabo zum Tode verurteilt, weil er angeblich einen Polizisten ermordet haben soll. Zahlreiche Zeugenaussagen, die Mumia entlasteten, fanden vor Gericht keine Beachtung. In Wirklichkeit war es seine jahrelange publizistische Arbeit für die Rechte der von Armut und Rassismus Unterdrückten, die ihn den Schuldspruch eintrug (siehe »Cuba Libre« 2/95).

Die Aussetzung des Hinrichtungsbefehls hat die sich langsam entwickelnde Solidaritätsbewegung mit Mumia erst einmal ruhiggestellt. Die bundesweite Solidaritätsdemonstration am 22.7. in Berlin brachte noch ca. 5000 Menschen auf die Beine. Am internationalen Aktionstag am 17.8. waren es nur einige hundert Menschen, die die Botschaften und Konsulate der USA belagerten. Die geplante Blockade bei Opel/General Motors in Bochum, die für den 13.8. terminiert war, wurde wieder abgesagt. Es ist zu hoffen, daß die Solidaritätsbewegung am Ball bleibt und nicht glaubt, der Kampf wäre schon gewonnen. Selbst wenn es zur Wiederaufnahme des Verfahrens käme und das Todesurteil aufgehoben wurde, muß doch Mumiens unverzügliche Freilassung und die Entschädigung für die Jahre in der Todeszelle erkämpft werden. Nicht zu

vergessen, sind die vielen namenlosen Insassen der Todeszellen.

Wegen des Einsatzes für diejenigen in den Vereinigten Staaten, für die der vielbeschworene amerikanische Traum ein täglicher Alptraum ist, bekam Mumia einst den Beinamen »Stimme der Unterdrückten« verliehen. Noch in der Todeszelle bleibt er dieser Auszeichnung verbunden. Seine publizistische Tätigkeit widmet er den vielen namenlosen Opfern der rassistischen Todesstrafe in den USA. Seit Kurzem übrigens sind Mumiens Kolumnen auch in deutscher Sprache zu lesen. Der auf amerikanischen Widerstand spezialisierte Agipa-Press-Verlags in Bremen hat in einem Kraft-



**Mumia Abu-Jamal**, ...aus der Todeszelle, Live from the Dead Row, Essays, Agipa-Press, 1995, 299 Seiten, 28 DM

**Oliver Demny**, Die Wut der Panther. Die Geschichte der Black Panther Party - Schwarzer Widerstand in den USA, Unrast-Verlag, 1994, 201 Seiten, 24 DM (siehe Besprechung in Cuba Libre 4/94, S. 62)

**COMRADE GEORGE & ATTICA**, Die Zeit des Blues ist vorbei... (Bd. 1) Der Mord an George Jackson und die schwarze Gefangenenbewegung in den USA, Agipa-Press, 1987, 280 Seiten, 24 DM

**Assata Shakur**, ASSATA, eine Biographie aus dem schwarzen Widerstand in den USA, Agipa-Press, 1990, 360 Seiten, 29,80 DM

**Redaktionskollektiv** „Right on“ (Hg.), BLACK POWER, Interviews mit (Ex-) Gefangenen aus dem militanten schwarzen

Widerstand, Edition ID-Archiv, 1993, 171 Seiten, 18 DM

Widerstand, Edition ID-Archiv, 1993, 171 Seiten, 18 DM

Es ist also ganz in Mumiens Sinne an die revolutionären Kämpfe in den USA zu erinnern, an die vielen Toten durch staatlichen Terror und an die Menschen, die wegen des Kampfes um eine neue Gesellschaft seit Jahren hinter Zuchthausmauern weggeschlossen sind. Deshalb ist diesem Artikel eine Literaturliste beigelegt, damit Interessierte sich weiter informieren können.

Aus einer historischen Sichtweise eröffnen sich auch die unterschiedlichsten Perspektiven für Mumia. Die beiden anarchistischen Gewerkschaftler Sacco und Vanzetti wurden trotz weltweiter Proteste hingerichtet, der schwarze Revolutionär George Jackson, wegen des Diebstahls von 70 Dollar an einer Tankstelle über ein Jahrzehnt im Knast, wurde von Gefängnisbeamten ermordet. Die offizielle Version lautete, auf der Flucht erschossen. Die Kommunistin Angela Davis mußte dank einer weltweiten Protestkampagne freigelassen werden. Die schwarze Revolutionärin Assata Shakur wurde von Genossen der Black Liberation Army aus dem Hochsicherheitsgefängnis befreit. Sie lebt seitdem bis heute in ihrem kubanischen Exil.

Es ist also auch Sache von uns, als Teil der internationalen Solidaritätsbewegung, daß Mumia das Schicksal von Sacco und Vanzetti und George Jackson nicht erleiden muß.

Peter Nowak

Widerstand, Edition ID-Archiv, 1993, 171 Seiten, 18 DM

**Schwarzer Widerstand** und Befreiungsbewegung seit dem 17. Jahrhundert in den USA, Beiträge zu einem internationalistischen Feminismus, April 1995, zu beziehen für 6 DM über: Infoladen »Anschlag«, Heeperstr. 132, 33607 Bielefeld

**Gruppe 2 (Hg.)**, Face Reality, There are political prisoners in the U.S.A. Freedom now!; Texte: Dokumentation zur Zeitgeschichte Nr. 6, München 1991, 120 Seiten 7 DM (wieder lieferbar über: Gruppe 2 - Fasanenstr. 142, 82008 Unterhaching)

# »Der Weg ist lang und in Teilen unbekannt ...«

## Che

### Eine Situationsbeschreibung aus Kuba Ende 1994

Vom 12.11. - 3.12.1994 ist eine Gruppe von 7 deutschen Brigadistas aus unterschiedlichen politischen und sozialen Zusammenhängen nach Pinar del Rio - Provinzhauptstadt und gleichnamig mit der westlichsten Provinz Kubas - abgeflogen, um durch Mitarbeit in insgesamt 6 Projekten, wie auch durch gemeinsam organisierte Treffen mit politischen Funktionsträgern und Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mehr über das Leben der KubanerInnen in der »periodo especial« zu erfahren und sich ein eigenes - authentisches - Bild über die Lage in Kuba zu machen.

Hierbei spielte bei einigen der Teilnehmenden die Berichterstattung über den so einseitig in der hiesigen Presse ausgeschlachteten »Masse-nexodus tausender KubanerInnen« - aus Kuba gen Florida im Sommer '94, eine nicht ungewichtige Motivation, gerade zu diesem Zeitpunkt in das Land zu fahren.

Überschattet wurde der Aufenthalt von der gerade erst einige Wochen zurückliegenden Invasion der USA in Haiti im Oktober 1994 ... und einem Hurrikan, der just zum Zeitpunkt unserer Ankunft die Nordküste Kubas heimsuchte - ... nomen est omen? ...

#### WAITING FOR THE HURRICAN ?

Die erste Begegnung in Kuba war die mit einem Vertreter des kubanischen Institut für Völkerfreundschaft (Instituto Cubano de Amistad con los Pueblos - ICAP) aus Pinar del Rio, der uns die allgemeine regierungsoffizielle Version über die politische Situation in bezug auf Kuba erläuterte. Die Begegnung wurde an den Punkten interessant, wo sich eine offene Diskussion entwickelt, die sich an Themen wie (Aus-)Reisepolitik, Dollaröffnung Kubas und natürlich: »el bloqueo« - die Blockadepolitik der USA gegen Kuba - herauskristallisierte. An Fragen der ökonomischen und politischen Situation Kubas also schlechthin - Fragen auch, mit denen wir in den später erfolgenden Begegnungen mit kubanischen Menschen aus ganz

unterschiedlichen sozialen Schichten und in verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen praktisch konfrontiert werden sollten; sei es im Zuge von Fragestellungen zur praktischen Suche nach Auswegen aus der blockadebedingten Mangelwirtschaft und dem Aufbau autarker Wirtschaftsstrukturen in den überlebenswichtigen Teilbereichen der kubanischen Ökonomie, in die die kubanischen Wirtschaftsplaner einen Großteil ihrer mit großen Haushaltssummen subventionierten Anstrengungen legen, seien es - im Kontrast dazu die kids von La Habana - und der allzu freimütig ausgedrückte Wunsch vieler - vor allem jüngerer - KubanerInnen nach mehr Konsum und Reisemöglichkeiten (... vor allem ins kapitalistische Ausland, G.D.) bei überwiegender und gleichzeitiger Bejahung der Errungenschaften der Revolution, aber auch vereinzelter systemdissidenter Anschauungen ... Etwa des kubanischen Kinderarztes, der es leid ist, neben seinem Job als Arzt täglich noch die lebensnotwendigsten Konsum- und Gebrauchsgüter für sich und seine fünfköpfige Familie organisieren zu müssen und für den der Mangel »im System selbst« liegt (...und der lieber heute als morgen einen Sturz des Systems und eine Angliederung Kubas an die exilkubanische Gemeinde in La Florida oder als 52. Bundesstaat der USA sähe ... es so ungeschminkt ausdrücken wollte

er dann aber lieber doch auch nicht ..., G.D.) ...

In der Tat zeigt die Vielzahl der geführten Gespräche, daß momentan eine breite gesellschaftliche Diskussion in Kuba in Gang ist, deren Offenheit überraschte (bleibt nur die Erwartung, daß diese Breite der Diskussion auch ihren Eingang in die höheren Ebenen der Bürokratie-, Partei- und Staatsstrukturen findet, was aus der Kenntnis der Geschichte politischer Willensbildung durch das Volk und ihrer Kanalisierung und Institutionalisierung durch den politischen Überbau welcher Couleur und politischen Verfaßtheit auch immer, schärfstes Mißtrauen rechtfertigt..., G.D.). Sie ist - bei vorausgesetzter gleichbleibender Zustimmung zum politischen System Kubas - die Gewähr dafür, ehrliche Lösungsansätze für das kubanische Modell zu finden, die vom Volk mitgetragen werden.

#### IM SINNE DER HERRSCHENDEN ISOLATIONSPOLITIK GEGEN DIE KARIBISCHE INSEL WIRD DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG HIER MANIPULIERT

Festzustellen bleibt, daß es eine ausgeklügelte Taktik der hiesigen gleichgeschalteten Presse ist - oder zumindest ist sie ihr fast ausnahmslos aufgesessen - die Ereignisse in Kuba im Sommer 1994 so einseitig auszuschlachten und zu manipulieren. Differenzierung und eine authentische Berichterstattung tut not... Mit einigen Zahlenbeispielen zur kubanischen Ausreisepolitik hat Heinz Dieterich ja bereits in der 'konkret' No.10/94 die manipulativen Argumente hiesiger Hofpresse ziemlich unleugbar entlarvt, weshalb an dieser Stelle nur noch einmal die wesentlichsten Zahlen und Fakten für die weitere Diskussion aufgegriffen werden sollen:

146.000 Ausreisearträge aus privaten Gründen 1993 insgesamt, davon wurden 153 von der cubanischen Behörde abgelehnt (= 0,1 %).

154.000 davon waren Ausreisearträge in die USA (alle von Cuba genehmigt), davon nur 964 Visaerteilungen durch die USA!

Das heißt im Klartext, daß die USA das 1984 mit Kuba ausgehandelte Abkommen, wonach 20.000 Einreisearträge jährlich bewilligt würden, syste-

matisch verletzten, denn bis 1994 wurden insgesamt nur ca. 11.000 Ausreisearträge bewilligt.

Dabei liegt nahe, daß das Verhalten der USA politisch-taktisch bestimmt ist, denn entgegen den konkreten Vereinbarungen im Vertrag wird sowohl das allgemeine Einwanderungsgesetz, als auch die 'Adjuste Cubano', ein Gesetz aus dem Jahre 1966 - somit aus Hochzeiten des kalten Krieges - angewendet, welches jedem/r Kubaner/in, welcher/r wie auch immer in die USA gelangt, umgehend politisches Asyl verspricht ... alles incl. Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Letztendlich bedeutet dies nichts anderes als die Förderung der illegalen Ausreise mittels Zurückdrängens der legalen, da sich diese anscheinend politisch besser ausschlagen läßt. Nichtsdestotrotz liegt das kubanische Mittel der Auswanderungen in die USA im Durchschnitt der Auswanderungsrate von 1-2% der Gesamtbevölkerungen aller Karibikstaaten.

In der Tat kann mensch jedoch auch im Gespräch mit KubanerInnen feststellen, daß die meisten sich eine teure Auslandsreise gar nicht erst leisten können, aber ob hier der Beschluß der kubanischen Regierung, den Dollar in Kuba freizugeben und sog. 'freie Bauernmärkte' wieder zuzulassen, von Nutzen war, ist mehr als fraglich. Er teilt die kubanische Gesellschaft in Dollar-Besitzende und Dollar-Besitzlose, ermöglicht es den KubanerInnen, die Zugang zu US-Dollars haben - etwa Bedienstete im Tourismusbereich - sich auf diesen Märkten mit Dollars zu beschaffen, was den meisten anderen nicht möglich ist. (Die Debatte um die Dollar-Einführung ist jedoch wesentlich umfassender, als hier dargestellt werden kann. Verwiesen sei auf andere bereits in 'Cuba Libre' erschienene Artikel.)

### WORKING FOR THE YANKEE-DOLLAR?

Dementsprechend ist die Versorgungslage in Kuba nach wie vor äußerst angespannt, obwohl - im Gegensatz zu den ländlichen Provinzen - dem Anschein nach auf den 'freien Märkten' in La Habana alles zu haben ist, was den Bedarf decken könnte... Die vor allem von ausländischen BesucherInnen wegen ihres üppigen Angebots so hochgelobten Märkte offenbaren zudem ein wesentliches Problem, denn die dort an-

gebotenen Güter sind vielfach für die meisten KubanerInnen - bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 200 - 300 kubanischen Pesos einfach nicht erschwinglich, so daß - trotz Bauernmärkten - die stressige Organisationsarbeit zur Beschaffung der allernotwendigsten Güter für die DurchschnittskubanerIn absehbar erst einmal ein zeitraubender, alltäglicher Faktor bleiben wird.

Eine Veränderung setzte hier einen konsequenten Neuanfang bei der Bewertung einer effizienten Distribution aller zur Verfügung stehenden und zur gesellschaftlichen Konsumtion definierten Güter voraus - und: eine stärkere Gewichtung und Miteinbeziehung der Stimmen innerhalb des innerkubanischen Diskussionsprozesses, die der Dollar-Einführung und der Wiederöffnung der sog. 'freien Bauernmärkte' kritischer gegenüberstehen und ihnen eine durchweg gesellschaftspolitisch und ökonomisch schlechte Bilanz bescheinigen.

Es ist aus der nationalen und wirtschaftlichen Situation Kubas in der 'periodo especial' heraus nachvollziehbar, daß die Regierung sich bemüht, diesem Phänomen des Mangels und der Knappheit durch ein Bündel von Maßnahmen entgegenzusteuern. Die Frage nach der ökonomischen Effizienz und der politischen Tragweite dieser wird sich wohl erst zu einem späteren Zeitpunkt klarer beantworten lassen. Hier einzubeziehen sind etwa die Bemühungen auch in Hinsicht auf eine verstärkte Mobilisierung der Bevölkerung in eine durch Arbeitskräftemangel gekennzeichnete landwirtschaftliche Produktion, die Freistellung von Schulklassen und ganzen Jahrgangsstufen für einen gewissen Zeitraum vom Unterricht, um auf den Fincas (großen Staatsfarmen) zum Ernteeinsatz zu kommen, dort bei der Unkrautbekämpfung, beim Setzen von Gemüse oder der Aussaat zu helfen.

Hintergrund ist die Überlegung der kubanischen Planer, die ohnehin durch die verschärfte Embargopolitik der USA nochmals gebeutelte landwirtschaftliche Produktion nicht noch weiter absacken zu lassen und in den Bereichen zu intervenieren, die neben einem personellen Arbeitskräftemangel zudem noch durch eine (offen zugegebene) planerische Ineffektivität (so etwa, daß wichtige Grundversorgungsmittel für die Bevölkerung in den Lagerhäusern vergam-

eln, weil der Abtransport nicht organisiert war, Nahrungsmittel einfach nicht geerntet wurden, etc., was zwar nicht die Regel ist, aber dennoch vorkommt ...) augenscheinlich sind ... Fragt mensch nach einer Einschätzung dieser Maßnahme, so ist dieser Aspekt des zusätzlichen Arbeitseinsatzes sicherlich vor dem Hintergrund einer nochmals verstärkten, auch psychologischen Sensibilisierung der Bevölkerung in der 'periodo especial' begrüßenswert, der Reißer raus aus der ökonomischen Krise Kubas ist es nicht. (Was im übrigen auch für unseren und den Arbeitseinsatz ausländischer Brigadistas in Kuba ziemlich nüchtern konstatiert werden kann - er ist nicht mehr als eine, wenn auch wichtige, solidarische Geste...)

Es gibt andere Ansätze, die mehr Effizienz versprechen könnten, teilweise jedoch noch in der Projektphase stecken, wie etwa die Schaffung mehr oder weniger autarker Wirtschaftseinheiten. Eine solche ist z.B. der Federicus-Engels-Schule in Pinar del Rio angegliedert. Grundidee hierbei ist es, einen überschaubaren Nahrungsmittelkreislauf zu schaffen, will heißen: Was auf den schuleigenen Feldern und dem Schulgrundstück (möglichst umweltschonend) angebaut wird, ist genau das, was die SchülerInnen auch mittags in der Schulkantine auf den Tisch bekommen. Sie sind zudem wiederum durch Arbeitseinsätze unmittelbar in den Kreislauf eingebunden, d.h. arbeiten stufen- oder klassenweise in der Agraranlage, während sie vom Unterricht freigestellt sind.

Zur Überwindung der kubanischen Krise in der Landwirtschaft werden jedoch auch Ansätze diskutiert, die erst einmal in sehr begrenzter Projektform Antworten auf ihre breite ökonomische und ökologische Anwendbarkeit geben sollen. Ein solches Projekt entsteht auf der Finca Bainoa, nordöstlich von La Habana und hier soll u.a. untersucht werden, inwieweit die 'agricultura sostenible', eine Bewirtschaftungsform, die im Gegensatz zur herkömmlichen kapitalistischen Betrachtungsweise eines Produktionsfaktors und seiner größtmöglichen Ausbeutung im Sinne von Profitmaximierung, auch ökologische und soziale Standortfaktoren mit einbeziehen kann. Etwa die Nutzung von Anbaumethoden, die auch die kultu-

relle und ökonomische Situation kleiner und mittlerer Betriebe berücksichtigt und langfristig auch die Arbeitsgrundlage des Betriebes und die Lebensqualität der Beschäftigten und AnwohnerInnen erhält. (Siehe auch Cuba Libre 2/94.) Es bleibt abzuwar-

★ ten, inwieweit dieses Projekt erfolgversprechend ist, um auf weitere Flächen ausgedehnt werden zu können was einen Lösungsschritt weiter raus aus dem ökonomischen Dilemma bedeuten könnte.

Ein weiterer Ansatz, der 'periodo especial' zu begegnen, sind Versuche, das US-Handelsembargos, welches sich auch auf die Ausfuhr von Medikamenten nach Kuba erstreckt, durch verstärkte Anstrengungen auszugleichen, sowohl im Heilpflanzenbereich - etwa durch intensiveren Anbau von Basilikum sowohl als Heilpflanze wie als Gewürz, wie auch durch innovative Forschung in Gen- und Biotechnologie. Hierzu wurden z.B. in der Universität von Pinar del Rio spezielle Fachbereiche und Abteilungen eingerichtet.

#### **GENTECHNOLOGIE ALS WEG AUS DEM WIRTSCHAFTLICHEN ZWANGSDIKTAT DER USA?**

Nicht verschwiegen werden soll an dieser Stelle der Konflikt, der bei einer Begegnung zwischen BrigadeteilnehmerInnen und einer örtlichen Delegation des kubanischen Jugendverbandes offenbar wurde hinsichtlich der stark propagierten Forschung und des Einsatzes von Gentechnologie durch Kuba: Denn während hierzulande zumindest im Ansatz Diskussionen über die Gefahren dieser Technologie laufen, setzt Kuba ganz offiziell auf diese Technologie als einen vermeintlichen Weg aus dem wirtschaftlichen Zwangsdiktat der USA.

Doch nicht alle Mittel können den Zweck heiligen, wie uns nach Harrisburg und Tschernobyl die geführten Diskussionen, etwa um die nicht minder gefährliche Atomkraft, zeigen und sich hierzulande mittlerweile breite Mehrheiten gegen diese Technologien aussprechen - In dieser Situation bezogen auf die Gentechnologie und bei einer sicherlich zu konstatierenden Ungleichheit und auch Ungleichzeitigkeit der technischen und ökonomischen Entwicklungen zwischen den hochentwickelten Ländern einerseits

und den Trikontstaaten andererseits wozu eben auch die karibischen und lateinamerikanischen Staaten zählen, trotz dieser Misere differenzierte Technikkritik zu üben, ist mehr als gefährlich und kann nicht als Grundprinzip linker Theorie und Praxis gelten ...

Neben den Ansätzen der kubanischen Ökonomen, verschiedene - wie oben gesehen - teilweise umstrittene Möglichkeiten zur Verbesserung der Grundversorgung der Bevölkerung parallel zueinander zu forcieren, ist sicherlich der Energiesektor nach wie vor das Hauptsorgenkind der kubanischen Volkswirtschaft. Hier liegen - vor allem im Landwirtschafts- und Transportbereich - große technische Potentiale brach, Maschinen und ganze Fahrzeugparks rosten in Ermangelung an Ersatzteilen, vor allem aber aufgrund des blockadebedingten Treibstoffmangels vor sich hin. Neben den oben beschriebenen, verstärkten Bemühungen, die Stadtbevölkerung zu Arbeitseinsätzen aufs Land zu mobilisieren, ist der Faktortierische Arbeitskraft - vorwiegend der Einsatz von Ochsesengespannen - ein mittlerweile nicht mehr wegzudenkendes Charakteristikum der kubanischen Landwirtschaft, wohl solange, wie andere Wege, dem Würgegriff des US-Handelsembargos zu entgehen, noch nicht gangbar sind, um sie breit, industriell, landwirtschaftlich und für die Wiederherstellung des dringend benötigten ÖPN- und Regionalverkehrs nutzbar zu machen.

#### **ENERGIESEKTOR NACH WIE VOR HAUPTSORGENKIND DER KUBANISCHEN VOLKSWIRTSCHAFT**

Neben Ansätzen in der Forschung im Bereich nachwachsender Rohstoffe, wäre vor allem die Anstrengung zur Entwicklung von Treibstoff aus Alkoholen nennenswert, die aufgrund des breiten Zuckerrohranbaus in der kubanischen Landwirtschaft wohl der naheliegendste Ansatz ist, sich aus diesem Teufelskreislauf und der Importabhängigkeit vom teuren Weltmarktöl zu befreien, zu dessen Erwerb - wie in anderen Bereichen der kubanischen Ökonomie - die notwendigen Devisen fehlen.

Allerdings war es während unseres Aufenthalts in Kuba nicht möglich, hier Näheres über die Fortschritte in diesem Forschungsbereich zu erfah-

ren; geht mensch jedoch vom alltäglichen Straßenbild aus, scheinen die Forschungen im Energiesektor noch nicht so weit gediehen zu sein, daß mensch von einem Durchbruch bei den Bemühungen zur Entwicklung alternativer/regenerativer Energieformen, die dazu noch serienmäßig produzierbar und industriell anwendbar wären ausgehen könnte ...

Auch auf dem Sektor der alternativen Energien - wie etwa der Stromgewinnung aus Solarenergie - gibt es in Kuba nur bescheiden Ansätze, was ebenfalls der permanenten Devisenknappheit geschuldet sein mag, um sich die Technologie aus dem Ausland einzukaufen, bzw. zur Eigenproduktion benötigte Einzelkomponenten zu beschaffen. Wir hatten die Gelegenheit, in San Carlos, ca. 35 km westlich der Provinzhauptstadt Pinar del Rio, eine mit Hilfe einer Solidaritätsgruppe aufgebaute Solaranlage zu besichtigen.

Sie ist in der Lage, einen Großteil der benötigten Energie für die Praxis des örtlichen Familienarztes (vergleichbar mit den Allgemeinärzten in Deutschland), eine Schule, eine Apotheke, sowie eines weiteren öffentlichen Gebäudes zu liefern. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Menge an jährlicher Sonneneinstrahlung hätte Kuba gute Chancen, einen erheblichen Teil seiner Energieprobleme durch Solarenergie zu decken, wenn es die Entwicklung dieser umweltfreundlichen Energieform forcieren würde, aber vor allem die Hauptbedingung wegfallen würde, die es Kuba seit Jahrzehnten verwehrt, ungehinderten Handel zu treiben und sich somit die notwendigen Devisen zum Kauf von Gütern in den diversen Sparten zu beschaffen.

So wichtig es demnach ist, die kubanischen Anstrengungen und Autarkiebestrebungen auf den verschiedenen Feldern immer wieder herauszustellen und zu würdigen, so muß jedoch gleichzeitig die politische Hauptforderung nach einer sofortigen und bedingungslosen Aufhebung der Blockade gestellt werden. Die Blockade ist eine politische Disziplinierungskeule, die - unabhängig vom politischen Blickwinkel und der jeweiligen politischen Tradition des/r BetrachterIn - keine völkerrechtliche Legitimation besitzt, und so ist sie auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder zu benennen!

## SOZIALES SYSTEM IN KUBA NACH WIE VOR VORBILDICH FÜR LATEINAMERIKA

Trotz aller ökonomischen Schwierigkeiten versucht Kuba, seine sozialen Standards zu erhalten - auch ohne Lohbudelei ist das soziale System Kubas nach wie vor auf einem sehr hohen Standart, obwohl sich auch in diesem Bereich - vor allem im medizinischen - die Auswirkungen der US-Handelsblockade und der Mangel vor allem an medizinischer Gerätschaft und entsprechenden Ersatzteilen mittlerweile bemerkbar machen. Beispielhaft an dieser Stelle drei Projekte, die wir während unseres Aufenthalts in Kuba besuchen konnten:

### Sonderschule 'José Martí'

Der Sonderschule José Martí etwa, die sich auf die Therapie sehleistungsschwacher und schielender Kinder spezialisiert hat, mangelt es an einfachsten Diagnosegeräten wie Blitzlichtern und mikroskopischen Brillen. Es ist die einzige Schule dieser Art in der Provinz Pinar del Rio und sie betreut in verschiedenen Klassenstufen auch 2 fast erblindete Schüler, womit sie versucht, dem Reintegrationsgedanken Ausdruck zu verleihen. Wie im kubanischen Gesundheitssystem generell, ist es auch an dieser Schule die Regel, die Kinder in der Kindergartenphase und vor dem Besuch der Primärschule bereits auf mögliche Frühschäden zu untersuchen.

Dabei wird laut unseren Gesprächspartnern bei der Einweisung in eine Sonderschule darauf geachtet, daß durch eine vielleicht erstmalige Zuweisung zu einer Sonderschule nicht von vorneherein bestimmte Lebenswege zementiert werden, die Entscheidung ist also im Verlauf des Schulabschnitts revidierbar, ja nach Fortschritt der SchülerIn. (Wobei der Ausdruck 'Sonderschule' in unseren Breiten wesentlich negativer belegt ist.) Die Schule ist u.a. bekannt geworden durch eine genetische Studie über die Ursachen von Sehschäden in der Provinz Pinar del Rio im internationalen Vergleich.

### Kinderkrankenhaus Pinar del Rio

Im Verlauf unseres Aufenthalts auf Kuba haben wir auch das Kinderkrankenhaus in Pinar besuchen können, das einzige Kinderkrankenhaus in

der gesamten Provinz und mit einer Kapazität von etwas mehr als 500 Betten. Das Krankenhaus ist westlichem Standart vergleichbar und hat mehrere Abteilungen für die spezielle Behandlung von erkrankten Kleinkindern (Abteilung zur Durchführung von 'Mutter-Kind-Programmen, Krebs- und Intensivstation, Frühgeburtenabteilung, ambulantes Behandlungszentrum und weitere Abteilungen). Sowohl das Pflegepersonal, als auch die betreffenden Abteilungsärzte geben unumwunden zu, daß sich die medizinische Versorgung - sowohl die Grund- als auch die Ausstattung der Spezialabteilungen mit Beginn der 'periodo especial' permanent verschlechtert habe. Es fehlt vom komplizierten Diagnosegerät bis zum Bettzeug alles...

So steht etwa in der neuro-therapeutischen Abteilung ein geschlagener PC zur Messung von Gehirnströmen bei Säuglingen und Kindern für die gesamte (!) Provinz zur Verfügung. Zwar sind die KubanerInnen mittlerweile in der Lage, in eigener Produktion PC's herzustellen, doch müssen bestimmte Grundkomponenten der Hardware auf dem Weltmarkt eingekauft werden und wollen mit Devisen bezahlt sein. Probleme bereitet auch die Beschaffung von Festplatten und Kleinzubehör, wie etwa einer simplen 'Maus'. Kleinigkeiten, deren Kauf aufgrund des allgegenwärtigen Devisenmangels nicht getätigt werden kann. So etwa - und hier zeigt sich die Auswirkung dieser widersinnigen und menschenverachtenden Handelsbeschränkung wohl am unverblühtesten - ist es aufgrund der eben genannten Diskrepanz in der Beschaffung oder Herstellung von Festplatten größerer Kapazität nicht möglich, bei mehr als einem Säugling pro Tag im Kinderkrankenhaus von Pinar per EEG die Gehirnströme zu messen.

Ein Widersinn, der sich in der physio-therapeutischen Abteilung des Krankenhauses fortsetzt im Mangel an einfachsten bewegungs-therapeutischen Mitteln und Geräten, wie etwa Therapiegeräte zur Behandlung mit Stromstößen, aber auch Medizinbälle oder auch nur die fehlende Glühlampe zum Betrieb der Infrarot-Lampen zur Bestrahlung... Hinzu kommt - alle Abteilungen des Krankenhauses gleichermaßen betreffend - daß aufgrund der krassen Devisenknappheit seitens des kubanischen Gesundheits-

ministeriums nur noch Geld für die allernotwendigsten Medikamentenanschaffungen bereitgestellt wird. Trotz alledem - auch aufgrund des zwangsläufigen Improvisationsvermögens des kubanischen Krankenhauspersonals und nicht zuletzt auch dank der privaten Initiative einiger Gruppen und Einzelmenschen aus der internationalen Solidaritätsbewegung mit Kuba bei der Bereitstellung und Sammlung von Medikamenten und medizinischer Gerätschaft, ist es bisher gelungen, die relativ geringe Sterblichkeitsrate von 9,2 auf 1000 Neugeborene konstant zu halten, was immer noch zu hoch ist, wenn auch geringer als die Sterblichkeitsrate in den USA ...

Auch in diesem Bereich setzt Kuba auf die Erforschung alternativer Behandlungsmethoden, um aus der einseitigen Abhängigkeit etwa im Medikamentenbereich herauszukommen. Hier gibt es im Kinderkrankenhaus von Pinar del Rio eine eigens eingerichtete Heilpflanzenabteilung, die sich auf die Substitution von Medikamenten spezialisiert hat, die sonst zu teuren Devisen auf dem Weltmarkt eingekauft werden müßten. Laut Auskunft der Krankenhausbelegschaft werden so bereits 15 Medikamente aus der hausinternen Heilpflanzenabteilung im täglichen Krankenhausbetrieb eingesetzt. Es handelt sich vorwiegend um Medikamente zum Einsatz gegen die häufigsten klimabedingten Erkrankungen wie Allergien, Asthma und Atemwegserkrankungen (chron. Bronchitis).

Daneben gibt es den Ansatz, solchen Krankheitsbildern mit fernöstlichen Behandlungsmethoden, wie etwa Akupunktur zu begegnen, wobei diese Behandlungsform mehr auf die Therapie von Erwachsenen zielt und aufgrund der langen Dauer der Behandlung, als auch des teilweisen Versuchscharakters wegen, weniger auf Säuglinge angewandt wird.

Auf eine Vielzahl etablierter schulmedizinischer Behandlungsmethoden jedoch wird auch in Kuba nicht verzichtet, vor allem im Bereich der Chemo- und Strahlentherapie (was eine gewisse Kontroverse zwischen dem Krankenhauspersonal und uns auslöste), wobei diese letztgenannten Therapieformen mögliche nicht bei der Behandlung von Kleinkindern zum Einsatz kommen soll. Laut den Ärzten im Kinderkrankenhaus von

Pinar del Rio gibt es zur Chemotherapie in Kuba keine alternativen Behandlungsmethoden, zumal Krebserkrankungen - neben Unfällen - die häufigsten Erkrankungen sind, weshalb Kinder in Kuba ins Krankenhaus eingeliefert werden.

★ Dabei beträgt die relativ geringe Bettenauslastung ca. 70%, was darauf zurückzuführen ist, daß Kuba immer noch ein ausgezeichnetes primär-therapeutisches Gesundheitssystem besitzt, welches auf einer ausreichenden Versorgung mit den in Kuba weitverbreiteten Familienarzt-Praxen basiert.

### Aidsstation - Sanatorio Sida - in Pinar del Rio

Desweiteren leistet sich Kuba in den Provinzen Behandlungszentren für aidskranke KubanerInnen - Ausdruck einer verstärkten Zur-Kennntnisnahme der Krankheit und besseren Akzeptanz des 'Problembereichs' Aids durch die kubanische Gesellschaft. Das war nicht immer so und zur verstärkten Aufklärung hat hier vor allem auch das Engagement kubanischer KünstlerInnen und eine Forcierung des 'Problem'-Bewußtseins für diese Krankheit durch Initiierung von Anti-Aids-Kampagnen durch den kubanischen Frauenverband beigetragen, nachdem es ursprünglich eine starke Ablehnung bis hin zur Leugnung der Krankheit - vorwiegend in den kubanischen Familien - gegeben hatte. Als Konsequenz setzen die kubanischen Behörden jetzt bereits in den Schulen an, um durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit etwa die Benutzung von Kondomen und anderer wesentlicher Dinge der Sexualhygiene zu propagieren. Dabei ist es vorteilhaft, daß in Kuba, im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Staaten, der Einfluß der Religion oder einer Amtskirche keine namhafte Rolle spielt, die die kritische Haltung vor allem bei den jüngeren KubanerInnen zur Akzeptanz und vor allem auch praktischen Benutzung von Kondomen bestärken könnten.

Im 'Sanatorio Sida' in Pinar del Rio leben zur Zeit 58 PatientInnen, wovon bei 7 der Virus bereits ausgebrochen ist. Die Ansteckung ist hier in der Mehrzahl über heterosexuelle oder bi-sexuelle Kontakte erfolgt. Neben der Möglichkeit, im 'Sanatorium' (... schreckliches Wort) zu leben - was wohl mehr auf die PatientInnen mit

ausgebrochener Krankheit zutrifft - wird durch gezielte Reintegrationsbemühungen, wie etwa Jobsuche und ambulante Betreuung zuhause versucht, den Weg zurück in die Gesellschaft offen zu halten. Hierbei sicherlich dienlich ist der Umstand, daß sich auch Kulturschaffende und Filmemacher der Thematik angenommen haben und versuchen, diese künstlerisch an die Gesellschaft heranzutragen. Der wohl bekannteste Film dazu, der auch bei uns in den Kinos lief und für den die kubanischen Behörden die Filmmittel zur Verfügung gestellt haben - 'fresa y chocolate' - gibt den zwischenzeitlichen Umgang der kubanischen Gesellschaft mit dem 'Thema' relativ authentisch wieder, die lange Laufzeit in den kubanischen Kinos und die große Publikumsresonanz den gestiegenen Diskussionsbedarf und den Wunsch der Menschen, sich verstärkt zu gesellschaftlichen Vorgängen und zu gesellschaftspolitischen Themen zu äußern.

### KULTUR AUS KUBA ALS VERMITTLERIN AUTHENTISCHER LEBENSWIRKLICHKEIT

Das zeigt sich auch und gerade in der Diskussion über andere Themen des öffentlichen Interesses und hier ist es vor allem auch den kubanischen Filmemachern zu verdanken, daß in den westlichen Medien mittlerweile auch häufiger Filme gezeigt werden, die einen authentischen und relativ realistischen Einblick in die kubanische Gesellschaft heute ermöglichen - zuletzt drei außer Konkurrenz laufende Neuvorstellungen auf der Bärliner Bärline Anfang Februar und auf der parallel laufenden 'Videonale' vier Kurzfilme, die eine künstlerische Annäherung an das 'Thema Kuba' versuchten. Es besteht also durchaus ein gestiegenes Interesse kubanischer KünstlerInnen und Intellektueller, die theoretische Auseinandersetzung mit Kuba hier zu fördern und die bestehende, auch kulturpolitische Blockade zu durchbrechen. Dazu ist seitens der KubanerInnen ein Anfang gemacht, nur bleibt zu konstatieren, wie wenig hiervon in einer breiten westlichen wie auch bundesrepublikanischen Öffentlichkeit - die über die Handvoll SolidaritätsarbeiterInnen und engagierten Einzelpersonlichkeiten hinausgeht - tatsächlich ankommt ...

Dies, obwohl sich - gerade und vielleicht auch trotz der 'periodo especial' - eine disziplin-übergreifende, ambitionierte KünstlerInnenszene in Kuba erhalten hat und neu gestaltet, die sich aufgrund dieser erschwerten Bedingungen - und des damit verbundenen Mangels, den wir ja aus allen anderen Bereichen des kubanischen Lebens hinlänglich kennen, zur Beschaffung von selbst einfachsten Materialien für den künstlerischen Bedarf - innovativer Ausdrucks- und Improvisationsformen bedient, um die politische und gesellschaftliche Diskussion und die durch die Isolations- und Blockadepolitik der USA und in ihrem Gefolge anderer westlicher Staaten entstandenen Diskrepanz mit den Mitteln der Kunst und Literatur zu reflektieren ...

Dieses Engagement beleuchtet aber auch die politische Doppelbödigkeit westlicher Politik gegenüber Kuba, die unisono und unter permanenter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts eines Staates 'Demokratie' nach dem hier vorherrschenden Verständnis und Reformen in ihrem Sinne einfordert, auf der anderen Seite aber die Öffnung der kubanischen Gesellschaft in vielen Bereichen einfach ignoriert, weil es den Herrschenden hier nicht in ihr von den USA vorgegebenes Kuba-Bild paßt ... Sie müßten es ja eventuell korrigieren ...

Georg Daniels

Anmerkung der Redaktion:

Obwohl wir in vielen wesentlichen Aussagen nicht mit G.D.'s Artikel übereinstimmen, haben wir uns für eine Veröffentlichung entschieden, weil wir meinen, daß sich auch aus den Reihen unserer LeserInnen eine Diskussion über die geschilderten Eindrücke und Interpretationen Georgs entwickeln könnte.

Georg Daniels sammelt folgende (Sach-) Spenden:

- Blitzlichter und mikroskopische Brillen zur Sehtherapie für die Sonderschule 'José Martí';
- Bedarfsgegenstände für das Kinderkrankenhaus Pinar del Rio, Liste kann von ihm angefordert werden;
- Geldspenden für die Rockgruppe der Aids-PatientInnen, zur Anschaffung von Musikinstrumenten;
- Geld- und Materialspenden für die KünstlerInnen den »Salon Provincial - Centro de Arte« in Pinar del Rio.

Georg Daniels  
Postgiro-Amt Köln  
Postfach 680345



## Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für cubanische Fabriken und soziale Einrichtungen, z.B.:

- \* Druckindustrie
- \* Textilindustrie
- \* Ernährung
- \* Industriegase
- \* Landwirtschaft
- \* Gesundheitswesen
- \* Stadtreinigung

Wer schafft die Ersatzteile nach Cuba?

Wir suchen ständig Cuba-FahrerInnen, die bereit sind, Briefe und Ersatzteile für Betriebe und Institutionen in Havanna im Handgepäck mitzunehmen.

Voraussetzungen sind lediglich: etwas Zeit, einige Sprachkenntnisse und Engagement. Bitte meldet Euch bei uns.

Infos bei:  
Solidaritätswerkstatt e.V.  
Ludwigshöhstraße 42  
64285 Darmstadt  
Telefon und Fax (061 51) 6 40 66  
E-Mail: Taller@link-f.comlink.de



Spendenkonto:  
Postgiro Frankfurt am Main  
BLZ 500 100 60  
Konto 48 78 02-603

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!

Spenden für die Brigade José Martí (ACLIFIM und ICAP) Stand am 14. August 1995: DM 1890



### Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

"Spätstens in Kuba begreift ein politisch denkender Mensch, wie beschränkt der Begriff der demokratischen Menschenrechte ist, wenn dieser nicht mit sozialen Menschenrechten verbunden ist. ... Ich habe auf keiner Reise in ein Trikont-Land einen so hohen Standard an Bildung, Ernährung, gesundheitliche Versorgung erlebt wie in Kuba, in der Stadt wie auf dem Land. Diese soziale Wirklichkeit soll propagandistisch und materiell vernichtet werden, damit kein Trikont-Land mehr für soziale Emanzipation zu kämpfen wagt."

Jutta Ditfurth in "Junge Welt" vom 30.8.1994

## Milch für Kubas Kinder

Wir bitten, unsere Solidaritätsspendenkampagne mit Spenden - auch durch Dauerauftrag - zu unterstützen. Spendenkonto-Nr.: 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, VWZ: Milch für Kubas Kinder. Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht.

**Cuba Sí**  
Arbeitsgemeinschaft der PDS  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon: (030) 28 409 - 455/- 456  
Fax: (030) 28 409 409

*Cuba Sí*

**CUBA  
LIBRE**

bericht

# Festival der Jugend 95

# Cuba Va!

## 500 000 bei Demonstration gegen Blockade

»Euch heute hier zu haben ist für Cuba nicht nur aufgrund der freundschaftlichen Verbindungen wichtig, nicht nur weil Ihr über die Realität dessen was Ihr gesehen habt, berichten werdet, sondern wichtig, gerade weil Ihr uns Eure Hände entgegenstreckt und uns sagt: 'Macht weiter so, Ihr seid auf dem richtigen Weg!'« Dies waren die Worte von Alejandro García González, Vorsitzender der Vereinigung der UniversitätsstudentInnen,

als er am 1. August 95 die TeilnehmerInnen zu Beginn des Internationalen Jugend Festivals in Havanna begrüßte. Insgesamt waren an diesem ersten Veranstaltungstag bereits mehr als 1.200 Delegierte akreditiert, und viele weitere befanden sich noch auf der Anreise.

Die größte Delegation war mit 250 TeilnehmerInnen aus den USA angereist, mit 125 und 100 Delegierten folgten Frankreich und Spanien, während auch aus Brasilien, Italien, Canada, Mexico, Chile und Großbritannien zahlreiche VertreterInnen nach Cuba gekommen waren. Insgesamt waren es 60 Staaten, die auf dem Festival der Jugend vertreten waren: Schweden, Dänemark, Polen, die BRD

und Portugal ebenso wie Puerto Rico, Jamaica, Columbien, Paraguay und Ecuador. Zwei Delegierte waren aus China angereist und etwa 20 aus Vietnam. Eine ganze Reihe afrikanischer Staaten hatten 1 oder 2 VertreterInnen gesandt, darunter auch ein Delegierter der Jugendvereinigung des ANC in Südafrika.

Die Delegierten, die bereits am 31. Juli in Cuba waren, verbrachten den Tag mit dem Besuch von Fabriken, Krankenhäusern, Kultur- und Sporteinrichtungen in und um die Hauptstadt Havanna. Unter den angesteuerten Zielen waren u.a. eine Schiffsausbesserungsanlage, eine Metallblechfabrik, eine Milchverarbeitungs-Anlage, ein Sanatorium für AIDS-Kranke, eine Getreidemühle und eine Zuckerfabrik sowie ein Glasfabrikationswerk. Cubanische DolmetscherInnen und FremdenführerInnen begleiteten die Delegiertengruppen, um gegenseitige Fragen und den Erfahrungsaustausch mit cubanischen ArbeiterInnen und Jugendlichen zu vermitteln.

In den Werksanlagen 'Cardio Arguilles', wo früher Busse hergestellt wurden, ist die Produktion inzwischen auf Fahrräder umgestellt, die ja aufgrund der Treibstoffknappheit zum wichtigsten Transportmittel für Tausende CubanerInnen geworden sind. Die BesucherInnen bekamen einige der neuen Modelle zu sehen, die in Cuba zum Lastentransport oder der Beförderung mehrerer Personen entwickelt worden sind.



**CUBA  
LIBRE**



Aus Cuba selbst nahmen an dem Festival 200 Delegierte teil und das ganze Land wurde täglich über Fernsehen, Radio und Zeitungen über dessen Verlauf informiert. Über 2.500 Familien in verschiedenen Provinzen hatten sich bereiterklärt, Delegierte in ihren Wohnungen zu beherbergen und 150 Lehrende und Studierende an Sprachschulen waren als DolmetscherInnen ausgewählt worden.

Einen absoluten Höhepunkt während des Jugendfestivals erlebten die Delegierten am 5. August, als sie an einer Massenkundgebung und Demonstration gegen die Blockade teilnahmen, die von der gleichen Stelle ausging, an der vor gerade einem Jahr eine Gruppe randalierender Unruhestifter loszog um steinewerfend Fensterscheiben zu zertrümmern. Damals hatten in Havanna tausende CubanerInnen auf diese Provokationen mit spontanen Massenkundgebungen zur Verteidigung der Revolu-

tion reagiert. In diesem Jahr kamen 500.000 Menschen zu dieser Demonstration zusammen, zu der der UJC, der Kommunistische Jugendverband Cubas, aufgerufen hatte.

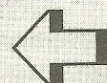
Arbeiterinnen und Arbeiter, Studentinnen und Studenten, Familien, Jung und Alt, alle strömten zum Malecón mit cubanischen Fahnen und Transparenten gegen die Blocka-

de, gegen das Helms-Burton-Gesetz und mit Bekenntnissen zum Sozialismus und zur Cubanischen Revolution. Als sich der Demonstrationszug mit Fidel Castro, der 1. Vorsitzenden des UJC, Victoria Velázquez, und anderen cubanischen Persönlichkeiten in Bewegung setzte, waren die internationalen Delegierten des Jugendfestivals mit an der Spitze. Als sie einige Häuserblöcke weiter am Sitz der US-Interessenvertretung vorüberzogen, begannen die Jugendlichen aus den USA zu skandieren: »Hey-hey, ho-ho, USA raus aus Guantánamo!« Die CubanerInnen, die vom Bürgersteig oder von Balkonen aus die Demonstration beobachteten, begannen zu lächeln und zu applaudieren. ★

Sichtlich bewegt sprach Fidel Castro bei der Abschlußkundgebung: »Auch der 5. August 1995 wird ein historischer Tag sein, an den wir uns jedes Jahr werden erinnern müssen, denn er drückt so vieles aus und macht uns viel Mut.«

M.S. (Quellen: Gramma, Militant)

Fotos: Sylvia Flügel



Wörterbücher Spanisch/Deutsch brauchen die Studenten der Fremdsprachenabteilung der Universität Havanna dringst. Die Solispense der FG-Gruppe Konstanz/Bodensee kam auf Vermittlung von Caridad Miranda, der Direktorin der BOHEMIA zustande.

## Interview mit Ernesto Cardenal

# Ein neuer Sozialismus und ein erneuerter Sandinismus!

Ernesto Cardenal hatte sich seit Jahren als Theologe der Befreiung und sozial engagierter Schriftsteller einen Namen gemacht. Nach der sandinistischen Revolution amtierte er als Kulturminister Nicaraguas. Vor einiger Zeit verließ Cardenal die Frente Sandinista. Peter Nowak sprach mit Cardenal anlässlich seiner Lesereise über die innenpolitische Entwicklung seines Landes und die Kubasolidarität. Das Interview war leicht gekürzt in der jungen Welt vom 27.3.95 abgedruckt.

**Nowak:** Als die Sandinisten über 10 Jahre in Nicaragua an der Regierung waren, hörte man keine Kritik von Ihnen an der Partei? Warum kam ausgerechnet nach der Wahlniederlage der Bruch?

**Cardenal:** Im Kampf gegen Somoza und in ihrer Regierungszeit gab es keinen Grund für Kritik an den Sandinisten. Natürlich hatten sich damals hierarchische, autoritäre Strukturen in der Partei entwickelt, aber die waren im militärischen Kampf notwendig, zunächst gegen Somoza, später im Krieg gegen die Contras. Nach dem Ende des Contrakrieges fiel der Grund für diese Strukturen weg. Aber einige ehemaligen Helden der sandinistischen Revolution klebten an der Macht, haben sich bereichert und gleichzeitig verhindert, daß gegen ihr Verhalten innerhalb der sandinisti-

schen Partei Widerstand entstehen konnte. Das war der Punkt, wo mein Gefühl sagte, ich muß diese Partei verlassen.

**Nowak:** Bedeutet das einen Rückzug aus der aktiven Politik?

**Cardenal:** Nein, denn viele Menschen in Nicaragua wenden sich gegen den bürokratischen Kurs der sandinistischen Führung. Im Mai 1995 wird in Managua eine neue Partei gegründet, die sich zum Ziel setzt, den Sandinismus zu erneuern und zu reformieren. Sie wird ein wahrhaft demokratisches Programm haben. Ihre Basis sind sowohl ehemalige Sandinisten wie bisher politisch nicht aktive Menschen meines Landes. Diese Partei wird mein neues politisches Wirkungsfeld.

**Nowak:** Welche Chancen wird diese neue Partei bei den Präsidentenwahlen im nächsten Jahr haben?

**Cardenal:** Das ist natürlich schwer zu sagen, weil es keine Umfragen gibt. Aber ich hoffe, diese Partei wird die Wahlen gewinnen.

**Nowak:** Nun wird der Bürgermeisterin von Solentiname Gloria Guevara u.a. von hiesigen Solidaritätsorganisationen vorgeworfen, daß sie einen Mitarbeiter deckt, der Solidaritätsgelder unterschlagen haben soll. Außerdem soll sie in der Gemeindeversammlung mit undemokratischen Tricks ihre Abwahl verhindern. Sie gilt aber als Unterstützerin ihrer Linie? Kam deshalb von Ihnen keine Kritik an deren Verhalten?

**Cardenal:** Es ist hier nicht der Raum diese Sachen zu klären. Hier gibt es verschiedene Aussagen. Ich weise die Vorwürfe gegen Gloria Guevara zurück.

**Nowak:** Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ex-Contras und den Sandinisten entwickelt?

**Cardenal:** Hier gab es die letzten Jahre eine große Annäherung. Der Begriff 'Ex-Contra' existiert im heutigen Nicaragua nicht. Auf beiden Seiten sind Bauern und die haben gemeinsame Interessen, z.B. den Kampf um Land.

**Nowak:** Auch bei ihrer Lesung haben sie sich mit Kuba solidarisiert. Warum?

**Cardenal:** Ein neuer, verbesserter Sozialismus ist die einzige Alternative zum US-Imperialismus. Kuba ist heute das einzige rebellische Land auf der Welt. Es gibt uns Kraft für neue Visionen und verdient Unterstützung.

## Film:

### Ernesto Che Guevara - Das bolivianische Tagebuch

1.- 25.10.'95.....Cinema Ostertor, <b>Bremen</b>	8.10.-10.10.'95.....OBEN-Kino, <b>Cottbus</b>
29.10.'95 .....11 Uhr ARRI-Kino, <b>München</b>	12.10.-14.10.'95 .....Kinoclub, <b>Erfurt</b>
30.10.-9.11.'95 .....Werkstatt-Kino, <b>München</b>	19.10.'95 .....Filmclub, <b>Ilmenau</b>
10.11.-12.11.'95.....Kino Breitwand, <b>Gilching</b>	22.10.'95.....Filmclub, <b>Weimar</b>
23.11.-29.11.'95.....Neues Stadtkino, <b>Augsburg</b>	26.10. -1.11.'95.....Kino im Dach, <b>Dresden</b>
7.12.-12.12.'95.....Filmladen, <b>Kassel</b>	

# Kubas Grandwanderung zwischen Kollaps und Strukturwandel



alle Fotos: K. Henkel

Zum Jahreswechsel 1994/1995 konnte der kubanische Wirtschaftsstratege, Carlos Lage, zum ersten Mal seit vier Jahren wieder wirtschaftliches Wachstum vermelden. Um bescheidene 0,7% war das Bruttoinlandprodukt im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. Dieser ermutigende Trend hielt auch im ersten Halbjahr 1995 an: eine 2%ige Steigerungsquote des BIP wurde von Fidel Castro bekanntgegeben.<sup>1</sup> Die ökonomische Talfahrt der letzten Jahre scheint damit beendet.

Doch wie kommt es zu dieser spektakulären Erholung der kubanischen Wirtschaft? Noch vor Jahresfrist vermeldeten die hiesigen Zeitungen den bevorstehenden Zusammenbruch des kubanischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Journalisten wie Kubakenner sahen mit der Welle von Bootsflüchtlingen, die der Karibikinsel den Rücken zuwandten, einen dramatischen Verfall der Legitimitätsressourcen der Regierung Castro einhergehen, der leicht zu einem Umbruch, zur Konterrevolution oder schlicht zur Aufgabe hätte führen können. Nun -ein Jahr später- wird

vermeldet, daß die Stimmung in der Bevölkerung von Zuversicht geprägt ist, sich die Versorgungslage entspannt und die wirtschaftliche Erholung konkrete Form annimmt. Hat die kubanische Regierung das 'Ei des Kolumbus' entdeckt, hat sie in kürzester Zeit ein Reformkonzept entwickelt, was bereits Früchte trägt und ein Beispiel für viele darniederliegende Wirtschaften in den Staaten der 'Dritten Welt' sein könnte, oder ist diese wirtschaftliche Erholung nur von kurzfristiger Dauer, steht der seit Jahren von westlichen Beobachtern pro-

gnostizierte große Knall nicht doch noch bevor?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, soll im folgenden die kubanische Wirtschaftspolitik der letzten dreißig Jahre kritisch beleuchtet werden, um deren Defizite herauszuarbeiten. Diese Defizite, die noch heute die kubanische Wirtschaft prägen, werden dann in den Kontext des kubanischen Krisenmanagements der letzten Jahre gestellt, um so der Frage nachzugehen, ob das kubanische Krisenmanagement tatsächlich Fortschritte bei der Beseitigung der strukturellen Blockaden vorzuweisen hat.

## Strukturelle Blockaden des kubanischen Entwicklungsmodells

Der Ausbruch der Existenzkrise des kubanischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems liegt bereits fünf Jahre zurück. Ausgelöst wurde sie durch den Zusammenbruch des RgW und der Sowjetunion und verstärkt durch die nun erstmals in ganzer Tragweite spürbare US-amerikanische Blockade. Verursacht wurde sie jedoch zu erheblichen Teilen durch eine Wirtschaftspolitik, die weder den ursprünglichen Entwicklungszielen der kubanischen Revolution entsprach, noch in der Lage war kubanische Interessen innerhalb der RgW-Planung durchzusetzen.

Maßgebliche Ziele der ökonomischen Entwicklungsstrategie, die 1957 im *Manifest der Sierra* festgehalten wurden, waren die Importsubstitution und die Erweiterung der Exportpalette durch international wettbewerbsfähige Produkte, um die Außenabhängigkeit der kubanischen Wirtschaft von einem Produkt, dem Zucker, und von einem Land, den USA, zu reduzieren. Diese Ziele, an deren Umsetzung zu Beginn der sechziger Jahre im Rahmen eines unkoordinierten und gescheiterten Diversifizierungsprogramms gearbeitet wurde, gerieten bereits Mitte der sechziger Jahre durch den Wechsel des Entwicklungsparadigmas in den Hintergrund. Nun sollte die Zuckerindustrie, die in der ersten Phase der Revolution zugunsten der Diversifizierung vernachlässigt wurde, zum Entwicklungsmotor werden. Von der Steigerung der Zuckerproduktion in neue

Dimensionen erhoffte sich die kubanische Führung eine ausreichende Kapitalakkumulation für die Einleitung des angestrebten Diversifizierungsprozesses. Aber auch diese Strategie scheiterte: weder wurde die angestrebte '10-Millionen-Tonnen-Ernte', auf welche die gesamte kubanische Wirtschaft innerhalb

★ eines Zeitraums von fünf Jahren ausgerichtet wurde, eingefahren, noch erbrachte der Verkauf der Rekordernste von 8,5 Millionen Tonnen die erwarteten Einnahmen. Die Weltmarktpreise für Zucker waren schlicht gefallen.

### Frustration statt Wachstum: der RgW-Beitritt

Damit steckte die kubanische Wirtschaft in einer tiefen Krise: die Produktionsergebnisse fast aller Branchen waren aufgrund der Konzentration auf die »gran zafra«, der alle notwendigen Ressourcen zugeführt werden sollten, gefallen. Ein Wust von Einzelplänen, die nicht miteinander abgestimmt und häufig von Spezialplänen wiederum außer Kraft gesetzt wurden, hatte ein übriges getan. Das Scheitern der »gran zafra« hatte ne-

ben Versorgungsengpässen einen nachhaltigen negativen Effekt auf die Motivation der kubanischen Bevölkerung, der sich sowohl in der Abwesenheit von der Arbeit (*absentismo*), als auch in der Forderung nach einer Erweiterung der Partizipation an den Entscheidungsprozessen auf mikro- und makropolitischen Ebene, niederschlug. Die kubanische Führung reagierte auf die ökonomische und politische Krise mit einer selbstkritischen Bilanz, in dessen Verlauf Fidel Castro eine Dezentralisierung und Demokratisierung des politischen Systems ankündigte und seinen Rücktritt anbot, was hinreichend verdeutlicht wie schwerwiegend sich die wirtschaftspolitischen Fehlschläge auf das gesellschaftliche Klima auswirkten.

Daraufhin erfolgte umgehend die Neuorientierung der kubanischen Wirtschaftspolitik, die sich nun mit dem sowjetischen Planungs- und Lenkungsmodell vertraut machte, welches zwar offiziell erst 1976 eingeführt wurde, dessen Grundsätze aber bereits mit dem Beitritt zum RgW 1972 Eingang in die kubanische Wirtschaftsentwicklung fanden. Während die Vorteile der kubanischen RgW-Mitgliedschaft hinlänglich bekannt sind,<sup>2</sup> fielen die Nachteile innerhalb

der internationalen Diskussion meist unter den Tisch: innerhalb der RgW-Arbeitsteilung hatte sich die kubanische Wirtschaft auf die Rohstoffproduktion zu konzentrieren, wodurch sich der wirtschaftspolitische Entscheidungsspielraum der Regierung nachhaltig reduzierte. An eine innovative Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der ursprünglichen Entwicklungsziele, eben der Erweiterung der Export- und Produktpalette, der Verarbeitung der Rohstoffe, der Suche nach neuen Absatzmärkten und der Steigerung der Produktionseffizienz war nun nicht mehr zu denken. Ansätze einer derartigen Politik wurden sowohl behindert als auch überflüssig gemacht, da Absatzmärkte garantiert wurden, Kredite zur Schließung von Finanzierungslücken gewährt wurden und damit der Innovationsdruck wegfiel bzw. innerhalb der RgW-Arbeitsteilung allein auf den Rohstoffexportsektor gelenkt wurde. Progressiven Projektvorschlägen von kubanischer Seite wurde nicht oder nur in Ansätzen Rechnung getragen. Beispielsweise gelang es dem sozialistischen Entwicklungsland Kuba erst zu Beginn der achtziger Jahre Aufnahme im multilateralen RgW-Abkommen zur Förderung der Compu-





ter- und elektronischen Industrie zu erhalten. Nun konnten die Anstrengungen im Bereich der Produktion von PC's, Displays und elektronischen Komponenten, die auf eine Anregung von Che Mitte der sechziger Jahre zurückgehen, auch im Rahmen des RgW intensiviert werden. Auch die Entwicklung der biotechnologischen Industrie wurde anfangs nicht von den RgW-Partnern begrüßt, da sie der festgeschriebenen Arbeitsteilung widersprach. Zusätzlich geriet Kuba durch die RgW-Integration technologisch ins Hintertreffen, da die Industriegüter aus RgW-Produktion größtenteils technologisch veraltet, ressourcenverschwendend und leider auch oft von mangelnder Qualität waren.<sup>5</sup>

Der strategische Fehler der kubanischen Wirtschaftspolitik war die Abkehr von den ursprünglichen Entwicklungszielen der kubanischen Revolution. Aufgrund der fehlenden Alternativen begab sich Kuba -im Vertrauen auf die Existenz des sozialistischen Lagers- in eine sich ausweitende Außenwirtschaftsabhängigkeit, anstatt diese -wie vorgesehen- zu reduzieren. Innerhalb der Kooperation zwischen Kuba und den RgW-Partnern wurden letztlich die klassischen Austauschbeziehungen zwischen einem Entwicklungs- und einem Industrieland reproduziert, was schwerwiegende Folgen für die kubanische Produktionsstruktur hatte.<sup>4</sup> Die nationale Agrar- und Konsumgüterindustrie wurde genauso vernachlässigt, wie die Suche nach neuen Exportprodukten. Diese Tatsache erwies sich auch aus einer anderen Perspektive,

der beschäftigungspolitischen, als fatal: der kostspielige Ausbau des Bildungssystems hat einen Qualifikationsstandard der kubanischen Bevölkerung hervorgebracht, der seinesgleichen in einem Entwicklungsland sucht. Dieses Potential konnte allerdings im Rahmen der kubanischen bzw. RgW-Wirtschaftspolitik nur sehr begrenzt zum Einsatz kommen, da weder die entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung standen noch Anstrengungen unternommen wurden, um der Qualifikation und Kreativität der Bevölkerung innerhalb des Produktionsprozesses die notwendigen Entfaltungsräume zu geben. So blieb der zu Beginn der siebziger Jahre eingeleitete Prozeß der Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte genauso stecken wie die Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen. Die Ursachen dafür liegen vorrangig in den administrativen Hierarchien, die eine Flexibilisierung der Planerstellung verhinderten. Erschwerend hinzu kam die automatische Deckung der betrieblichen Defizite durch die kubanische Nationalbank, wodurch der Rentabilitäts Gesichtspunkt im Produktionsprozeß in den Hintergrund trat. Dies hatte zur Folge, daß im Laufe der Jahre immer mehr Betriebe mit Verlusten arbeiteten, die sich defizitär auf den kubanischen Staatshaushalt auswirkten.

Diese kurzsichtige Beschäftigungspolitik machte sich im Laufe der achtziger Jahre negativ auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Den geburtenstarken Jahrgängen der sechziger Jahre, die gut ausgebildet auf den Arbeits-

markt drängten, standen weder die Arbeitsplätze zur Verfügung, die ihrer Qualifikation entsprachen, noch entsprach das zahlenmäßige Angebot der Nachfrage, was einen Anstieg der Arbeitslosenquote und die Abnahme der Arbeitsmoral nach sich zog.<sup>5</sup>

### Reformen ohne Tiefgang: die *rectificacion*

Im Rahmen der *rectificacion*, die von Fidel Castro 1986 initiiert wurde, kam der Bekämpfung der Bummellei am Arbeitsplatz, dem 'Blaumachen', der ansteigenden Korruption und Vetternwirtschaft zentrale Bedeutung zu. Alle diese Phänomene gehen sowohl auf die sinkende Arbeitsmoral als auch auf die Defizite in der Wirtschaftsorganisation zurück. Die politische Führung führte sie allerdings fast ausschließlich auf die Disharmonien innerhalb des sowjetischen Leitungs- und Planungssystems zurück, welches auf einem extensiven Wachstumsmodell fußte. Im Zentrum der Kritik standen die zu dezentrale Wirtschaftsorganisation, das wachsende Ungleichgewicht zwischen steigenden Investitionen und sinkender Produktivität sowie die Korrumpierung der Gesellschaft durch die Ausweitung von privatwirtschaftlichen Aktivitäten, welche die egalitäre Gesellschaftsstruktur gefährdete.<sup>6</sup>

Das Rezept der kubanischen Führung war denkbar einfach und kurzsichtig: von der Zentralisierung der Wirtschaftsorganisation, der Entbürokratisierung des Staats- und Verwaltungsapparats, des Ausbaus der Kontrollmechanismen innerhalb des Arbeitsprozesses, der Beseitigung der Marktmechanismen (freie Bauernmärkte) und der Einführung moralischer Leistungsanreize versprach man sich die Lösung der Probleme. Eine tiefere Analyse der Ursachen erfolgte somit nicht und demzufolge konnte auch kein Konzept entwickelt werden, an dem sich eine notwendige Neustrukturierung der Wirtschaft hätte orientieren können. Das extensive Wachstumsmodell war an seine Grenzen gestoßen, doch es wurde trotzdem im großen und ganzen beibehalten. Dies führte zu immer höheren Handelsbilanzdefiziten mit dem RgW, zu einem kontinuierlichen Absinken der Arbeitsproduktivität ab 1986<sup>7</sup> sowie zu einem sinkenden Wa-

renangebot im Inland bei gleichzeitiger Steigerung des Geldumlaufs, wodurch die soziale Demobilisierung der Bevölkerung weiter verstärkt wurde. Bereits zu diesem Zeitpunkt hätte die kubanische Führung im größeren Rahmen reagieren müssen, doch man vertraute auf die sicher geglaubten Handelsbeziehungen zu den RgW-Staaten, auf zusätzliche Kredite und nahm an, daß es sich um eine konjunkturelle, statt um eine strukturelle Krise handele. Demzufolge wurden allein Programme zur Exportförderung und Imports substitution erlassen, an eine Neustrukturierung der Produktionseinheiten, der Arbeitsorganisation, der Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte zur Steigerung der Arbeitsmoral, der Flexibilisierung der Planvorgaben oder der Beschäftigungspolitik wurde nicht oder nur partiell gedacht. Demzufolge blieben die strukturellen Blockaden der kubanischen Wirtschaft erhalten.

In dieser Situation erfolgte der Zusammenbruch des RgW und der UdSSR, womit die kubanische Wirtschaftskrise existentiellen Charakter annahm. Nun konnten allein strukturelle beschäftigungspolitische und wirtschaftsorganisatorische Reformen die Anpassung der Wirtschaft an die neuen Gegebenheiten des internationalen Marktes herbeiführen

### Vom Notstandsprogramm und der Zweiteilung der Wirtschaft

Die Regierung reagierte auf diese Herausforderung mit der Verabschiedung eines wirtschaftlichen Notstandsprogramms mit folgenden Kernelementen:

- Steigerung der nationalen Konsumgüterproduktion im Rahmen des plan alimentario;
- Vollständige Güterrationalisierung bei höchstmöglicher Imports substitution;
- Herauslösung des exportorientierten Wirtschaftssektors aus dem planwirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Ziel der Steigerung der Deviseneinnahmen;

Diese Maßnahmen, deren Rahmen eine strikte Austeritätspolitik bildete, sollten den Erhalt der Errungenschaften der Revolution, also des Bildungs- und Gesundheitssystems, der nationalen Unabhängigkeit, der politi-

schen Stabilität sowie des egalitären Verteilungssystems, garantieren. Die Schlüsselemente dieses Notstandsprogramms waren einerseits das Landwirtschaftsprogramm, der plan alimentario, andererseits die erfolgreiche Weltmarktintegration des Exportsektors. Letzterem kam innerhalb der Notstandsstrategie die Aufgabe zu, sich möglichst umgehend dem internationalen Wirtschaftssystem anzupassen, um zusätzliche Devisen zu erwirtschaften und dadurch die Importausfälle durch die RgW-Auflösung zumindest teilweise zu kompensieren. Ihm gegenüber stand das Landwirtschaftsprogramm und der Rest der Binnenwirtschaft, die weiterhin nach planwirtschaftlichen Gesichtspunkten funktionieren sollten. Der plan alimentario verfolgte das Ziel innerhalb von fünf Jahren eine Senkung der Nahrungsmittelimporte um 30-40% herbeizuführen sowie die Ernteergebnisse bei Zucker und Zitrusfrüchten auszubauen, um



zusätzliche Deviseneinnahmen verbuchen zu können. Diese Zielsetzung erwies sich angesichts der zunehmenden Engpässe an notwendigen Inputs und der fortschreitenden Demoralisierung und Demobilisierung der Bevölkerung, die durch die sich verschlechternde Versorgungslage und die verdeckte Inflation verstärkt wurde, als unrealistisch.<sup>8</sup> Die Lebensmittelproduktion fiel allein zwischen 1989 und 1992 je nach Produkt zwischen 95 und 33%; die durchschnittliche Kalorienversorgung

nahm um 33% ab.<sup>9</sup> Parallel dazu boomte der Schwarzmarkt: während 1990 gerade zwei Milliarden Pesos auf diesem zirkulierten, waren es 1992 etwa 10 Milliarden Pesos, der Geldumlauf im offiziellen Einzelhandel belief sich hingegen auf 7 Milliarden.<sup>10</sup> Damit war der Schwarzmarkt zur zentralen Bezugsquelle für nahezu alle Produkte außerhalb der Libreta geworden.

### Dem ineffizienten Binnesektor...

...steht nun der effiziente Außenhandelsektor gegenüber. Durch die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas gelang es innerhalb von wenigen Jahren rund zweihundert Joint Ventures in Kuba anzusiedeln, die bis dato rund 2 Milliarden Dollar in die kubanische Wirtschaft investierten.<sup>11</sup> Die Investitionsschwerpunkte liegen im Tourismus-, Bergbau- und Kommunikationssektor. Ergänzt wurde die Auflösung des staatlichen Außenhandelsmonopols durch

die Gründung von gut 100 kubanischen Aktiengesellschaften, die unabhängig vom staatlichen Apparat auf dem nationalen und internationalen Markt operieren können. Hinzu kommen weitere 500 kubanische Betriebe (=23% aller Unternehmen), die nach dem System der Deviseneigenfinanzierung arbeiten, um sich den internationalen Standards anzupassen. Diese Betriebe verfügen über den Zugang zum internationalen Markt, sind allerdings zumindest noch partiell in den planwirtschaftlichen Sektor ein-



gebunden. Die Arbeitsbedingungen in all diesen Betrieben sind aufgrund der besseren Versorgung, dem direkten und indirekten Zugang zu Konsumartikeln, wie Seife, Waschmittel, Arbeitskleidung, oder durch den Transport zur Arbeit wesentlich attraktiver, weshalb sich viele Kubaner bemühen in diesem prosperierenden Sektor Arbeit zu bekommen. Dem gesamten Bereich der kubanischen Wirtschaft, der nach Marktmechanismen strukturiert ist, kommt ein Demonstrationseffekt zu, der zu einer Diskreditierung der planwirtschaftlichen Lenkungsmechanismen führt, da sich effizienzsteigernde Maßnahmen nahezu allein an westlichen Managementmethoden orientieren und nicht an der Verbesserung der planwirtschaftlichen Organisationsstruktur, so daß der Pull-Effekt, der von der Dynamik des neuen Wirtschaftssektors ausgeht, immer neue Bereiche der kubanischen Wirtschaft erfaßt.

### Dieses ungleichgewichtige duale Wirtschaftssystem...

...hatte weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen: das egalitäre Wertesystem verlor seinen integrativen Charakter, da sich die Bevölkerung bereits vor der Dollarlegalisierung in einen Teil mit Dollar- oder Ressourcenzugang und einen ohne spaltete. Der Sinn der Arbeit im planwirtschaftlichen Wirtschaftsbereich wurde von immer mehr Kubaner im Laufe der Jahre und angesichts eines immer wertloseren Peso (im Verhältnis zum Dollar) in Frage gestellt, was eine steigende Verweigerungsquote zur Folge hatte, und zu immer geringeren Produktionsergebnissen im Binnensektor und zu immer geringeren staatlichen Versorgungsleistungen führte, wodurch bereits im Sommer 1993 erste Proteste, Demonstrationen und »Akte von Vandalismus« ausgelöst wurden.<sup>12</sup>

Die kubanische Regierung sah sich damit einem Verfall ihrer Legitimation ausgesetzt, dem nur durch die Unterbrechung dieses Kreislaufs beizukommen war. Die Binnenwirtschaft befand sich in einem Prozeß der Auflösung - das Notstandsprogramm war somit gescheitert. Allein durch strukturelle Reformen im Binnensektor konnte der weiteren Destabilisierung der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft noch Einhalt geboten werden. Die 'heilige Kuh', die Kontrolle

über den Binnensektor, mußte geschlachtet und damit die Angst vor der Dynamik der marktwirtschaftlichen Elemente, mit denen Destabilisierung und Machtverlust assoziiert wurden, überwunden werden, wie Hans-Jürgen Borchardt bereits in der letzten Nummer der 'Cuba libre' ausführte. Die Grundlagen der planwirtschaftlichen Arbeitsorganisation und die Organisation der Wirtschaft in große zentral erfaßbare Einheiten standen zur Disposition

### Kubanische Wirtschaftspolitik zwischen Systemerhalt und Anpassung

Im Mittelpunkt des kubanischen Krisenmanagements mußte die Reaktivierung des Binnensektors und damit die Mobilisierung der Bevölkerung stehen. Erst wenn diese wieder bereit war die Wirtschaftspolitik der Regierung durch ihre Arbeit zu unterstützen, konnte das Kunststück gelingen, die wirtschaftliche Talfahrt zu stoppen.

Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte im September 1993 mit der Legalisierung der 'Arbeit auf eigene Rechnung' für 117 Berufe, womit Privatinitiative und Marktmechanismen, die im Rahmen der *rectificacion* nahezu gänzlich beseitigt worden waren, wieder Eingang in die kubanische Wirtschaft fanden. Ziel dieser Maßnahme war es die kritische Versorgungslage zu verbessern, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und damit die Kreativität und Mobilität

der Bevölkerung zu reaktivieren. Mit diesem Schritt wurde auch der wachsenden Bedeutung des informellen Sektors, welcher schätzungsweise zwischen 1,5 und 2 Millionen Kubaner beschäftigt, Rechnung getragen, die nun -wenn auch eingeschränkt- legal ihrer Tätigkeit nachgehen konnten. ★

Diese erste Reformmaßnahmen hatte allerdings einen entscheidenden Strickfehler: den Selbständigen wurden keine Produktionsmaterialien zur Verfügung gestellt - den staatlichen Unternehmen war es strikt untersagt Materialien an die 'Privaten' zu verkaufen. Demzufolge mußte die Materialbeschaffung nach wie vor über den illegalen Schwarzmarkt erfolgen, wodurch die positiven Effekte der Maßnahme von vornherein beschnitten wurde. Diese Praxis ist allein auf die Befürchtung zurückzuführen Kontrollmöglichkeiten zu verlieren, die mit der Entstehung eines dynamischen Privatsektors einhergehen.

Eine Woche nach der Legalisierung der 'Arbeit auf eigene Rechnung' kündigte die PCC eine Agrarreform an, die nahezu die gesamte staatlich bewirtschaftete Fläche in zu gründende eigenständige Genossenschaften (Unidades basicas de produccion cooperativa UBPC) überführen sollte. Damit wurden die überproportionierten ineffizienten Staatsfarmen in kleinere, nach bisherigen Erfahrungen effizientere, Einheiten aufgeteilt.<sup>13</sup> Das Nutzungsrecht für diese Acker-



flächen wurde den Kollektiven auf unbegrenzte Zeit überschrieben. Diese sollten selbstorganisiert und -finanziert wirtschaften, womit auch die Subventionsbelastung der Staatskasse reduziert wurde. Der Produktionsanreiz bestand, so die Hoffnung der Reforminitiatoren, darin, daß den Kollektiven 15-25% ihrer Produktion als Selbstversorgungsanteil zugestanden wurde, sie also die Möglichkeit hatten ihre individuellen Lebensverhältnisse zu verbessern.

Dieser Produktionsanreiz griff allerdings zu kurz: für die Kollektive waren die staatlichen Ankaufspreise für Agrarprodukte, die nicht den Schwarzmarktpreisen angepaßt waren, vollkommen unattraktiv. Deshalb wurde bereits im Juni 1994 vom Präsidenten der nationalen Vereinigung der Kleinbauern (ANAP) die Wiedereinführung der 'freien Bauernmärkte' gefordert.<sup>14</sup>

Beide Reformmaßnahmen führten zu elementaren Veränderungen in der kubanischen Wirtschaftsstruktur: mit der Sozialisierung staatlichen Eigentums für die kollektive Bewirtschaftung wurden die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung auf ein neues Niveau gehoben und mit der Legalisierung eines Privatsektors innerhalb der kubanischen Wirtschaft erfolgte der endgültige Abschied vom Anspruch, die gesamte Wirtschaftsentwicklung planerisch gestalten zu können.<sup>15</sup> Dadurch wurde der Staat von einer Fülle von Lenkungs- und Versorgungsfunktionen im Dienstleistungssektor entbunden. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung an den Staat reduzierte sich, womit eine Förderung des eigenverantwortlichen Handelns einherging, die sich auch in einer Senkung des Arbeitskräfteüberangebots bemerkbar machen sollte.

Obwohl beide Maßnahmen strukturelle Veränderungen in der kubanischen Wirtschaft mit sich brachten und in die richtige Richtung zielten, indem sie die Grundlagen der Arbeits- und Produktionsorganisation modifizierten, griffen sie zu kurz, da das kubanische Finanzsystem zu diesem Zeitpunkt weitgehend erodiert war. Das Gleichgewicht zwischen Geldumlauf und Warenangebot existierte nicht mehr, sehr wohl allerdings die restriktiven Preis- und Vermarktungskriterien, weshalb die Re-

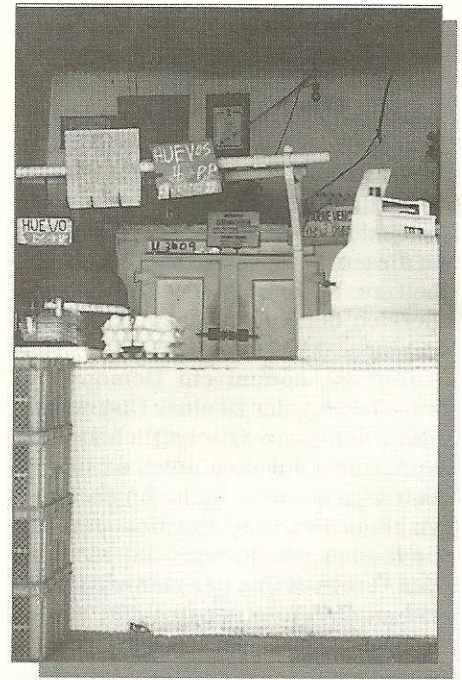
formen stecken bleiben mußten. Ohne eine weitere Legalisierung von Marktmechanismen und die Neufassung der Geld- und Fiskalpolitik konnten die Reformen keine Dynamik entfalten.

### Die Öffnung des Binnensektors

Trotz der anhaltenden Krise und der auftretenden gesellschaftlichen Spannungen ließ die kubanische Führung sich über ein halbes Jahr Zeit bevor sie das Anpassungsprogramm zur Reduzierung des Geldüberhangs und zur Sanierung des Haushaltsdefizits durch Preiserhöhungen und Subventionsstreichung erließ. Wenige Monate später wurde dieses Programm durch die Verabschiedung einer progressiven Steuergesetzgebung ergänzt, womit erstmals in der kubanischen Geschichte nach 1959 geld- und fiskalpolitische Steuerungsinstrumente zum Einsatz kamen. Die Abschöpfung des Geldüberhangs stieß innerhalb der kubanischen Bevölkerung jedoch auf gemischte Resonanz, da sich die Belastungen erhöhten, jedoch keine Erhöhung des Warenverkehrs oder eine Verbesserung des Dienstleistungsangebots feststellen war. Obgleich die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen zumindest teilweise eingesehen wurde, hatte sich damit nichts wesentliches geändert: der Pesoschwarzmarktkurs sank zwischen Juni, dem Inkrafttreten der neuen Preise, und Ende September nur unwesentlich, die Hoffnung auf Besserung blieb aus, die Stimmung in der Bevölkerung hatte, genauso wie die soziale Mobilität, ihren Tiefpunkt erreicht.

Im August 1994 kamen sowohl zunehmende soziale Spannungen als auch ansteigende Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit innerhalb breiter Bevölkerungsschichten zum Ausbruch. Die Plünderungen von Touristenanlagen im Rahmen tumultartiger Ausschreitungen und die einsetzende Massenflucht gen USA stellten die Regierung vor die Alternative entweder grundsätzliche Reformen zuzulassen oder ihrem Legitimationsverfall bis zum bitteren Ende zuzusehen.

Nun reagierte die kubanische Regierung mit der Öffnung der freien Bauern- und wenig später der Handwerkermärkte, welche zu einer umgehenden Verbesserung des Warenangebots und zu einer langsamen



Entspannung des gesellschaftlichen Klimas führten. Ihre Einrichtung hatte zu einer positiven psychologischen Wirkung auf die Bevölkerung, da viele Kubaner erstmals wieder ein breites Angebot, wenn auch zu hohen Preisen erblicken konnten, zum anderen wurde ein Gegenpol (mit einem etwas günstigeren Preisgefüge) zum Schwarzmarkt geschaffen. Zwar trat die Inflation damit offen zu Tage, aber sie begann sich auch umgekehrt zu reduzieren, da dem Peso nun erstmals wieder ein breiteres legales Angebot gegenüber stand. Die heimliche Leitwährung der kubanischen Wirtschaft - der US-Dollar - begann nachzugeben, der Peso gewann, unterstützt durch die Reduzierung des Geldverkehrs über die erwähnte Einführung der Steuern und Preiserhöhungen, an Wert. Wichtigster Effekt des Pesoaufwertungs war der anfangs noch geringe, sich bis heute allerdings verstärkende, Impuls für die Arbeitsmotivation, der auch in der *Granma* bejubelt wurde, da die Leute nun begannen zu ihren Arbeitsplätzen zurückzukehren. Je weiter sich der Peso erholte, desto mehr Sinn machte es auch für diesen wieder zu arbeiten. Mit dem aktuellen Pesodollar-Kurs von etwa 15:1 ist etwa der Stand von 1990 erreicht.<sup>16</sup> Der Peso verlor damit in den letzten zehn Monaten seine Eigenschaft als passive Verrechnungseinheit, vielmehr spielt er zumindest in Teilen der kubanischen Wirtschaft eine aktive Rolle, so eben auf den Bauern- und Handwerkermärkten, denen eine wichtige Bedeu-

tung für die Versorgung der Bevölkerung zukommt.

Zu konstatieren ist allerdings auch, daß gerade die Bevölkerungsschichten mit einem geringen Einkommen von dieser Entwicklung benachteiligt waren, da diese sich den Einkauf auf den Märkten aufgrund des hohen Preisniveaus nur in engstem Rahmen leisten konnten. Diese sozialen Härten wurden von der Regierung in der Hoffnung auf ein Sinken der Preise in Kauf genommen, was sich aber nicht, wie Hans-Jürgen Borchardt in der letzten Nummer der *'Cuba libre'* resümierte, in Ablehnung und Mißmut niederschlug, da die anfangs hohen Preise bereits Ende 1994 eine sinkende Tendenz aufwiesen.<sup>17</sup> Diese Tendenz hat sich, nach Meinung des Verfassers, weiter fortgesetzt, da die anhaltende Wertzunahme des kubanischen Peso allein auf eine Zunahme des Angebots zurückzuführen ist. Die kubanische Landwirtschaft scheint, ähnlich wie der industrielle Sektor, somit auf dem Weg der Erholung zu sein, was sich vielleicht schon in diesem Jahr, sicherlich aber im nächsten Jahr, in den Ernteergebnissen niederschlagen wird.

## Die Reformen beginnen zu greifen

Das Krisenmanagement der kubanischen Regierung zeichnete sich durch Halbherzigkeit, latentes Zögern und letztlich durch eine, aus Angst vor Kontrollverlusten und Destabilisierung, verweigerte strukturelle Transformation aus. Erst durch das Anwachsen des externen und vor allem des internen Drucks, der wachsenden Destabilisierung des politischen und gesellschaftlichen Systems, konnte sich die politische Führung zu tieferegreifenden Reformschritten entschließen: es existierte keine Alternative mehr angesichts des zunehmenden Legitimationsverfalls.

Der wichtigste Schritt innerhalb des Reformprozesses ist die Öffnung der Märkte, die den Landwirtschaftskollektiven (UBPC) die Möglichkeit geben einen Teil ihrer Produktion zu freien Preisen zu verkaufen, so daß sie mit den Einnahmen einerseits individuelle Bedürfnisse befriedigen können, andererseits, und weit wichtiger, in die Lage versetzt werden dringend benötigte Inputs für die Produktion zu kaufen und auf diesem Wege dieselbe zu steigern. Für die »Jungun-

ternehmer« in der kubanischen Wirtschaft ist die Öffnung der Märkte von entscheidender Bedeutung, da sie nun die Möglichkeit haben ihre Produktionsmaterialien legal einzukaufen und ihre Produkte auch auf den Märkten zu verkaufen, was einen fördernden Effekt für die Ausweitung der Produktion hat. Damit wurden erst die Voraussetzungen für den Ausbau des Privat- und Dienstleistungssektors geschaffen.

Insgesamt betrachtet konnte erst mit der Öffnung der Märkte, der Finanzreform und der daraus resultierenden Wertsteigerung des Peso die Demobilisierung der Bevölkerung *peu a peu* aufgehoben werden. Der Reformprozeß in Kuba ist mit diesen ersten Schritten, die erfreulicherweise Wirkung zeigen, allerdings nicht abgeschlossen. Schon mit dem Verfall der Zuckerpreise oder -ernte kann die kubanische Wirtschaft erneut unter Druck geraten, wie jüngst geschehen. Die Zuckerrohrernte von 3,5 Millionen Tonnen, niedrigstes Ergebnis seit der kubanischen Revolution 1959, reißt ein Loch von rund 200 Millionen US-Dollar in die Devisenkasse.<sup>18</sup> Derartige Einnahmeausfälle gilt es möglichst schnell zu kompensieren, denn an eine Reduzierung der Importe ist nicht zu denken, die kritische Grenze ist bereits erreicht. Eine weitere Senkung des Importniveaus könnte allein den Kollaps einzelner Wirtschaftssektoren oder den Unmut der Bevölkerung über eine erneute Verschlechterung der Versorgungslage hervorrufen.<sup>19</sup> Damit wäre die aufkeimende Hoffnung auf Besserung dahin. Die kubanische Regierung steht also weiterhin unter Transformationsdruck - neue Maßnahmen, neue Reformen müssen getroffen werden, um die einsetzende wirtschaftliche Erholung nicht zu gefährden.

Dies scheint auch der kubanischen Regierung bewußt zu sein, denn bereits Mitte Juni 1995 erfolgte die Legalisierung von 59 weiteren Berufen für die »Arbeit auf eigene Rechnung«, insgesamt sind damit nun 190 Berufe für die selbständige Arbeit freigegeben.<sup>20</sup> Auf diesem Wege, ergänzt durch die Freigabe von Nebenjobs für weitere 140 Tätigkeiten, soll der bis dato noch kleine Privatsektor der kubanischen Wirtschaft ausgeweitet werden. Zusätzlich wurden Lizenzen für die »Arbeit auf eigene Rechnung« auch an Arbeiterkollektive vergeben,

womit die Gründung von Kleinbetrieben ermöglicht wird, was eine weitere Flexibilisierung der Arbeitsorganisation mit sich bringt.<sup>21</sup> Die Ausweitung und Förderung des Privatsektors steht im Zusammenhang mit den anstehenden Rationalisierungen im industriellen Sektor. Ihm kommt zukünftig die Aufgabe zu, die steigende Zahl von Arbeitslosen aufzufangen. Wurden 1994 knapp 100.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert,<sup>22</sup> rechnen kubanische Spezialisten im Rahmen der Neustrukturierung der kubanischen Unternehmen im Laufe des nächsten Jahres mit bis zu 800.000 Entlassungen, was einem Anteil von etwa 20% der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht.<sup>23</sup> Die Finanzierung der zu erwartenden hohen Arbeitslosigkeit soll über die Einführung eines progressiven Steuergesetzes mitgetragen werden.<sup>24</sup> Zu diesem Zwecke wurden am 1. Juli die ersten kubanischen Finanzämter eröffnet, denen es obliegt die Steuern auf die Gewinne sämtlicher Betriebe, die Steuern für die selbständige Arbeit und die Abgaben für den Verbrauch natürlicher Ressourcen (Ökosteuer) einzuziehen.<sup>25</sup> Die Hauptaufgabe der Finanzämter wird vorerst darin liegen, die Steuern im Privatsektor der kubanischen Wirtschaft einzutreiben, welche über das bereits angekündigte progressive Steuergesetz erhöht werden sollen. Auch über die Einführung einer allgemeinen Lohnsteuer wird momentan beraten. Mit den zu erwartenden Mehreinnahmen möchte der kubanische Finanzminister sowohl das Haushaltsdefizit als auch den Währungsüberhang reduzieren, wodurch der kubanische Peso weiter an Wert im Vergleich zum Dollar gewinnen würde. Der Förderung der Privatinitiative kommt demzufolge in der Beschäftigungs- und Finanzpolitik der kubanischen Regierung eine zunehmende Bedeutung zu, die einhergeht mit der Neudefinition der Grundlagen der Arbeitsorganisation.

Auch die bevorstehende Verabschiedung des neuen Auslandsinvestitionsgesetzes ist in diesem Zusammenhang interessant: nach vorab bekannt gewordenen Informationen, sollen nun direkte Anstellungsverträge mit den kubanischen Mitarbeitern der Gemeinschaftsunternehmen abgeschlossen werden, die wiederum durch die Gewerkschaften vertreten

werden sollen. Bisher wurden die Angestellten über eine staatliche Vermittlungsstelle vom Gemeinschaftsunternehmen angestellt. Diese Vermittlungsstelle legte die Löhne der kubanischen Arbeiter fest, bezahlte deren Gehalt in der Landeswährung und rechnete mit dem Joint-Venture-Unternehmen die Gehälter in Devisen ab. Diese Maßnahme wird, wenn sie die Zustimmung der Nationalversammlung am 15. September findet, die Bedeutung der Gewerkschaften in der kubanischen Arbeitswelt erhöhen und damit auch die Partizipationsmöglichkeiten der Arbeiter.

Weitere Neuerungen der Gesetzesvorlage sollen der Wegfall der Anteilsbeschränkung für die ausländischen Investoren am Joint Venture von 49%, die Einrichtung einer Freihandelszone, sowie die Öffnung aller Sektoren der kubanischen Wirtschaft, mit Ausnahme des Bildungs-, Gesundheitswesens und des Verteidigungssektors, für Auslandsinvestitionen sein.<sup>26</sup>

Auch auf dem Finanzsektor ist die kubanische Regierung erneut aktiv geworden: mit der Ankündigung einer Reform des nationalen Bankwesens und der Eröffnung von Börsen ist die kubanische Seite den internationalen Wünschen nach einer Flexibilisierung des Banksystems entgegengekommen, was aber auch eine der Voraussetzungen ist, um den kubanischen Peso, wie geplant, international kompatibel zumachen. Eine weitere Initiative der kubanischen Regierung versucht die Kreditwürdigkeit Kubas auf den internationalen Finanzmärkten wieder herzustellen. Nach der erfolgreichen Schuldenumwandlung in Unternehmensbeteiligungen (*debt for equity swaps*) mit Mexiko und jüngst Argentinien, versuchen kubanische Unterhändler nun die westlichen Gläubiger zu einer Umschuldung der kubanischen Verbindlichkeiten zu bewegen. Erst ein Erfolg dieser Verhandlungen würde es Kuba erlauben Kredite auf den internationalen Kapitalmärkten aufzunehmen und damit kurzfristige Einnahmeausfälle zu kompensieren. Ob diese Bemühungen ausreichen, um die Gläubigerstaaten dazu zu bewegen die Schuldenlast von rund acht Milliarden US-Dollar umzuschulden, bleibt abzuwarten. Augenblicklich müssen Einnahmeverluste noch mit anderen Maßnahmen aufgefangen

werden. So soll der anfangs erwähnte Ausfall der eingeplanten Millionen aus dem Zuckerverkauf wahrscheinlich durch die Öffnung von Wechselstuben ausgeglichen werden. Mit diesen Wechselstuben soll die zirkulierende Dollarmenge, welche auf einige hundert Millionen US-Dollar geschätzt wird, abgeschöpft werden. Welcher Kurs den Tauschwilligen angeboten werden soll, war jedoch bis dato nicht zu erfahren, die ersten Wechselstuben wurden allerdings bereits eingerichtet. Auf diesem Wege könnte es gelingen, zusätzliche Dollareinnahmen für den Import dringend benötigter Waren zu erhalten und so das Loch in der Devisenkasse zu stopfen.

### Perspektiven der kubanischen Wirtschaft

Kuba befindet sich, wie dargestellt, in der schwierigsten Umbruchsituation seiner jüngeren Geschichte. Obgleich eine Erholung der kubanischen Wirtschaft sich langsam abzeichnet, reichen die bisher getroffenen Maßnahmen noch nicht aus. Die Gesundung der kubanischen Wirtschaft ist nur über eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems, welche eine Neustrukturierung der gesamten Wirtschaft und speziell des Binnensektors beinhalten sollte, denkbar.

Gerade innerhalb des Binnensektors beeinträchtigen eine Fülle von strukturellen Blockaden die einsetzende Wiederbelebung der Produktivität. Neben administrativen Blockaden, die beispielsweise die Aufteilung und Überführung der Staatsfarmen in kollektive Einheiten oder die Lizenzvergabe für die Arbeit auf eigene Rechnung behindern,<sup>27</sup> spielt das restriktive Preissystem, das nach wie vor in Kraft ist, eine entscheidende Rolle. Im landwirtschaftlichen Bereich blockiert es beispielsweise eine Steigerung der Zuckerrohrernte, da die Ankaufpreise für Zuckerrohr weit unter den Preisen liegen, die die Bauern für Grundnahrungsmittel auf dem Markt erhalten können. Bis zu 60mal mehr kann eine Kooperative mit dem Nahrungsmittelverkauf erwirtschaften, so daß die knappen Ressourcen, wie Düngemittel, Pflanzenschutzmittel oder Benzin, lieber für die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion verwendet werden. Da greift dann auch kein Programm zur Steigerung

der Zuckerproduktion, selbst wenn es mit Krediten aus dem Ausland finanziert wird. Erst wenn es gelingt das antiquierte Preis- und Ankaufsystem den neuen Gegebenheiten anzupassen, können sowohl Arbeitsmotivation als auch -produktivität weiter steigen und damit die Erholung der Binnenwirtschaft voranschreiten.

Zentrale Bedeutung kommt auch der Ausweitung der nichtstaatlichen Produktionsformen, die mit der Kollektivierung in der Landwirtschaft und der Förderung eines Privatsektors eingeleitet wurde, zu. Eine Alternative zu den unproduktiven, rohstoffvergeudenden staatlichen Großbetrieben könnte in der Schaffung von kleineren, effizienteren Produktionseinheiten mit kollektiver Produktionsform liegen, denen zusätzlich eine integrative Funktion zukommt. Die jüngst erfolgte Legalisierung von Kleinkollektiven im Rahmen des Privat- und Dienstleistungssektors geht ebenfalls in diese Richtung und sollte gefördert werden. Ob die Kollektivierung ein Rezept für die Neustrukturierung der kubanischen Wirtschaft sein kann, läßt sich erst beantworten, wenn erste Ergebnisse vorliegen.

Allerdings kann die kubanische Regierung nicht so lange warten: bereits jetzt gilt es die staatlichen Großbetriebe in kleinere rohstoffschonend produzierende Einheiten zu unterteilen, die Produktivität der Betriebe zu steigern und den Rentabilitäts Gesichtspunkt zum Prinzip zu machen. Hierzu gehört auch, daß diese innerhalb der bestehenden und zukünftig zu schaffender Märkte agieren, strengen Finanzkontrollen unterliegen, die eine Deckung der betrieblichen Verluste durch den Staat minimieren und damit auch Bankrotte wahrscheinlich machen. Eine Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten der Belegschaft an den Entscheidungsprozessen innerhalb der Neustrukturierung sollte ebenfalls nicht fehlen, die gegebenenfalls dann in eine Kollektivierung erweitert, aber auch in eine planwirtschaftliche Organisationsform mit partizipativem Charakter umgewandelt werden kann.

Parallel dazu gilt es das Finanzgleichgewicht wiederherzustellen, was nur geschehen kann, wenn weitere Subventionen gestrichen werden bzw. diese in einem vernünftigen Verhältnis zu den Einnahmen stehen.<sup>28</sup> Ist dies erreicht sollte die nationale

Währung zur alleinigen Binnenwährung werden, so daß alle angebotenen Produkte mit der nationalen Währung auch gekauft werden können. Voraussetzung hierfür ist die Neustrukturierung des kubanischen Bank- und Finanzsystems. Dies hätte einen nicht zu unterschätzenden psychologischen Effekt, der sich auch in einer Steigerung der Produktivität bemerkbar machen würde. Längerfristig gilt es die nötigen Devisenreserven anzulegen, um die kubanische Währung konvertibel zu machen, was wiederum positive Signale für den internationalen Handel setzen würde.

Im Mittelpunkt all dieser Maßnahmen, die eine Genesung der kubanischen Wirtschaft hervorbringen sollen, steht die Dezentralisierung der staatlichen Entscheidungsgewalt, sowie die Neudefinition der staatlichen Funktionen. Zu den Staatsaufgaben gehören nun neben klassischen, wie der Planerstellung oder der Investitionspolitik, auch die Förderung des Privatsektors und die Ausweitung der Marktmechanismen, genauso wie die Flexibilisierung der Arbeitsorganisation. Vom Staat wird nun eine wesentlich aktivere Politik verlangt, um den Wandel der kubanischen Wirtschaft in eine Mischwirtschaft zu fördern -

bei gleichzeitigem Erhalt der Erregenschaften der Revolution, welche die integrative Klammer jedweden Reformkonzepts bilden sollten.<sup>29</sup> Dem kubanischen Staat kommt somit die Rolle einer Entwicklungsagentur zu, die sich auch auf ihre ursprünglichen Entwicklungsziele besinnen sollte: die Diversifizierung der Exportstruktur und die Senkung der Außenhandelsabhängigkeit. Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn es gelingt die kreative und hochqualifizierte Bevölkerung in ganzem Umfang zu reaktivieren und in die Entwicklungsprozesse einzu-

Demnächst erscheint im Hamburger LIT-Verlag vom Autor Knut Henkel eine Untersuchung der ökonomischen Entwicklung Cubas unter dem Titel: »Cuba zwischen Plan und Markt. Die Transformation zur dualen Wirtschaft seit 1985.«

## Anmerkungen

<sup>1</sup>Fidel Castro in seiner Rede zum 42. Jahrestag des Sturms auf die Moncada Kaserne in Guantanamo am 26.7.1995, in: *Granma International* (deutsche Ausgabe), August 1995.

<sup>2</sup>Mit der RgW-Integration erhielt Kuba die bekannten Präferenzpreise - garantierte Abnahmepreise und -mengen- für sein Hauptexportprodukt, den Zucker, wodurch sich die Einnahmen besser kalkulieren und demzufolge Investitionen besser planen ließen. Auch die sowjetischen Ankaufpreise für das kubanische Nickel, die Zitrusfrüchte und andere Rohstoffe lagen oftmals über dem Weltmarktniveau. Hinzu kam die Belieferung der Karibikinsel mit Erdöl zu Preisen unterhalb des Weltmarktniveaus.

<sup>3</sup>Es geht in stark verkürztem Überblick über die kubanische Wirtschaftspolitik nicht darum den RgW oder die UdSSR in einem negativem Licht erscheinen zu lassen, es geht allein darum abrißartig die Fehler und Defizite der gemeinsamen kubanisch-sowjetischen (RgW) Entwicklungsplanung herauszuarbeiten. Diese Defizite haben sich zu strukturellen Blockaden ausgewachsen, deren Beseitigung im Zentrum des kubanischen Krisenmanagements stehen muß, ohne die eine Dynamisierung der Wirtschaft unmöglich erscheint.

<sup>4</sup>Diese Analyse der negativen Effekte der RgW-Integration stammt von Carlos Tablada, Interview in: *konkret*, 10/1994, S. 30.

<sup>5</sup>Der kubanische Sozialwissenschaftler Julio Carranza geht von 600.000 Personen aus, die zwischen 1986 und 1990 unterhalb ihrer Qualifikation eingesetzt werden mußten. Vgl. Julio Carranza Valdes: Cuba: los retos de la economia, in: *Cuadernos de Nuestra America*, 9. Jahrg., Nr. 19, S. 138.

<sup>6</sup>So Fidel Castro in: Rectificacion, seleccion tematica, Havanna 1990, S. 30 ff.

<sup>7</sup>Zwischen 1986 und 1989 sank die Arbeitsproduktivität um 10,7%, was

sich auch in sinkenden Exporten niederschlug (vgl. Jose Luis Rodriguez 1991: Changes in Policy and Performance of the Cuban Economy 1986-1989, in: Tulchin, Joseph S./Hernandez, Rafael (Hrsg.): *Cuba and the United States. Will the Cold War in the Caribbean End?*, Boulder/London, S.9-20, hier S. 15.).

<sup>8</sup>Vgl. Carlos Lage 1995: 'Plan Alimentario', Interview vom 25.02.1995 in: *Cuba Business*, 7. Jahrg., Nr. 2, S.1.

<sup>9</sup>Diese Angaben basieren auf Statistiken des kubanischen Landwirtschaftsministeriums, die am 1.5.1994 in 'El Pais' veröffentlicht wurden.

<sup>10</sup>Diese Angaben basieren auf Schätzungen des kubanischen Wirtschaftsspezialisten Julio Carranza Valdes (vgl. Julio Carranza Valdes 1992: Cuba: los retos de la economia, in: *Cuadernos de Nuestra America*, 9. Jahrg., Nr. 19, S. 148.

<sup>11</sup>Vgl. Handelsblatt v. 5.9. '95.

<sup>12</sup>So titelte die Granma Nacional am 8.9.1995.

<sup>13</sup>Eine Maßnahme, die von kubanischen Wirtschaftswissenschaftlern seit langem für die gesamte kubanische Wirtschaft angeregt wurde, da die klein- und mittelständischen Betriebe gegenüber den nach sowjetischem Muster konzipierten Großbetrieben, Effizienz- und Kostenvorteile aufweisen. Ihnen kommt ebenfalls, und dies ist zukünftig noch entscheidender, ein wesentlich innovativer Charakter zu. Sie sind in der Lage sich wesentlich schneller neuen Produktionsvoraussetzungen anzupassen, neue Techniken in den Produktionsprozeß zu integrieren und ebenfalls zu entwickeln (vgl. Miguel Figueras 1993: 'Rethinking Industrialisation', Interview in: *Cuba Business*, 7. Jahrg., Nr. 2, S. 4).

<sup>14</sup>Vgl. George Carriazo 1994: Cambios estructurales en la agricultura cubana: la cooperativacion, in: *Economia Cubana. Boletin Informativo*, 3. Jahrg., Nr. 18, S. 25 ff.

<sup>15</sup>Dieser Anspruch erwies sich gerade bezüglich des Dienstleistungs-

sektors, der 1968 nationalisiert wurde, als nicht einlösbar. Das planwirtschaftliche System ist nach Meinung des Autors zu unflexibel, um die Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung in diesem Bereich zu befriedigen.

<sup>16</sup>Vgl. Junge Welt 1.9.1995.

<sup>17</sup>Vgl. Alfonso Casanova / Juan Triana 1995: Coyuntura, reformas y perspectivas de la economia cubana, in: *Economia Cubana. Boletin Informativo*, 3. Jahrg., Nr. 19, Jan./ Febr. 1995, S. 11.

<sup>18</sup>Berechnet auf Basis des aktuellen Weltmarktpreises für Rohzucker von 13,65 cent pro lb. und der Planvorgabe für die Zuckerrohrernte von 4 Millionen Tonnen.

<sup>19</sup>Mehr als 60 Prozent der Importe entfallen auf die dringend benötigten Brennstoffe und auf Nahrungsmittel. Rund 50% der in Kuba konsumierten Kalorien müssen importiert werden. Eine Senkung dieser Importe unter das bisherige Niveau erscheint kaum vorstellbar und würde sich unmittelbar auf die Versorgungslage der Bevölkerung auswirken (vgl. Omar Everleny / Hiram Marquetti 1995: Comportamiento de la economia cubana en 1994. Tendencias, in: *Boletin Informativo. Economia Cubana*, 3. Jahrg., Nr. 21, S. 11.)

<sup>20</sup>Vgl. Junge Welt 16.6.1995, S. 11.

<sup>21</sup>Vgl. Nachrichten für den Außenhandel 8.5.1995.

<sup>22</sup>Vgl. El Pais 20.7.1995, S. 9.

<sup>23</sup>So Julio Carranza Valdes in einem Gespräch mit dem Verfasser am 5.7.1995 in Hamburg. Internationale Schätzungen gehen hingegen von Entlassungen von bis zu 1,5 Millionen aus.

<sup>24</sup>Die kubanische Arbeitslosenunterstützung beträgt 60% des ehemaligen Lohns.

<sup>25</sup>Vgl. Junge Welt 3.7.1995, S. 11.

<sup>26</sup>Spekulationen zufolge wurde ebenfalls über die Legalisierung des Erwerbes von Grundeigentum in Kuba für Investoren beraten. Die Le-

galisierung des Immobilienverkaufs würde die Grundlagen des politischen Selbstverständnisses großer Bevölkerungsteile in Frage stellen - die nationale Unabhängigkeit und das nationale Selbstbestimmungsrecht - und damit auch zentrale Elemente der Legitimation der politischen Führung. Eine erneute Abhängigkeit vom ausländischen Kapital, nach einem Ausverkauf der produktivsten kubanischen Betriebe, ist für viele Kubaner nicht vorstellbar, auch wenn beispielsweise japanische Unternehmer dies zur Grundbedingung für ihre Investitionen machen. Die Diskussion über die Legalisierung des Erwerbes von Immobilienbesitz ist allerdings auch auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, welche die kubanische Regierung mit dem Abschluß von Investitionsschutzabkommen mit verschiedenen europäischen Staaten (BRD, Frankreich) hat. Allerdings sollte die kubanische Regierung sorgfältig abwägen, ob die eventuell eintretenden Kosten, Verlust von Legitimation, den Nutzen, verstärkte Auslandsinvestitionen, rechtfertigen. Diese Frage wird auch nachhaltige Diskussionen innerhalb der Solidaritätsbewegung mit Kuba hervorrufen.

<sup>27</sup>Julio Carranza Valdes, einer der Wirtschaftsberater der kubanischen Regierung, erzählte dem Verfasser dieser Zeilen am 5.7.1995 in Hamburg, daß innerhalb des Landwirtschaftsministeriums die zügige Überführung der Flächen an die Kollektive blockiert wird, da auf Seiten des Ministeriums nach wie vor alte Ordnungsvorstellungen dominieren.

<sup>28</sup>Die Subventionierung der Grundnahrungsmittel sollte allerdings beibehalten werden, um keine zusätzlichen sozialen Härten zu produzieren.

<sup>29</sup>Vgl. Carranza Valdes, Julio 1995: Los cambios economicos en Cuba. Problemas y desafios, in: *Cuadernos de nuestra America*, 11. Jahrg., Nr. 22, März 1995, S. 26-40.

## »Sie würden heute in der BRD kein Asyl bekommen«

★ Als im Sommer 1992 von einer breiten Koalition aus CDU/CSU/FDP/SPD die faktische Abschaffung des Asylrechts durchgeboxt wurde, beriefen sich die GegnerInnen dieser Maßnahmen auf die historischen Umstände, die damals die Möglichkeiten des Asyls im Grundgesetz erst ermöglicht haben. Vor dem Faschismus mußten viele aus Deutschland fliehen und bekamen oft erst in letzter Minute die Einreiseerlaubnis. Andere schafften es nicht und fielen in die Hände der Faschisten.

In dem Buch »Lebenswege« werden uns einige Biographien von Menschen näher gebracht, denen es gelang, in lateinamerikanischen Ländern Asyl zu bekommen oder die aus lateinamerikanischen Ländern vor den dortigen Militärdiktaturen in die DDR oder die BRD gekommen sind.

Unter denjenigen, die in längeren Interviews vorgestellt werden, befindet sich Pieter Siemsen, der Sohn von August Siemsen, dem Leiter der antifaschistischen Gruppe »Das andere Deutschland« ebenso die vor Kurzem gestorbene Schauspielerin Steffie Spira. Siemsen kehrte 1953 in die DDR zurück, entschlossen ein neues, antifaschistisches Deutschland aufzubauen. Nach dem Umbruch 1989 allerdings sieht er die Jahre in der DDR verbittert als verlorene Zeit.

Ganz anders dagegen Ernesto Kroch, der zweimal vor den Faschisten fliehen mußte. Vor den Nazis emigrierte er nach Uruguay, wo er führender Aktivist der Kommunistischen Partei wurde. In den 70er Jahren mußte er abermals fliehen, jetzt vor der faschistischen Militärdiktatur. Er lebte dann in der BRD und war aktiv in verschiedenen Lateinamerikakomitees. Mittlerweile ist er wieder nach Uruguay zurückgekehrt, hat die Kommunistische Partei verlassen, engagiert sich aber weiterhin im breiten Linksbündnis »Frente amplio«.

Im zweiten Teil werden Menschen interviewt, die in der BRD oder der DDR Zuflucht vor den faschistischen Militärdiktaturen suchten. Der chilenische Schriftsteller und Dramaturg Omar Saavedra Santis lebte 15 Jahre

in Rostock, erlebte den Untergang seines Exillands. Sein Kommentar dazu: »Daß ich abends nach 19 Uhr nicht mehr auf die Straße gehe, das hat sich geändert. Ich gehe in Deutschland nicht mehr in die Kneipe...Ich hatte früher ohnehin wenig Freunde. Jetzt habe ich noch weniger....Die haben sich so verdeutscht.«

Etwas aus den Rahmen fallen drei Biographien. Peter Paul Zahl, BRD-Schriftsteller und in der Neuen Linken der 70er Jahre aktiv. In einem aufsehenerregenden Urteil wurde er zu 15 Jahren Haft wegen bewaffneten Widerstand verurteilt, von denen er 10 Jahre absaß. Nach seiner Haftentlassung siedelt er sich in Lateinamerika an, zu erst auf Grenada, nach der US-Intervention auf Jamaika. In seinen Interviewstatements scheint Zahl den politischen Durchblick, den seine früheren Bücher auszeichneten, verloren zu haben. Er beschwört die Kultur der Schwarzen in der Karibik, ohne die soziale Lage und Unterdrückung anders als Bob Marley oder

Peter Tosh auch nur ins Blickfeld zu rücken.

Das Interview mit den uruguayischen Schriftsteller Mauricio Rosencroft ist insofern eine Ausnahme, weil er während der Militärdiktatur nicht im Exil sondern als Gefangener in Ketten im Gefängnis verbringen mußte. Er ist als Sohn einer polnisch-jüdischen Einwandererfamilie in Uruguay geboren. Rosencroft erzählt, wie er unter Folter und Gefangenschaft seine Würde als Mensch verteidigt hat. »Ohne Würde gibt es keinen Grund zum Überleben...«

Etwas enttäuschend ist das Interview mit dem deutsch-peruanischen Soziologen und ehemaligen AL-Abgeordneten German Meneses am Ende des Buches. Als Begründung für sein Engagement als Parlamentarier gibt es an: »Eigentlich hatte ich immer vor, Abgeordneter zu werden. Es hängt vielleicht damit zusammen, daß mein Vater mir schon als kleinem Kind eingeschärft hatte, ich müsse ins Parlament...«. Anders als bei anderen Ex-Abgeordneten des linken Flügels der Grünen fehlt eine kritische Reflexion über die reale Macht als linker Parlamentarier völlig. Unerwähnt bleibt ebenfalls, daß Meneses aufgrund der rassistischen Gesetzgebung erst durch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft Abgeordneter werden konnte und daß viele ausländische Menschen nicht einmal das Wahlrecht besitzen.

Die unterschiedlichen Biographien werden entweder durch eigene Texte der interviewten Person oder erläuternde Ausführungen zu im Interview angesprochenen Sachverhalten ergänzt. Beklemmend zu wissen, daß durch die Asylgesetze ein Großteil der Interviewten heute in der BRD kein Asyl bekommen würden.

Peter Nowak

Gert Eisenbürger (Hg.)  
**Lebenswege,**  
 15 Biographien zwischen  
 Europa und Lateinamerika,  
 Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg,  
 237 Seiten, br, 24 DM

Im gleichen Verlag ist zum Thema Flucht und Vertreibung zeitgleich ein zweites Buch erschienen, daß auf eine völlig andere Art und Weise an die Thematik herangeht.

In einzelnen Kapiteln befassen sich JournalistInnen und WissenschaftlerInnen mit den einzelnen Aspekten der Thematik. Es ist den HerausgeberInnen gelungen, komplizierte theoretische Texte mit beklemmender journalistischer Recherche zu kombinieren und dadurch beide fruchtbar zu machen. Zu letzteren gehört zweifelsohne die Reportage »Tod an der Ost-West-Grenze«. Die Antirassistische Initiative Berlin deckt dort auf, daß im August 1994 mindestens zehn Menschen aus Pakistan und Sri Lanka bei dem Versuch, über die Oder in die BRD zu gelangen, ertranken. Erst die beharrliche Forschung brachte ein Fernsichtteam von »exclusiv« auf die Fähre. Mittlerweile geben die Grenzschützer offen zu, daß öfter Leichen am Ufer angeschwemmt werden. Meistens werden sie ins Wasser zurückgeworfen, weil sonst die Gemeinde die Beerdigungskosten tragen muß.

Im Bericht von Heike Kleffner wird der staatliche Rassismus gegenüber den ehemaligen vietnamesischen VertragsarbeiterInnen in der DDR und vietnamesischen Flüchtlingen thematisiert. Gerade die Zeitungen von Berlin und Brandenburg sind voller Horrormeldungen über die »vietnamesische Mafia«. Auf Litfaßsäulen und Plakaten werden vietnamesische ZigarettenhändlerInnen kriminalisiert. Polizeiliche Mißhandlungen, wie von »amnesty international« dokumentiert werden von der Öffentlichkeit weitgehend toleriert. 5 tote Vietnamesen seit 1993 allein in Berlin auf Grund von Polizeimaßnahmen hingenommen. Heike Kleffners Resümee ist ernüchternd realistisch: »Wo Politiker und Medien lange genug gehetzt haben, dürfen dann Faschisten und Polizisten ungestört zuschlagen«.

Die theoretischen Texte stellen die Migration in den Zusammenhang der neuen »postfordistischen Modernisierung« auf den Weltmarkt. Bemerkenswert, daß hier mit Georg Lutz und Christine Parsdorfer zwei MitarbeiterInnen des bündnisgrünen Europaabgeordneten Wilfried Telkämper mit klar antikapitalistischen Analysen vertreten sind. Nur merkwür-

dig, daß in der grünen Politik davon auch nicht Spuren erkennbar sind.

Lutz setzt sich mit den »moralischen Hammerargumenten« von endlosen Flüchtlingstrecken, neuen Völkerwanderungen etc. auseinander, mit denen Teile der Antirassismusbewegung mobilisieren und damit ungewollt rassistischen Argumenten Vorschub leisten. Als gutes Beispiel kann hier der Film »Der Marsch« gelten, der sowohl auf vielen Aktionstagen zu Rassismus und Antirassismus gezeigt wurde, als auch von jenen PolitikerInnen angeführt wird, die die Festung Europa mit militärisch bewachten Grenzen propagieren. Die Botschaft des Filmes »wenn wir nichts tun, kommen die Fremden zu uns«, ist eben interpretierbar. Beim aktuellen rassistischen Grundkonsens in großen Teilen der Metropolenbevölkerung ist wohl klar, wer hier die größere Definitionsmacht besitzt.

Parsdorfer setzt sich in ihrem »Vom »Modell Deutschland« zur »Ethnisierung des Sozialen«« betitelten Beitrag mit dem scheinbaren Widerspruch zwischen der Globalisierung der Ökonomie in den 80er Jahren und dem zeitgleich anwachsenden Nationalismus auseinander. Ihre These: »Der Konkurrenzkampf ist heute kein Kampf nationaler Kapitalien, sondern ein Kampf um die Anziehung eines Teils des Weltkapitals und daher um einen Teil des Mehrwerts... Deshalb bleibt der Nationalstaat immer noch eine entscheidende Bestands- und Reproduktionsbedingung der kapitalistischen Reproduktion.« Der Zwang der Nationalstaaten, nicht unmittelbar profitträchtige Infrastruktur für das Kapital bereitzustellen, ist ein Grund für die Ethnisierung des Sozialen.

Der Debattenteil nimmt auf eine Kontroverse Bezug, die im Frühjahr 1994 von der in Hamburg erscheinenden

den antirassistischen Zeitung »off limits« mit ihrem Vorschlag einer Kampagne für die Legalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus ausgelöst wurde. KritikerInnen sprachen von einer »national-orientierten Scheinlösung« und befürchteten, daß damit die Forderung nach offenen Grenzen aufgeweicht werde. Michael Hahn zog Parallelen zur Situation in den USA, wo 1986 mit den Immigration Reform and Control Act (IRCA) ein Teil der bisher illegalen EinwanderInnen legalisiert wurde, während der Rest noch schärferer Repression ausgesetzt wurden. Allerdings hat das Gesetz bisher zu keiner Verringerung der Einwanderung geführt, was offiziell immer propagiert wurde.

Jan Allers von »off limits« verteidigt in seinem Beitrag noch einmal den Legalisierungsvorschlag und nennt ihn »Orientierung an realen Verhältnissen«, die er von einer »Realpolitik, im schlechten Sinne« abgrenzt, »die nur darauf hinausläuft, das, was realistisch genannt wird, auch für gut und richtig zu halten.«

Allerdings endet sein Beitrag mit einem bemerkenswert negativen Szenario. »Vieles spricht dafür, daß Staat und Gesellschaft sich zu einer Volksgemeinschaft reformiert haben, in der es keine Öffentlichkeit mehr gibt, die für dieses Thema Interesse aufbringt, und keine Menschen, die von den metropolitanen Verhältnissen noch nicht soweit geprägt und korrumpiert sind, daß sie für ein Ziel wie Legalisierung für alle oder auch nur einzelne Personen oder Personengruppen sich einzusetzen bereit wären.« Dann aber müßte, so der Autor, zu anderen Formen des politischen Kampfes gegriffen werden. »Diese zu entwickeln würde eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Gründen für den Aufbau der Guerrilla in den Metropolen in den 70er Jahren und auch deren Scheitern nötig machen.«

Peter Nowak

**Buko-Arbeitsschwerpunkt  
Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.).  
Zwischen Flucht und Arbeit,  
Neue Migration und Legalisierungsdebatte,  
Verlag Libertäre Assoziation,  
Hamburg, 243 Seiten, br, 24 DM**

## termine

12. Oktober ab 19.30 Uhr

Fiesta - Gegen die Blockade Cubas - mit der cubanischen Gruppe Sonoc de las Tunas im Kulturkeller Westend, Westendstr. 76 Rgb.,



Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Gruppe München.

20. Oktober 20.00 Uhr

Ramiro de la Cuesta, Musiker und Schriftsteller aus Cuba mit einem Vortrag zur Geschichte der cubanischen Musik

Cafe Havanna,

Karlsruhe, Hardtstr. 37a

Rückfragen bei ALTURAS e.V

Tel: 0721-55 45 50 Fax: 0721-55 48 61

3. November ab 19.00 Uhr

N.G. LA BANDA, eine der Topbands aus Cuba spielt auf dem Festival Latino in Karlsruhe, Stadtteil Neureut, Badner Landhalle

Rückfragen und Karten bei

ALTURAS e.V Tel: 0721-55 45 50

Fax: 0721-55 48 61

Für alle Gruppen die etwas mehr cubanische KULTUR in ihre Arbeit brin-

gen möchten, hier konkrete Informationen und Kontaktadressen von cubanischen KünstlerInnen, die in den nächsten Monaten in Deutschland auf

Tournee gehen. DER Anstoß um endlich mal wieder eine FIESTA CUBANA odereine Lesung zu veranstalten!

Sonoc de Las Tunas

In Zusammenarbeit mit dem ICAP in Cuba werden die sieben Musiker der Gruppe Sonoc de las Tunas, aus dem Osten Cubas, von 10. September bis Anfang März wieder nach Deutschland kommen. Sie mischen rein traditionelle mit den Techniken moderner cubanischer Musik. Im Vordergrund stehen außergewöhnliche Vokalarrangements. Es gibt eine Demokassette.

Kontakt: Ana Rosa Martin

Schillerstr. 19

64 569 Nauheim

Tel: 06152-69 953

Fax: 06152-64 986

Ramiro de la Cuesta

Anfang Oktober bis Ende Dezember kommt der cubanische Musiker und

Schriftsteller zu uns. Er würde sich freuen PERCUSSION-WORKSHOPS, oder VORTRÄGE ÜBER MUSIK UND CUBANISCHE KULTUR (mit Musikbeispielen) veranstalten zu können.

Kontakt: Ricarda Anhaus

An der Kirche 22

35 463 Fernwald-Steinbach

Tel 06404-46 62 (werktags 13 bis 14 Uhr und 18 bis 19.30 Uhr)

Joaquin Baquero

Der cubanische Schriftsteller, der bereits zwei Romane in deutsch veröffentlicht hat, wird auf der Frankfurter Buchmesse einen zweisprachigen (spanisch-deutsch) Gedichtband veröffentlichen. Anschließend wird er seine Bücher in einer Lesereise präsentieren. Die Lesungen sind in spanisch und deutsch und durch die lebendige Präsentation mit Musik und Tanz immer eine Attraktion.

Kontakt ab 14.9.: Distel Verlag

Sonnengasse 11

74072 Heilbronn

Tel: 07151-982150

"SENTIMIENTO LATINO"  
beim QUERFUNK 104.8MHz  
in der Region Karlsruhe,  
jeden 2. und 4. Sonntag  
im Monat 1200 - 1400 Uhr  
con Andreas y Dendi  
ab 8. Oktober '95

## leserInnenbriefe

- DO - 3. VI. 1995  
- Kuba und Naturschutz -  
Seltsamerweise ist in den Schriften von FÜ oder Netzwerk CUBA nie etwas über kubanische Natur- und Umweltschutz-Maßnahmen zu lesen. Dabei stehe es damit seit Jahrzehnten nicht zum Besten. So sei H. Bro Verde etwa das einzigartige Tropenwaldgebiet der Prov. Tolguin und Guantanamo durch Mfl. Besiedlungs- und Rodungsdruck mitleidender Prov.-Bewohner von völliger Zerstörung bedroht. Was für Regierungsorgane abzgl. gibt es? Was tut die kub. Organisation "Pronaturaleza"? - Vielleicht berichtet "Luz y Libre" auch einmal über so ein wichtiges Thema!  
Heinrich Schupp (M.d.F.)  
86753 Appeltshausen, Str. 113

Yo!

Inzwischen recherchieren wir schon in dieser Richtung, um in absehbarer Zukunft einen Artikel zum Naturschutz zu bringen! d.R.



## Materialien aus der Geschäftsstelle

	Normaler Preis	Gruppenpreis
1. Bücher, Zeitschriften und Broschüren:		
<b>Cuba Libre</b> , bis 1990,.....	1,50	1,00
<b>Cuba Libre</b> , 1990-91 .....	3,00	2,00
<b>Cuba Libre</b> , ab 1992 .....	5,00	4,00
<b>Bastion des Sozialismus</b> , Fidel Castro, Cuba, .....	4,00	3,00
<b>Die Revolution zu retten</b> , ders. ....	5,00	4,00
<b>Sozialismus oder Tod</b> ders., (7.12.89).....	3,00	2,50
<b>Kuba bleibt beim Sozialismus</b> , ders., (7.3.90).....	4,00	3,00
<b>Uns zwingt niemand auf die Knie</b> , ders. ....	4,00	3,00
<b>Berichtigung von Fehlern</b> , ders. ....	4,00	3,00
<b>Kuba-Geograp. Landeskunde</b> , Hönsch, F. + I., .....	22,00	19,80
<b>José Martí-Hoy-Heute</b> , H.E.Gross/F.Kumpf .....	12,80	11,00
<b>Adelante Kuba!</b> ,H.E.Gross/K.Thüsing (Hrsg.).....	24,80	20,00
<b>Trinidad M.Franzbach</b> (Hrsg.),(Textbildband) .....	8,00	5,00
<b>Wir stellen uns der Herausforderung</b> Carlos Lage Dávila, (1993).....	4,50	4,00
<b>Parte de mi alma</b> Winnie Mandela,.....	6,00	4,50
<b>Bilder vom Menschen</b> Katalogheft .....	6,00	4,00
<b>Erkundungen II</b> , 39 kubanische Erzähler.....	14,00	12,00
<b>Dokumente des 4. Parteitages der PCC</b> .....	15,00	12,00
<b>Dokumentation - Demonstration 16.10.1993</b> .....	3,00	3,00
<b>BACKFIRE</b> Ron Ridenour-, der größte Flop der CIA,.....	18,00	15,00
<b>Edition Cuba Libre 1/94</b> -Raul Castro .....	7,00	5,00
<b>Edition Cuba Libre 2/94</b> - Fidel Castro .....	7,00	5,00
<b>Trikont-Veranstaltung</b> (20 Jahre FG).....	4,00	3,50
<b>José Martí - Zum 100. Todestag</b> Hacker/Messerschmid/Sack/Weinzierl, .....	7,50	6,00
2. Plakate:		
<b>Che Guevara</b> , Korda-Foto .....	5,00	3,50
<b>Krokodilplakat</b> , Farbe.....	3,00	1,50
<b>25.Jahrestag</b> -Faust m. Taube(Veranstaltungen) .....	1,50	0,50
<b>Gegen die US-Blockade</b> .....	5,00	2,50
<b>Bildmappe</b> a`12 Bilder .....	5,00	4,00
3. Aufkleber:		
Kubaflagge mit Fidel, .....	1,50	1,00
4. Textilien:		
<b>T-Shirt</b> , schwarz, Größen L + XL, mit Aufdruck:		
Fidelschwingt Baseball-Keule und »		
Contra el bloqueo« auch mit »Brigade José Martí« .....		
	20,00	17,00
5. Getränke:		
Rum,Havana Club, 3jährig, Flasche.....	20,00	19,50
Rum,Havana Club, 5jährig, Flasche.....	25,00	22,00
Rum,Havana Club, 7jährig, Flasche.....	27,00	24,00
6. Münzen:		
1 Peso Tamara Bunke, .....	10,00	7,00

Der Versand von Rum erfolgt nur gegen Vorkasse.  
Alle Materialien werden gegen Versandkosten erstattung verschickt!

## Termine

8. Dritte-Welt Uni  
13.-15. Oktober 1995  
Magnetsried

Der Stoff aus dem  
die (Alp-) Träume  
sind

von der Baumwolle bis  
zum Altkleidercontai-  
ner

VeranstalterInnen:

Kirchlicher  
Entwicklungsdienst (KED)  
Bayrische Dritte Welt  
Handel e.G. (B3WH)

Tagungsort:

Alternative Tagungsstätte  
des CVJM,  
Magnetsried 33,  
82402 Seeshaupt.  
Tel.: 08801-1697

Migrant/-innen  
in der einen Welt

Dritte Welt in  
Deutschland

Entwicklungspolitische  
Tagung mit eritreischen,  
kurdischen, philipinischen  
und rußlanddeutschen  
Migrant/-innen

27.10.-29.10. 1995

Kontakt:

Kuno Hauck,  
KED  
Tel.: 0911-9354 352

Nicht mehr nur mit Rum und Coca Cola, sondern auch mit politischen Engagement will sich die Firma »Bacardi« künftig für ein »Cuba Libre« US-amerikanischer Prägung starkmachen und die Regierung von Fidel Castro in die Knie zwingen. Nach Berichten der Tageszeitung *Miami Herald* führt der Spirituosenhersteller eine Gruppe kubanischer Unternehmer in den USA an, die den Vorschlag der Kongreßmitglieder Jesse Helms und Dan Burton für eine Verschärfung des Wirtschafts- und Handelsembargos gegen Havanna aktiv unterstützen. Der bereits vom Repräsentantenhaus gebilligte Gesetzentwurf sieht auch vor, nach einem eventuellen Sturz Castros wichtige Bereiche der kubanischen Wirtschaft denjenigen Unternehmen vorzubehalten, die vom Exil aus gegen die Herrschaft der Kommunisten opponiert hatten.

Obwohl Fidel Castro fester im Sattel sitzt als noch vor Jahresfrist, streiten sich Exilkubaner zunehmend über die Aufteilung der Pfründe im postcastroistischen Kuba. Die von Castro enteignete kubanische Unternehmer-Elite steht anderen Firmen gegenüber, die bislang kaum Kontakte zu dem Inselstaat oder den Exilierten in Florida hatten. Bacardi und der US-kubanische Millionär Jorge Mas Canosa sind fest entschlossen, nach einem Abtritt Castros ihr ursprüngliches Eigentum wiederzuerlangen, um wie früher die Zügel der kubanischen Wirtschaft in der Hand halten zu können. Ihre Konkurrenten hingegen denken bereits daran,



Exilkubaner demonstrieren in Miami ihre Kuba-Phantasien Foto: AP

## Streit um Kuba-Kuchen

Spirituosen-Hersteller »Bacardi«  
unterstützt ultrarechte Exilkubaner

durch die Beteiligung an den von Castro angebotenen Joint-ventures Einflußsphären abzustecken. Große Tourismus-, Medien- und Supermarktunternehmen wollen sich rechtzeitig ein Standbein sichern.

Die Initiative von Helms und Burton sieht außerdem die Gründung eines »kubanisch-

US-amerikanischen Rats« vor, der die Wirtschaftsressorts in einer neuen Regierung Kubas besetzen soll.

Ähnlich wie die Unternehmer streiten sich auch die Politiker um die besten Stücke aus dem ersehnten und doch so fernem Kuba-Kuchen.

Carlos Castilho, IPS

## Durchbruch für Kuba

Karibikinsel gegen  
US-Blockade jw

18.8.95

Das konstituierende Gipfeltreffen der Vereinigung Karibischer Staaten (ACS) stand im Zeichen der US-Blockadepolitik gegen Kuba. Bei der Eröffnungszeremonie am Donnerstag auf Trinidad kritisierte der kubanische Staatschef Fidel Castro die Regierung in Washington wegen ihrer Weisung an Puerto Rico und die Jungferninseln, der neuen Staatengemeinschaft nicht beizutreten.

Er sei von den anderen Staaten der Großen Antillen gebeten worden, »das Fehlen unseres Bruderlandes Puerto Rico« anzusprechen, sagte Castro. Hintergrund für die Anordnung aus Washington an die zu den USA gehörenden Gebiete ist die Mitgliedschaft Kubas in der ACS.

Die zweitägige Konferenz in Port of Spain, der Hauptstadt von Trinidad und Tobago, stellt für Castro einen politischen Durchbruch zur Überwindung der Isolation in der Region dar, da nahezu alle der 25 Mitgliedsstaaten die Mitgliedschaft Kubas in der Organisation unterstützten. Am Mittwoch hatten die Außenminister der AEC-Staaten eine Abschlusßerklärung erarbeitet, in der die Karibikländer die Aufhebung des US-Handelsembargos gegen Kuba fordern, im Gegenzug aber eine Demokratisierung des kubanischen Regimes verlangen.

Auf dem Gipfeltreffen wollen 20 Regierungschefs sowie 500 Regierungsbeamte und Fachleute über Handel, Verkehr und Tourismus in der Karibik beraten. Die Organisation wurde im vergangenen Jahr initiiert, nachdem eine Kommission die Erweiterung der Karibischen Gemeinschaft empfohlen hatte, der 14 zumeist englischsprachige Länder angehörten. Die ACS will die Position ihrer Länder gegenüber den USA und der EU stärken. (AP/AFP/jw)

10.10.1995: Welweiter Tag der Solidarität mit Cuba

10.10.1868: Tag des Beginns des revolutionären Befreiungskampfes in Cuba

**Wir rufen zur Solidarität mit Cuba auf und fordern:**

# **DIE BLOCKADE GEGEN CUBA MUSS SOFORT BEENDET WERDEN!**

Seit über 30 Jahren ist Cuba Opfer des »Wirtschaftsembargos« der USA. Die anderen führenden kapitalistischen Industriestaaten folgen überwiegend dieser diskriminierenden Politik. Während diese Länder Cuba einerseits das Recht beschneiden, frei mit der Welt Handel zu treiben und seine Anstrengungen behindern, die eigene Volkswirtschaft zu entwickeln, wird die cubanische Realität durch eine beispiellose propagandistische Kampagne gefälscht und verdreht dargestellt.

Bis 1989 konnte Cuba die Auswirkungen der Blockade noch durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem RGW ausgleichen. Heute jedoch, nach der Auflösung des RGW geht es ums nackte Überleben der cubanischen Revolution.

Ist es für die unterentwickelt gehaltenen Länder der Welt schon schwierig genug, zu überleben, so unterliegt Cuba durch die Blockade noch einer zusätzlichen Behinderung. Weite Teile der Weltöffentlichkeit lehnen die Isolationspolitik gegenüber Cuba ab und die UN-Vollversammlung hat bereits

drei Resolutionen mit jeweils großer Mehrheit verabschiedet, in denen die Beendigung der Blockade gefordert wurde.

Mit dieser Demonstration wollen wir unseren Widerspruch dagegen ausdrücken, daß die mächtigen Staaten dieser Welt das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen treten und andere Nationen und Staaten bevormunden und drangsaliieren.

»Die Verteidigung des souveränen Rechtes Cubas, ohne Einmischung sein Schicksal nach seinen Bedürfnissen und historischen Erfahrungen zu gestalten, bedeutet, das Recht auf die Pluralität der Wege gegen die politischen und ökonomischen Dogmen, die für die gesamte Welt festgelegt werden sollen, zu verteidigen.«

(Aus der Erklärung des »Ersten Welttreffens der Solidarität mit Cuba« vom 25.11.1994 in Havanna, verabschiedet von 3072 Vertreter/innen aus 109 Ländern)

## **Kommt zur Demonstration am 7.10.1995**

**um 14 Uhr, Adenauerplatz, 10629 Berlin-Charlottenburg**

# Demons

5566 1 / 10 1  
Forschungs- und Dokumentationszentrums  
Chile-Lateinamerika e.V.  
Mehringhof-Gneisenaustr. 2  
10961 Berlin



**„Die Verteidigung des souveränen Rechtes Cubas, ohne Einmischung sein Schicksal nach seinen Bedürfnissen und historischen Erfahrungen zu gestalten, bedeutet, das Recht auf die Pluralität der Wege gegen die politischen und ökonomischen Dogmen, die für die gesamte Welt festgelegt werden sollen, zu verteidigen.“**

Aus der Erklärung des „Ersten Welttreffens der Solidarität mit Cuba“ vom 25.11.1994 in Havanna, verabschiedet von 3072 VertreterInnen aus 109 Ländern

WIR RUFEN AUF

Verein z. Förderung altern. Energien i. d. Karibik – KarEn e.V.; Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.; SEK-Kneipenkollektiv; Größenwahn – Veranstaltungsetage; Solidaritätsdienst International – SODI e.V.; LBJA d. IG Medien Brandenburg; Entwicklungspolitische Gesellschaft – EpoG e.V.; Avanti Umzüge GmbH; Eine Welt Forum Berlin; Linke Liste d. Rheinisch-Westf. TH; Arbeiterbund f. d. Wiederaufbau d. KPD/KAZ; AG Cuba Si beim Parteivorstand d. PDS; AG Cuba Si Aachen; Kultur ist plural e.V.; Kontaktstelle u. AG f. angepaßte Technologie u. Entwicklungszusammenarbeit – KATE e.V.; Verein z. Förderung d. Städtepartnerschaft Kreuzberg-San Rafael del Sur e.V.; Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba; Frauentreff Brunhilde e.V.; Marxistischer Arbeitskreis d. SPD Berlin; Bremen-Cuba Solidarität Konkret; Red. d. Zeitschrift "Sozialistische Politik und Wirtschaft"; Tageszeitung "junge Welt"; für eine linke Strömung – f.e.l.s.; DGB-Kreis Finsterwalde; Lateinamerikazentrum – LAZ Berlin; Netzwerk Cuba e.V.; ProCuba e.V., Kuba-Initiative d. Gesundheitsladen Berlin e.V.; DKP Ortsgruppe Esslingen; JuSo Bundesvorstand i. d. SPD; Fian – Foodfirst Information and Action Network Berlin; Alexander von Humboldt Gesellschaft – Freunde Lateinamerikas e.V.; Redaktion der Zeitschrift "konkret" und andere

V.i.S.d.P. Schlotter,  
Netzwerk Cuba e.V.

**7.10.95 14.00 Uhr**  
Berlin, Adenauerplatz

Abschlußkundgebung: Amerika-Haus, Hardenbergstraße  
Redner: Prof. Dr. Heinrich Fink, Berlin; Musik: Liedermacher Gerardo Alfonso, Havanna

anschließend: **junge Welt**-Überlebensfete in der Kulturbrauerei,  
Prenzlauer Berg – mit Markt der Möglichkeiten